

Wollmershäuser, Timo et al.

Article

ifo Konjunkturprognose Winter 2020: Das Coronavirus schlägt zurück – erneuter Shutdown bremst Konjunktur ein zweites Mal aus

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Wollmershäuser, Timo et al. (2020) : ifo Konjunkturprognose Winter 2020: Das Coronavirus schlägt zurück – erneuter Shutdown bremst Konjunktur ein zweites Mal aus, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 73, Iss. Sonderausgabe, pp. 03-61

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/232320>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

ifo Konjunkturprognose Winter 2020: Das Coronavirus schlägt zurück – erneuter Shutdown bremst Konjunktur ein zweites Mal aus

*Timo Wollmershäuser, Marcell Göttert, Christian Grimme, Stefan Lautenbacher,
Robert Lehmann, Sebastian Link, Manuel Menkhoff, Sascha Möhrle, Ann-Christin Rathje,
Magnus Reif, Pauliina Sandqvist, Radek Šauer, Marc Stöckli und Anna Wolf*



Kontakt:

Prof. Dr. Timo Wollmershäuser
Leiter Konjunkturforschung und -prognosen
ifo Zentrum für Makroökonomik und Befragungen
ifo Institut – Leibniz-Institut für
Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.
Poschingerstraße 5
81679 München
Tel.: 089/9224-1406
Fax: 089/907795-1406
<https://www.ifo.de/wollmershaeuser-t>

ifo Schnelldienst

ISSN 0018-974 X (Druckversion)
ISSN 2199-4455 (elektronische Version)

Herausgeber: ifo Institut, Poschingerstraße 5, 81679 München, Postfach 86 04 60, 81631 München,
Telefon (089) 92 24-0, Telefax (089) 98 53 69, E-Mail: ifo@ifo.de.
Redaktion: Dr. Marga Jennewein, Dr. Cornelia Geißler.
Redaktionskomitee: Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest, Dr. Yvonne Giesing, Dr. Christa Hainz, Prof. Dr. Chang Woon Nam.
Vertrieb: ifo Institut.

Erscheinungsweise: monatlich + zwei Sonderausgaben.
Bezugspreis jährlich: EUR 150,-
Preis des Einzelheftes: EUR 12,-
jeweils zuzüglich Versandkosten.
Layout: Kochan & Partner GmbH.
Satz: ifo Institut.
Druck: SAS Druck, Fürstenfeldbruck.
Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):
nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung eines Belegexemplars.

im Internet:
<http://www.ifo.de>

Dezember 2020

ifo SCHNELLDIENST Sonderausgabe

Inhaltsverzeichnis

1. Lage und Prognose der Weltwirtschaft	3
1.1. Überblick	3
1.2. Ausblick	7
Box: Google-Mobilität und internationale BIP-Entwicklung	8
1.3. Risiken	12
2. Lage und Prognose der Wirtschaft im Euroraum	14
2.1. Überblick	14
2.2. Finanzierungsbedingungen bleiben weiter günstig	15
2.3. Finanzpolitik stützt während und nach der Krise	16
2.4. Ausblick	17
2.5. Risiken	19
3. Lage und Prognose der deutschen Wirtschaft	19
3.1. Überblick	19
Box: Coronakrise aus der Perspektive des ifo-DSGE-Modells	20
Box: Coronakrise aus Sicht der Unternehmen	21
3.2. Ausblick	22
Box: Zur Revision der ifo Konjunkturprognose für das Jahr 2020	24
3.3. Risiken	26
3.4. Finanzpolitische Rahmenbedingungen	27
3.5. Weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen	29
3.6. Brexit-Unsicherheit rüttelt den Export durch	30
3.7. Unternehmensinvestitionen erholen sich mit abnehmendem Tempo	31
3.8. Wohnungsbau wieder im Aufwind	32
3.9. Zweite Infektionswelle dämpft privaten Konsum	33
3.10. Kräftiger Preisauftrieb	34
3.11. Weiterhin dynamischer Staatskonsum	35
3.12. Zweiter Shutdown beeinträchtigt vor allem die Wertschöpfung der konsumnahen Dienstleister	35
Box: Zu den Preiseffekten der Mehrwertsteuersenkung	36
Box: Zu den Auswirkungen des Shutdown im Winterhalbjahr 2020/2021	39
3.13. Kurzarbeit nimmt weiter Druck vom Arbeitsmarkt	39
Box: ifoCAST – die neue Prognosearchitektur des ifo Instituts	40
3.14. Tariflöhne steigen deutlich langsamer	43
Box: Zum Einsatz der Kurzarbeit während der Coronakrise	44
3.15. Coronakrise belastet Staatshaushalt	45
4. Potenzialschätzung und Mittelfristprojektion	49
Box: Zur Prognose des Insolvenzgeschehens in der Coronakrise	51
Literatur	53
Tabellenanhang	55

Timo Wollmershäuser, Marcell Götttert, Christian Grimme, Stefan Lautenbacher, Robert Lehmann, Sebastian Link, Manuel Menkhoff, Sascha Möhrle, Ann-Christin Rathje, Magnus Reif, Pauliina Sandqvist, Radek Šauer, Marc Stöckli und Anna Wolf

ifo Konjunkturprognose Winter 2020: Das Coronavirus schlägt zurück – erneuter Shutdown bremst Konjunktur ein zweites Mal aus

1. Lage und Prognose der Weltwirtschaft

1.1 ÜBERBLICK

Die Corona-Pandemie hält die Weltwirtschaft weiterhin in Atem. In der ersten Jahreshälfte 2020 brach das globale Bruttoinlandsprodukt um knapp 10% gegenüber dem Schlussquartal 2019 ein (vgl. Abb. 1.1 A). Im Sommer 2020 zog die gesamtwirtschaftliche Produktion dann wieder stark an. Dies war eine Folge der Rücknahme der Infektionsschutzmaßnahmen zur Bekämpfung des Virus in der ersten Jahreshälfte (vgl. Abb. 1.2). Die Rücknahme führte dazu, dass die Unternehmen wieder verstärkt produzieren konnten und die Haushalte ihre Ausgaben deutlich erhöhten. Dennoch lag die gesamtwirtschaftliche Produktion in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften im dritten Quartal immer noch um 4% unter dem Vorkrisenniveau.

Der Produktionseinbruch in den Schwellenländern in der ersten Jahreshälfte ist insgesamt deutlich moderater ausgefallen als in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften (vgl. Abb. 1.1 B). Hierzu hat vor allem China beigetragen, dessen Produktion sich nach dem Shutdown zu Jahresbeginn rapide erholte und bereits im Juni wieder das Vorkrisenniveau erreichte (vgl. Abb. 1.1 C). Im Verlauf des Sommers haben aber auch viele weitere asiatische Länder das Vorkrisenniveau wieder überschritten. Grund hierfür dürfte die deutlich erfolgreichere Pandemiebekämpfung gewesen sein. Einerseits haben die dortigen Regierungen schneller und durchgreifender gehandelt (vgl. Nebel und Shields 2020). Andererseits hat die Bevölkerung in vielen asiatischen Ländern in der Vergangenheit bereits Erfahrungen mit Epidemien gesammelt und ist sich den davon ausgehenden Gefahren deutlich bewusster.

Auch der grenzüberschreitende Warenverkehr musste im Frühjahr deutliche Verluste hinnehmen. Insbesondere in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften brach der internationale Handel um knapp 18%

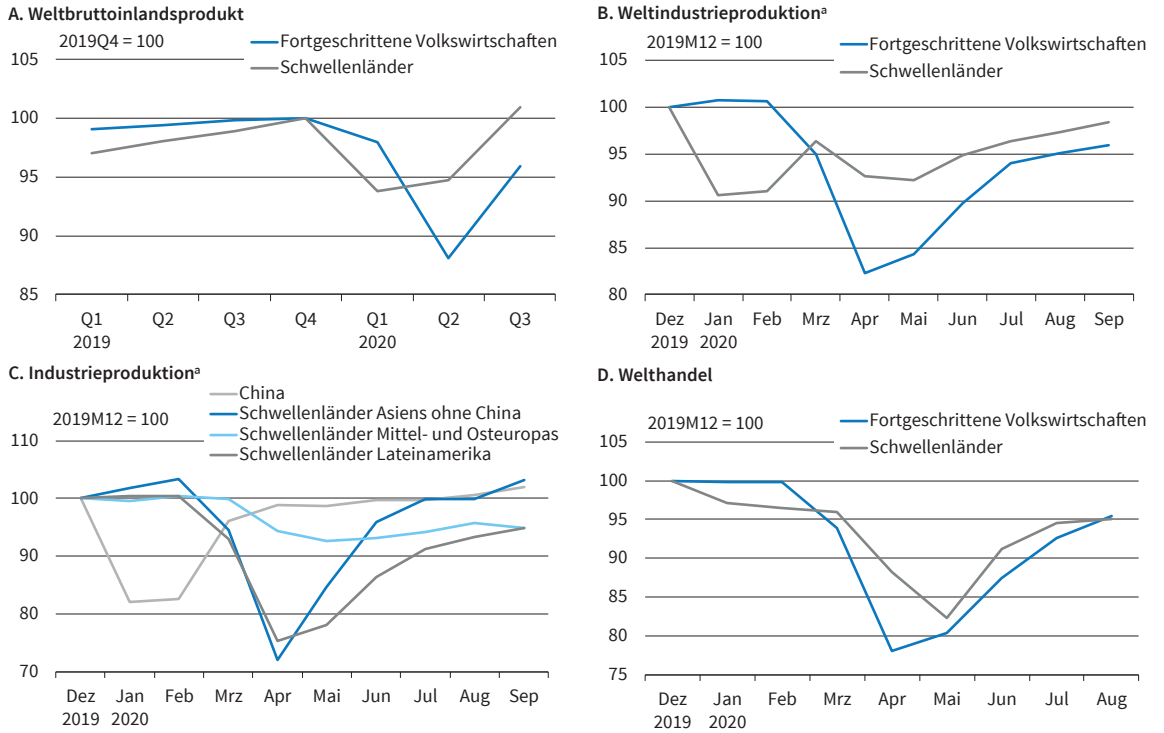
IN KÜRZE

Die deutsche Wirtschaft erholte sich im dritten Quartal überraschend schnell vom Shutdown im Frühjahr. Im Herbst nahm jedoch das Infektionsgeschehen wieder spürbar an Fahrt auf, so dass im November erneut ein Shutdown verhängt wurde. Allerdings dürften die unmittelbaren wirtschaftlichen Auswirkungen dieses Mal geringer sein als noch im Frühjahr, da sich die staatlichen Infektionsschutzmaßnahmen bislang im Wesentlichen auf Anbieter von Dienstleistungen konzentrieren, die mit intensiven sozialen Kontakten einhergehen. Dennoch dürfte die konjunkturelle Erholung vorerst gestoppt sein und das Bruttoinlandsprodukt im Schlussquartal wohl wieder schrumpfen. Insgesamt ergibt sich für das Jahr 2020 ein Einbruch der Wirtschaftsleistung um 5,1%. Für den weiteren Prognosezeitraum wurde unterstellt, dass die seit November geltenden Infektionsschutzmaßnahmen unverändert bis März 2021 in Kraft bleiben und danach allmählich gelockert werden. Vor diesem Hintergrund wird das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2021 um voraussichtlich 4,2% steigen.

gegenüber dem Vorkrisenniveau ein (vgl. Abb. 1.1 D). Aufgrund der Infektionsschutzmaßnahmen litt aber auch der internationale Reiseverkehr. Über das späte Frühjahr und den Sommer hinweg nahm der weltweite Warenhandel zwar wieder kräftig zu, er liegt aber immer noch um knapp 4% unter dem Vorkrisenniveau. Auch der internationale Reiseverkehr und der Tourismus konnten sich nicht vollständig erholen.

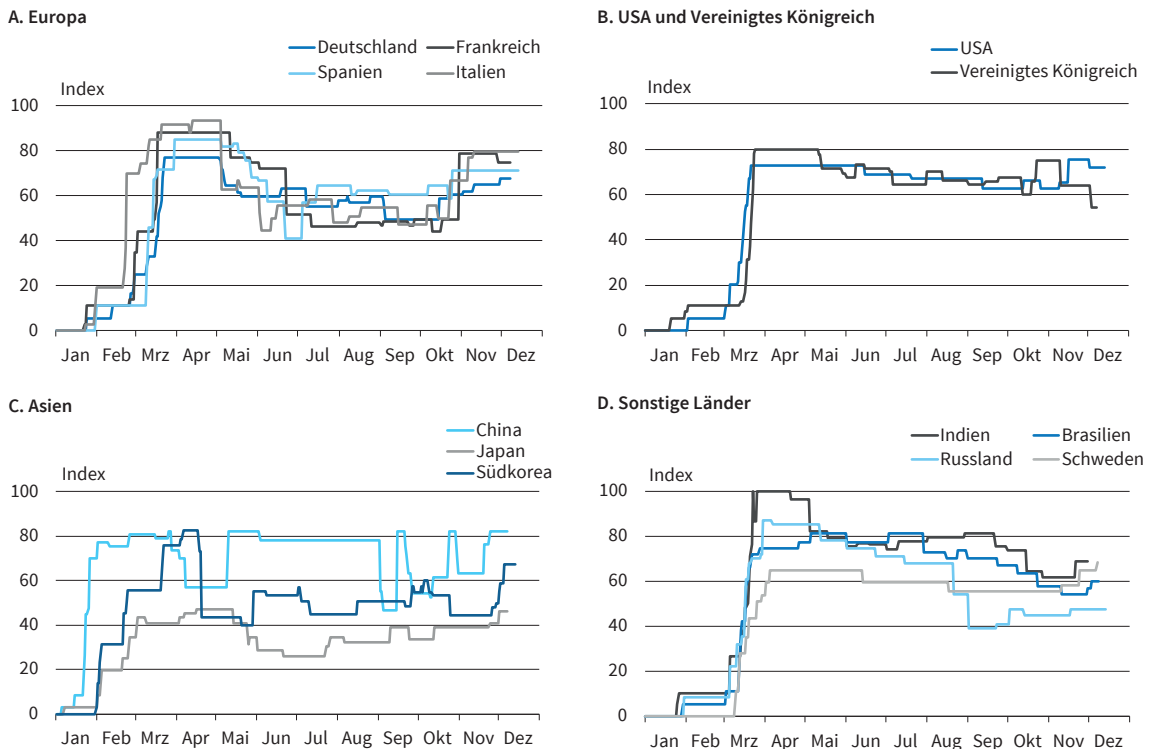
Mit der Lockerung der Infektionsschutzmaßnahmen erhöhten sich auch die Konsumausgaben der Haushalte. Insbesondere die Umsätze im Einzelhandel legten so stark zu, dass es zu einem Überschießen des Vorkrisenniveaus kam (vgl. Abb. 1.3 A). Seit Ausbruch der Pandemie kam es vor allem zu einem verstärkten Absatz über das Internet (vgl. Abb. 1.3 B). Zwar nahm die Bedeutung des Onlinehandels gegenüber dem sta-

Abb. 1.1
Indikatoren zur realwirtschaftlichen Entwicklung



^a Ohne Bauhauptgewerbe.
Quelle: Nationale Statistiken; CPB Netherlands Bureau of Policy Analysis; Berechnungen des ifo Instituts.

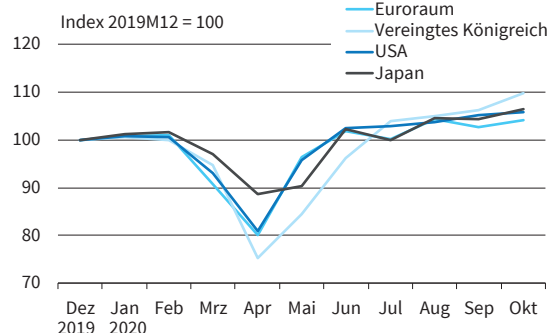
Abb. 1.2
Coronavirus: Index der Infektionsschutzmaßnahmen^a 2020
Tägliche Daten



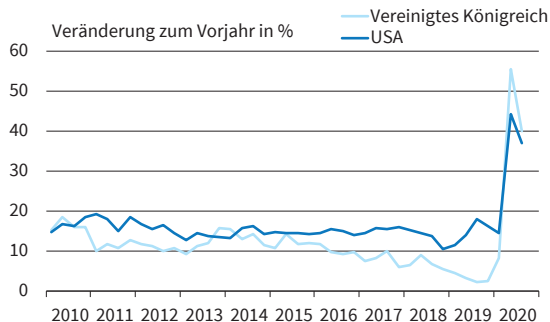
^a Der Index errechnet sich aus der Anzahl und Strenge verschiedener Maßnahmen zur Eindämmung des Virus. Werte von 0 bedeuten keine, Werte von 100 sehr strenge Maßnahmen. Für eine detaillierte Beschreibung vgl. Hale et al. (2020).
Quelle: Oxford Covid-19 Government Response Tracker.

Abb. 1.3
Indikatoren zur Situation privater Haushalte in der Welt

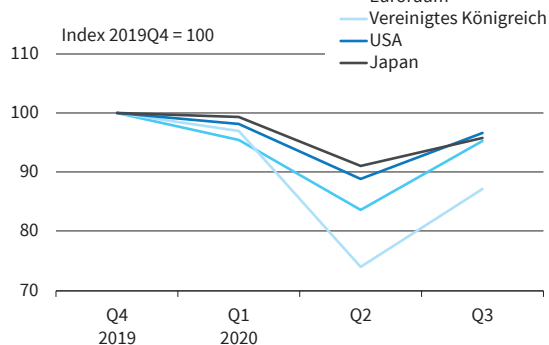
A. Einzelhandel



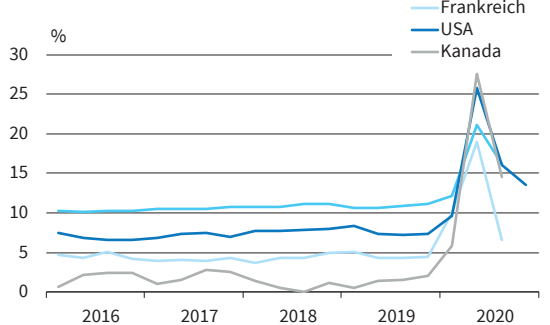
B. Onlinehandel



C. Private Konsumausgaben



D. Private Sparquote



Quelle: Weltbank; OECD; Eurostat; Nationale Statistiken; Berechnungen des ifo Instituts.

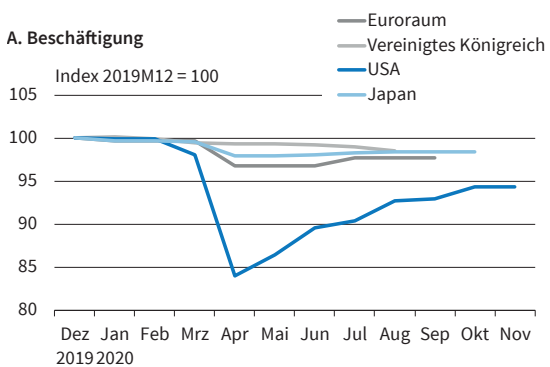
© ifo Institut

tionären Handel bereits in den vergangenen Jahren zu (vgl. Bank of England 2020), aber die jüngsten Anstiege deuten eine merkliche Beschleunigung an. Dennoch hat die Pandemie anhaltend negative Spuren beim privaten Verbrauch hinterlassen. So liegen die gesamten Konsumausgaben immer noch deutlich unter dem Vorkrisenniveau (vgl. Abb. 1.3 C). Weniger nachgefragt werden weiterhin kontaktintensive Dienstleistungen. Einerseits wurden Gastronomiebetriebe, Beherbergungsstätten und alle sonstigen touristischen Betriebe nur unter strengen Auflagen geöffnet, die unter anderem Beschränkungen bei der Auslastung vorsahen. Andererseits dürfte es auch zu Verhaltensänderungen seitens der Haushalte gekommen sein, die einen teilweisen Verzicht auf solche Dienstleistungen nach sich zog. Diese Verhaltensänderungen sowie die erhöhte Unsicherheit vieler Haushalte über ihr zukünftiges Einkommen führten vielerorts zu einem deutlichen Anstieg der Sparquote von bis zu 25 Prozentpunkten (vgl. Abb. 1.3 D).

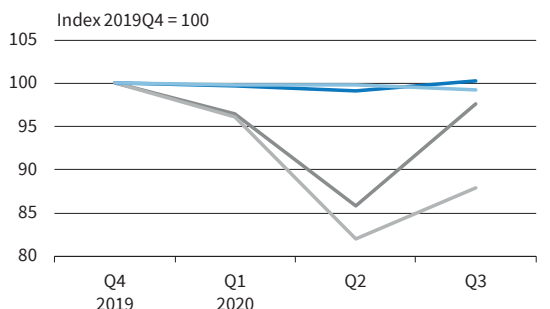
Die gestiegene Unsicherheit über das zukünftige Einkommen ergibt sich aus der verschlechterten Lage an den Arbeitsmärkten. Allerdings gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Im Vereinigten Königreich, in Japan und im Euroraum ist die Beschäftigung im Vergleich zum preisbereinigten Bruttoinlandsprodukt nur relativ wenig zurückgegangen (vgl. Abb. 1.4 A). Zurückzuführen

Abb. 1.4
Entwicklung der Arbeitsmärkte

A. Beschäftigung



B. Arbeitsstunden je Erwerbstätigen^a



^a 2020Q3 für das Vereinigte Königreich ergibt sich aus dem Mittelwert von Juli und August.

Quelle: Eurostat; Nationale Statistiken; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

ist das größtenteils auf Maßnahmen zur Erhaltung von Arbeitsplätzen wie Kurzarbeit und Lohnsubventionen. Hierdurch wurden Arbeitsplätze zumindest vorerst erhalten und lediglich die geleisteten Arbeitsstunden je Erwerbstätigen reduzierten sich kräftig, vor allem im Vereinigten Königreich und im Euroraum (vgl. Abb. 1.4 B). Dagegen ist die Beschäftigung in den USA eingebrochen, auch am aktuellen Rand sind immer noch etwa 10 Millionen Personen weniger beschäftigt als vor Ausbruch der Krise. Auch die Anzahl der Beschäftigten, die nicht mehr davon ausgehen, von ihrem alten Arbeitgeber erneut eingestellt zu werden, ist seit dem Frühjahr kontinuierlich auf zuletzt 4,7 Millionen gestiegen.

Der Anstieg der Wirtschaftsleistung im dritten Quartal hat auch den Rohölpreis wieder kräftig steigen lassen, nach dem Tiefpunkt im April (vgl. Abb. 1.5 A). Hierzu dürften aber auch die im Mai von den erdölexportierenden Ländern beschlossenen Maßnahmen zur Drosselung der Ölförderung beigetragen haben. Dennoch hat sich die Inflation nur vorübergehend erhöht (vgl. Abb. 1.5 B). Seit August ist der allgemeine Preisauftrieb wieder deutlich verhaltener, gedämpft durch den tendenziellen Rückgang der Kerninflationen (vgl. Abb. 1.5 C und D). Hierzu dürfte die insgesamt noch relativ niedrige wirtschaftliche Aktivität, die Sorge um erneute Infektionsanstiege, Anstiege bei der Arbeitslosigkeit und die erhöhte Sparneigung

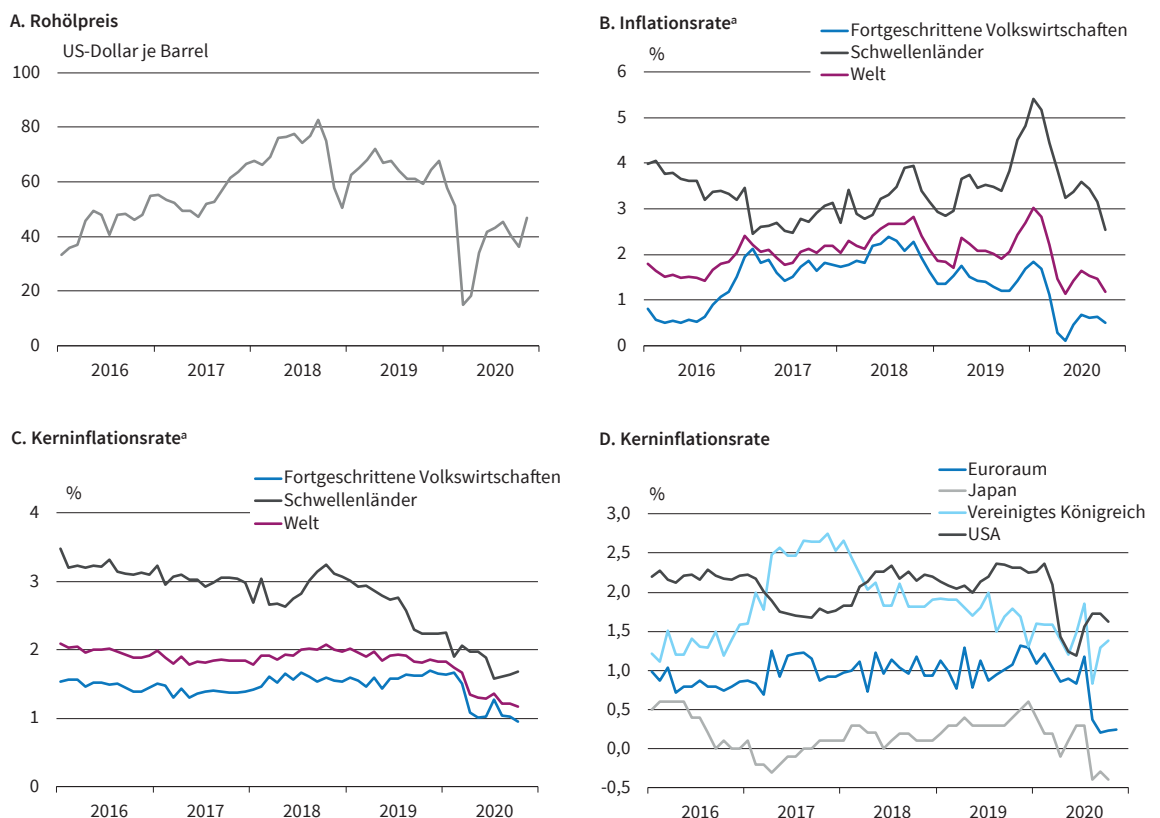
geführt haben. Allerdings könnte der tatsächliche Anstieg der Verbraucherpreise im laufenden Jahr unterschätzt sein (vgl. Cavallo 2020; Reinsdorf 2020), da die Berechnung der Preisindizes auf dem letztjährigen Warenkorb an Gütern und Dienstleistungen beruht.¹ Insgesamt sind die Preisdaten für die Monate, die von größeren Shutdowns betroffen sind, aber mit Vorsicht zu interpretieren, da viele Preisindizes auf einer deutlich geringeren Anzahl an gesammelten Preisdaten basieren bzw. vollständig aus anderen Indizes abgeleitet werden müssen (vgl. Bureau of Labor Statistics 2020; Eurostat 2020).²

Auf den wirtschaftlichen Einbruch im Frühjahr hat die Geldpolitik äußerst expansiv reagiert. So haben die Zentralbanken in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften ihre Ankäufe von Wertpapieren sowie die Kreditprogramme an Geschäftsbanken deutlich erhöht, so dass sich die Bilanzen der Zentralbanken stark ausgeweitet haben (vgl. Abb. 1.6 A). Die Federal Reserve hat darüber hinaus Ende August ihre geldpolitische Strategie angepasst und nun mehr Spielraum beim Ansteuern des Inflationsziels. Dadurch darf die

¹ Die Zusammensetzung dieses Warenkorbs dürfte für das laufende Jahr nicht repräsentativ sein. Die Haushalte haben deutlich mehr Nahrungsmittel und weniger kontaktintensive Dienstleistungen nachgefragt. Da die Preise für Nahrungsmittel generell stärker gestiegen sind als die von anderen Gütern und Dienstleistungen dürfte die tatsächliche Inflation unterschätzt werden.

² So wird unter anderem empfohlen, die fehlenden Preise anhand der Preisänderungen von ähnlichen Produkten zu berechnen.

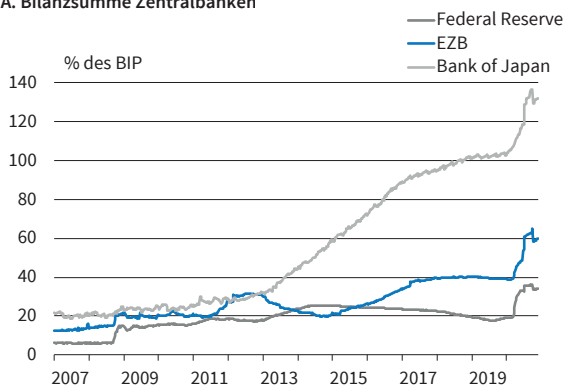
Abb. 1.5
Indikatoren zur Preisentwicklung in der Welt



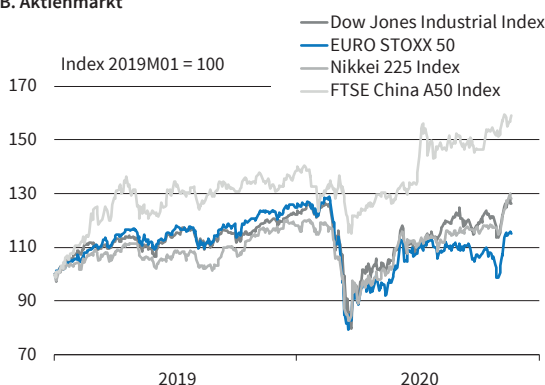
^a Gewichtungen basierend auf nominalem BIP des Vorjahres.
Quelle: Energy Information Administration; Eurostat; Nationale Statistiken; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 1.6
Monetäre Größen

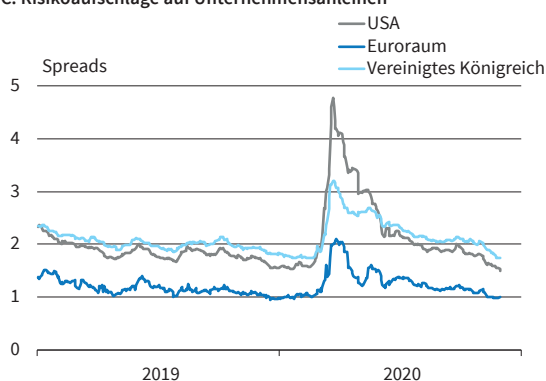
A. Bilanzsumme Zentralbanken



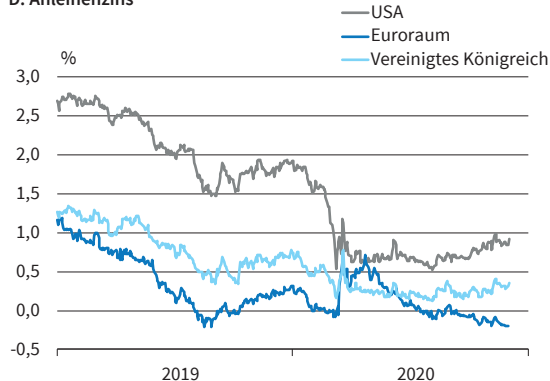
B. Aktienmarkt



C. Risikoaufschläge auf Unternehmensanleihen^a



D. Anleihezins^b



^a Renditedifferenz zu zehnjährigen Staatsanleihen, BBB-rated.

^b Zehnjährige Staatsanleihen.

Quelle: DG ECFIN; BIS; Macrobond; Nationale Zentralbanken; State Administration of Foreign Exchange China; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

Inflationsrate für einen längeren Zeitraum auch über 2% liegen, wenn sie davor für geraume Zeit darunter gelegen hat.³ Das bedeutet auch, dass die US-amerikanische Notenbank die Zinsen noch länger als bisher erwartet niedrig halten dürfte.

Neben der Geldpolitik schlug auch die Finanzpolitik einen sehr expansiven Kurs ein. In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften belaufen sich die zusätzlichen Ausgaben für diskretionäre Maßnahmen, wie etwa Einmalzahlungen an Haushalte oder Steuerstundungen, auf etwa 9% des Bruttoinlandsprodukts (vgl. International Monetary Fund 2020). Liquiditätsunterstützende Maßnahmen, wie Eigenkapitalverbesserungen und Kreditgarantien, belaufen sich auf etwa 11% des Bruttoinlandsprodukts. Auch in vielen Schwellenländern kam es zu zusätzlichen diskretionäre Maßnahmen in Höhe von 3,5% des Bruttoinlandsprodukts sowie Liquiditätshilfen von mehr als 2%.

Die umfangreichen geld- und fiskalpolitischen Maßnahmen haben in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften und in vielen Schwellenländern dazu geführt,

dass sich die Finanzierungsbedingungen seit dem späten Frühjahr stark verbessert haben. So haben die Aktienmärkte einen großen Teil ihres Einbruchs zwischen März und April wieder wettgemacht (vgl. Abb. 1.6 B). Einige Aktienindizes übertreffen inzwischen sogar ihre Vorkrisenstände. Die Risikoaufschläge auf Unternehmensanleihen sind nach dem zwischenzeitlichen Hoch wieder stark gefallen und in Bereichen wie sie in der Zeit vor der Pandemie beobachtet wurden (vgl. Abb. 1.6 C). Auch die Renditen auf Staatsanleihen verharren seit Juni auf sehr niedrigem Niveau, nach zwischenzeitlichen Anstiegen im Frühjahr (vgl. Abb. 1.6 D).

1.2 AUSBLICK

Die wirtschaftliche Entwicklung dürfte im Winterhalbjahr 2020/2021 in vielen Ländern sehr gedämpft und zum Teil sogar wieder rückläufig sein. Bereits im Sommer setzte in einer Reihe von Ländern, wie z.B. in Spanien, in Frankreich, in den USA und in Brasilien, eine zweite Infektionswelle mit dem Coronavirus ein (vgl. Abb. 1.9). Diese Welle breitete sich im Herbst dann auf weitere Länder wie Italien, Deutschland, das Vereinigte Königreich und Osteuropa aus. Die europäischen Regierungen griffen zunächst zu gezielten lokalen Beschränkungen für bestimmte Regionen oder Aktivitäten. Diese Maßnahmen reichten aber nicht

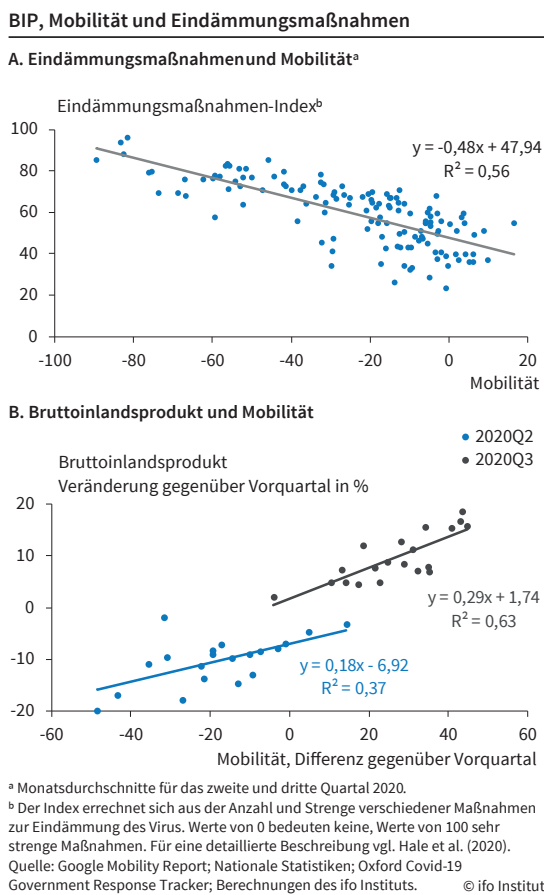
³ Darüber hinaus hat die Fed beschlossen, dass sie nicht mehr auf Abweichungen der Arbeitslosenquote von der NAIRU (Non Accelerating Inflation Rate of Unemployment, also der inflationsneutralen Arbeitslosenquote) reagiert, sondern erst wenn die Beschäftigung ein maximales Niveau unterschreitet. Das Beschäftigungsziel steht nun auch vor dem Preisstabilitätsziel in der Bekanntmachung des Federal Open Market Committees.

GOOGLE-MOBILITÄT UND INTERNATIONALE BIP-ENTWICKLUNG

Der plötzliche Ausbruch der Corona-Pandemie hat zu weitreichenden Verhaltensänderungen von Haushalten geführt, sei es freiwillig oder als Folge der staatlichen Infektionsschutzmaßnahmen. Die vorliegende Box untersucht, ob strengere Maßnahmen zu stärkeren Verhaltensänderungen geführt haben, und ob diese wiederum die wirtschaftliche Aktivität im größeren Ausmaß gedämpft haben.

Die Analyse wird für alle Länder durchgeführt, die in dieser Prognose betrachtet werden, mit Ausnahme von China, für das keine Mobilitätsdaten vorliegen. Die Infektionsschutzmaßnahmen werden mit Hilfe des Oxford COVID-19 Government Response Tracker gemessen (vgl. Hale et al. 2020). Verhaltensänderungen der Haushalte werden aus Mobilitätsdaten abgeleitet. Solche Mobilitätsindikatoren werden auf Basis von Mobilfunkdaten ermittelt; die Bewegungen von Personen werden nach mehreren Bereichen aufgeschlüsselt. Hier greifen wir auf die Daten von Google für den Bereich Einzelhandel und Freizeit zurück, die es auf Tagesbasis gibt. Die wirtschaftliche Aktivität wird durch das reale Bruttoinlandsprodukt gemessen.

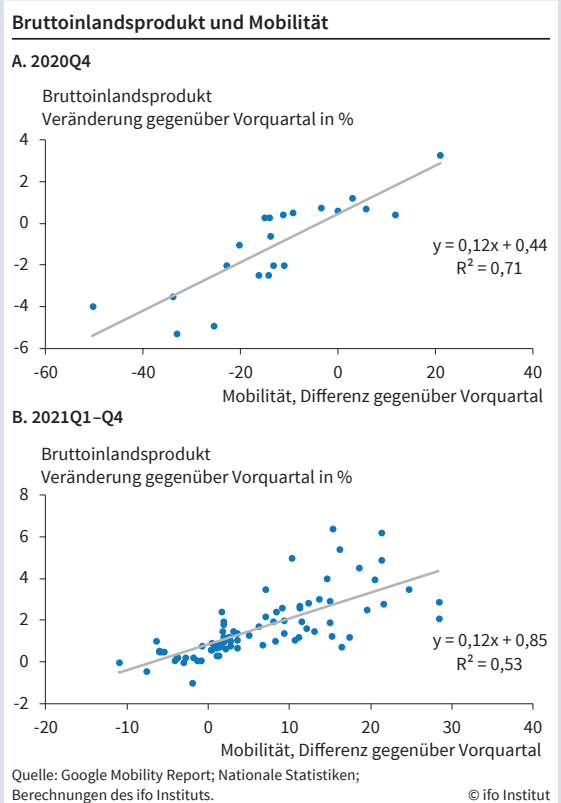
Abb. 1.7



In Ländern, die strengere Maßnahmen zur Eindämmung des Infektionsgeschehens getroffen haben, ist die Mobilität auch stärker zurückgegangen (vgl. Abb. 1.7 A). Der negative Zusammenhang gilt sowohl für das zweite Quartal 2020, als die Maßnahmen verstärkt wurden, als auch für das dritte Quartal, als die Maßnahmen wieder gelockert wurden. Dagegen zeigt sich ein positiver Zusammenhang zwischen Änderungen in der Mobilität und der realen Aktivität (vgl. Abb. 1.7 B). Im zweiten Quartal verzeichneten Länder mit einem stärkeren Mobilitätsrückgang auch einen kräftigeren Einbruch der gesamtwirtschaftlichen Produktion. Umgekehrt legte die reale Aktivität im dritten Quartal stärker zu in Ländern, in denen es zu einem größeren Anstieg der Mobilität kam. Ein Vergleich zwischen dem zweiten und dritten Quartal ergibt, dass der die Größen des positiven Zusammenhangs zwischen Mobilität und Bruttoinlandsprodukt recht ähnlich ist.

Diese Erkenntnisse aus dem Shutdown im Frühjahr können auch für die Prognose der konjunkturellen Entwicklung im Winterhalbjahr 2020/21 genutzt werden. Für das vierte Quartal 2020 liegen Mobilitätsdaten bis Anfang Dezember vor. In der vorliegenden Prognose wird unterstellt, dass die Infektionsschutzmaßnahmen und damit die Mobilität vorerst unverändert bleiben.

Abb. 1.8



Demnach sollte die gesamtwirtschaftliche Produktion in den Ländern fallen, deren Mobilität als Folge des Inkrafttretens erneuter Infektionsschutzmaßnahmen im Herbst zurückgegangen ist; dies gilt vor allem für europäische Länder. Dagegen sollte das Bruttoinlandsprodukt in den Ländern steigen, in denen die Mobilität im Herbst nicht eingeschränkt wurde; hierzu zählen zum Beispiel Indien und Japan. Diesem Zusammenhang wurde in der vorliegenden Prognose weitgehend Rechnung getragen (vgl. Abb. 1.8 A).

Für das Jahr 2021 wird in dieser Prognose unterstellt, dass die bestehenden Infektionsschutzmaßnahmen und damit die Einschränkungen der Mobilität bis März unverändert fortbestehen. In den Ländern, die im Herbst 2020 keine neuen Maßnahmen ergriffen haben, kommt es zu keinem Anstieg des Infektionsgeschehens. Unter der Annahme, dass die Impfung der Bevölkerung gegen Covid-19 Anfang 2021 beginnt, werden ab April 2021 die bestehenden Infektionsschutzmaßnahmen allmählich gelockert, so

dass sie im Sommer vollständig wegfallen können. Entsprechend sollten sich zwischen April und Juli die Mobilitätsindikatoren langsam auf ihren Vorkrisenwert zurückbewegen, auf dem sie dann bis Ende 2021 bleiben. Der positive Zusammenhang zwischen Mobilität und Aktivität ist auch für die Erholungsphase der vorliegenden Prognose erfüllt (vgl. Abb. 1.8 B).

Insgesamt fällt der Zusammenhang zwischen Mobilität und realer Aktivität im Prognosezeitraum etwas schwächer aus als im Sommerhalbjahr 2020. Das dürfte damit zu tun haben, dass im Frühjahr 2020 neben der Schließung vieler Einzelhandelsgeschäfte auch viele Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe ihre Produktion vorübergehend stoppen mussten. Im bisherigen Verlauf des Schlussquartals 2020 ist dagegen ein umfassender Shutdown ausgeblieben, so dass die reale Aktivität nicht in ähnlichem Umfang fallen dürfte wie im Frühjahr.

aus, das Pandemiegeschehen zu bremsen. Die weiter ansteigende Belegung von Intensivbetten zwangen viele Regierungen, landesweite und schärfere Maßnahmen zu verhängen wie die Schließung von Gastronomiebetrieben und Beherbergungsstätten. Die aus Mobilfunkdaten ermittelten Bewegungen von Personen im Einzelhandel und im Freizeitbereich weisen auf einen Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität in den betroffenen Ländern, insbesondere in Europa, seit September hin, die bislang allerdings noch geringer ausfallen als im Frühjahr (vgl. Abb. 1.10 A und B sowie Box: Google-Mobilität und internationale BIP-Entwicklung).

Zwar gehören die USA zu den fortgeschrittenen Volkswirtschaften mit der höchsten 7-Tage-Inzidenz. Die Infektionsschutzmaßnahmen variieren aber recht stark zwischen den Bundesstaaten und sind zusammengenommen weniger strikt als in Europa. Dadurch hat sich die Mobilität bisher nur wenig reduziert, so dass die reale Aktivität weniger stark in Mitleidenschaft gezogen werden dürfte als in Europa. Allerdings dürften die relativ hohe Arbeitslosigkeit und das bisherige Ausbleiben weiterer fiskalischer Maßnahmen die gesamtwirtschaftliche Produktion in den USA im Winterhalbjahr bremsen. Dagegen blieb ein Großteil der asiatischen Länder von einem erneuten starken Ausbruch des Coronavirus im Herbst verschont.

Insgesamt dürfte das Pandemiegeschehen die wirtschaftliche Aktivität im Winterhalbjahr 2020/2021 deutlich weniger negativ beeinflussen als im Frühjahr 2020. Damals kam es auch in vielen Bereichen des Verarbeitenden Gewerbes zu vorübergehend großflächigen Werksschließungen. Entsprechend verschlechterten sich im November die Einschätzungen der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes nur wenig verglichen mit den Einbrüchen im April (vgl.

Abb. 1.10 C). Auch die Haushalte korrigierten ihre Einschätzungen weniger nach unten als noch im Frühjahr (vgl. Abb. 1.10 D). Hier ist allerdings zu berücksichtigen, dass das Vertrauen über den Sommer hinweg nicht an das Vorkrisenniveau anknüpfen konnte.

Die weitere konjunkturelle Entwicklung hängt entscheidend vom unterstellten Pandemieverlauf und den Maßnahmen zu deren Bekämpfung ab. In der vorliegenden Prognose wird angenommen, dass die Infektionsschutzmaßnahmen und damit die aktuell eingeschränkte Mobilität in Europa bis zum Ende des ersten Quartals 2021 im Großen und Ganzen bestehen bleiben wird (vgl. auch Box: Google-Mobilität und internationale BIP-Entwicklung). In den USA dürften im Verlauf des ersten Quartals verstärkte Eindämmungsmaßnahmen vorgenommen werden. Bis zum Sommer 2021 wird unterstellt, dass ein Großteil der Maßnahmen in Europa und in den USA gelockert werden und auch der Teil der Einschränkungen, der freiwillig geschieht, zurückgefahren wird. Hierzu dürfte auch die steigende Zahl an Impfungen gegen Covid-19 beitragen. Somit dürfte in Europa und in den USA die wirtschaftliche Aktivität recht kräftig im Sommerhalbjahr 2021 zulegen. Im weiteren Prognosezeitraum werden die Zuwächse voraussichtlich wieder etwas nachlassen. Asien hat die Ausbreitung des Virus insgesamt besser im Griff. Deshalb dürfte hier die Entwicklung der realen Aktivität im weiteren Prognosezeitraum weniger stark beeinflusst werden und die Quartalszuwächse gleichmäßiger verlaufen.

Insgesamt wird das Bruttoinlandsprodukt der Welt in diesem Jahr voraussichtlich um 3,6% sinken und in den Jahren 2021 und 2022 um 5,8% bzw. 4,2% zulegen (vgl. Tab. 1.1 und Abb. 1.11 A). Das Produktionspotenzial wird insbesondere in den meisten fortgeschrittenen Volkswirtschaften aufgrund der

Tab. 1.1

Reales Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise in der Welt

	Gewicht in % ^a	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise			
		Veränderungen gegenüber Vorjahr in %							
		2019	2020	2021	2022	2019	2020	2021	2022
Fortgeschrittene Volkswirtschaften	68,0	1,6	- 5,2	4,3	3,7	1,4	0,8	1,1	1,4
USA	29,3	2,2	- 3,6	4,1	3,4	1,8	1,2	1,4	1,6
Euroraum	19,5	1,3	- 7,4	5,1	4,1	1,2	0,3	1,0	1,3
Japan	7,1	0,3	- 5,2	3,3	2,3	0,5	0,1	0,3	0,5
Vereinigtes Königreich	4,0	1,3	- 11,3	5,6	6,1	1,8	0,9	1,4	1,5
Kanada	2,4	1,9	- 5,7	4,7	3,8	2,0	0,7	0,9	1,4
Südkorea	2,3	2,0	- 1,1	3,1	3,4	0,4	0,5	0,7	1,1
Schweiz	1,0	1,1	- 3,2	3,7	3,4	0,4	- 0,7	0,2	0,5
Schweden	0,8	1,4	- 3,0	3,2	3,3	1,8	0,4	0,8	1,2
Norwegen	0,6	0,9	- 1,5	3,5	2,6	2,2	1,4	2,0	2,0
Dänemark	0,5	2,8	- 4,0	3,6	2,9	0,8	0,5	0,9	1,1
Tschechien	0,3	2,3	- 6,7	4,5	6,1	2,6	3,4	2,3	2,0
Schwellenländer	32,0	4,7	- 1,2	8,1	5,2	3,5	3,7	3,0	2,9
China	19,2	6,1	1,9	9,7	5,0	2,9	2,7	2,2	2,2
Indien	3,9	4,8	- 9,4	9,7	8,1	3,7	6,7	4,4	4,4
Brasilien	2,7	1,4	- 5,0	4,4	3,6	3,7	2,9	2,8	3,2
Russland	2,3	1,3	- 3,9	2,0	4,0	3,0	3,5	4,0	4,0
Mexiko	1,7	0,0	- 9,2	5,0	4,1	3,6	3,4	3,1	3,1
Türkei	1,1	1,0	0,7	5,0	4,6	15,2	12,2	11,5	8,4
Polen	0,8	4,6	- 3,4	3,8	5,7	2,1	3,6	2,0	3,1
Ungarn	0,2	4,6	- 5,8	6,0	6,4	3,4	3,4	3,3	3,0
Welt	100,0	2,6	- 3,6	5,8	4,2	2,1	1,7	1,7	1,9
<i>nachrichtlich:</i>									
Welthandel, real ^b		- 0,5	- 6,1	6,6	4,1				
Annahmen									
Ölpreis \$/Barrel (Brent)		64,3	41,5	43,8	44,6				
Wechselkurs \$/€		1,12	1,14	1,18	1,18				

^a Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2019 in US-Dollar. ^b Welthandel von Waren in Abgrenzung von CPB.

Quelle: Eurostat; OECD; IWF; CPB; Berechnungen des ifo Instituts; 2020 bis 2022: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2020

Corona-Pandemie deutlich niedriger eingeschätzt als noch vor Ausbruch der Krise. Zwar wurden die gesundheitspolitischen Eindämmungsmaßnahmen vielerorts von staatlichen Maßnahmen zur Stützung des Unternehmenssektors begleitet, aber es wird wohl dennoch zu einem spürbaren Anstieg der Insolvenzen weltweit kommen. Die gesamtwirtschaftliche Produktionslücke dürfte sich im Euroraum, im Vereinigten Königreich und in den USA bis zum Ende des Prognosezeitraums weitgehend schließen (vgl. Abb. 1.11 B bis D). Im Vergleich zur Herbstprognose 2020 wurde das weltweite Expansionstempo für das laufende Jahr um 0,7 Prozentpunkte angehoben, da es zu deutlich stärkeren Zuwächsen im dritten Quartal kam als erwartet. Dagegen wurde die globale Aktivität für das kommende Jahr um 0,2 Prozentpunkte nach unten revidiert aufgrund des deutlich schwächeren Winterhalbjahres 2020/2021.

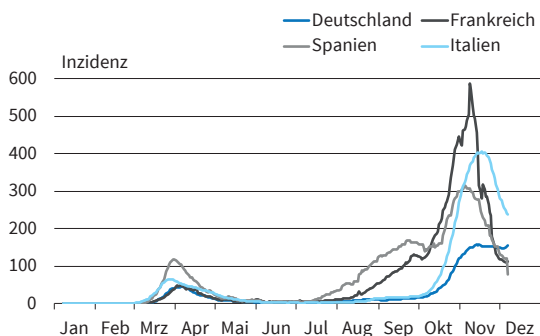
Die Inflationsrate in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften dürfte im laufenden Jahr mit 0,8% sehr

schwach ausfallen. In den kommenden zwei Jahren werde die Preise etwas stärker anziehen, mit 1,1% bzw. 1,4% aber insgesamt weiter recht verhalten ausfallen. Zum einen werden höhere Lohnsteigerungen im Prognosezeitraum angesichts der zum Teil schon deutlich gestiegenen Arbeitslosigkeit eher unwahrscheinlich sein. Zum anderen dürften die Kapazitäten erst zum Ende des Prognosezeitraums wieder ansatzweise ausgelastet sein. Auch dürfte die Sparneigung der Haushalte angesichts von gestiegenen Einkommensrisiken erhöht bleiben. Da die Rohölpreise annahmegemäß mit der allgemeinen Teuerung steigen, entsteht von dieser Seite auch nur ein geringer Preisauftrieb. Dagegen dürfte die Inflation in den Schwellenländern in den kommenden zwei Jahren niedriger ausfallen als im laufenden Jahr. Dies ist vor allem auf die Entwicklung in China und Indien zurückzuführen. In China wirkt im laufenden Jahr noch der starke Anstieg der Preise für Schweinefleisch zwischen Juni 2019 und Februar 2020 nach, die

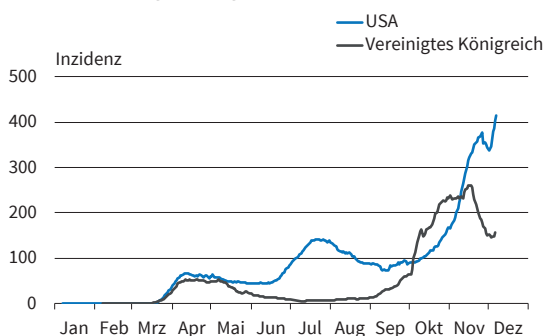
Abb. 1.9

Coronavirus: Anzahl der Neuinfektionen 2020
7-Tage-Inzidenz; tägliche Daten

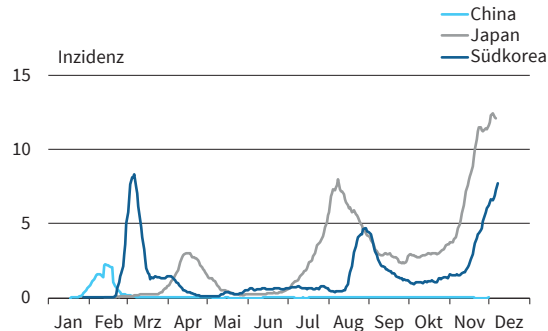
A. Europa



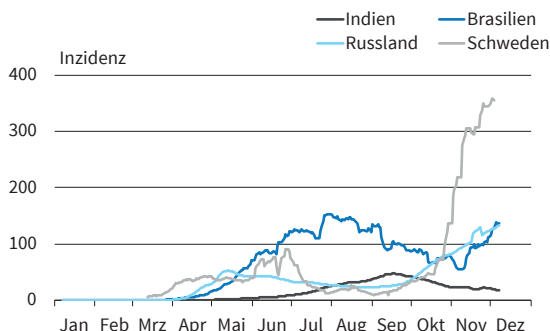
B. USA und Vereinigtes Königreich



C. Asien



D. Sonstige Länder



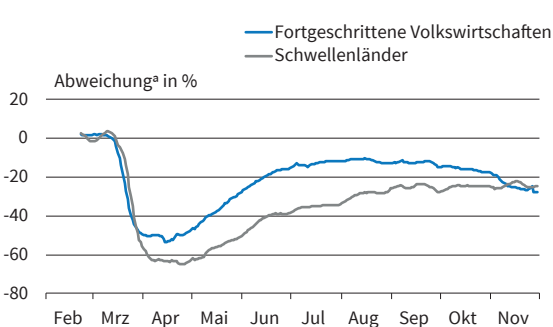
Quelle: Europäisches Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC); Robert Koch-Institut; Centers for Disease Control & Prevention; Public Health England; China National Health Commission; Japanese Ministry of Health, Labour & Welfare; Korea Ministry of Health & Welfare; Public Health Agency of Sweden; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

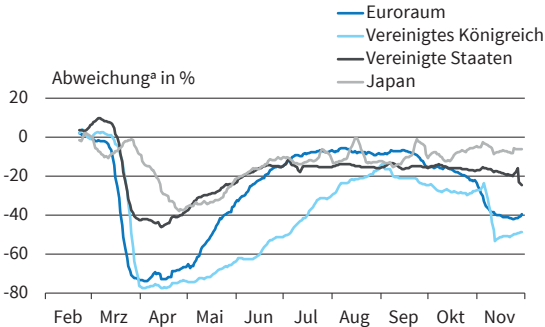
Abb. 1.10

Frühindikatoren

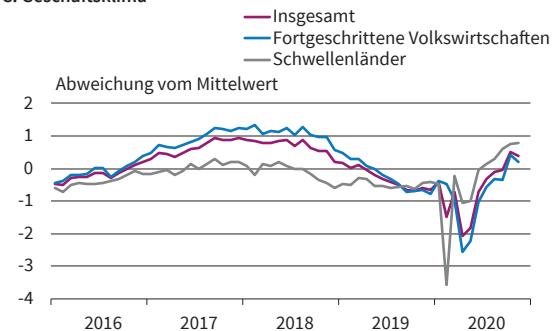
A. Mobilitätsindikatoren im Bereich Einzelhandel und Freizeit, 2020



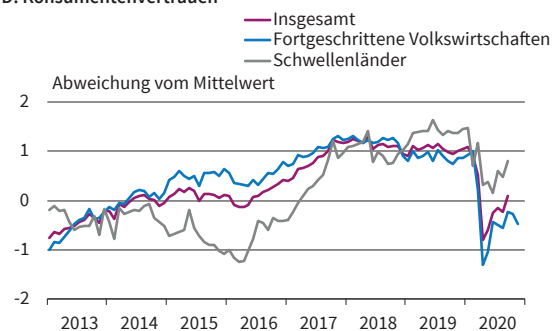
B. Mobilitätsindikatoren im Bereich Einzelhandel und Freizeit, 2020



C. Geschäftsklima^{bc}



D. Konsumentenvertrauen^{bd}



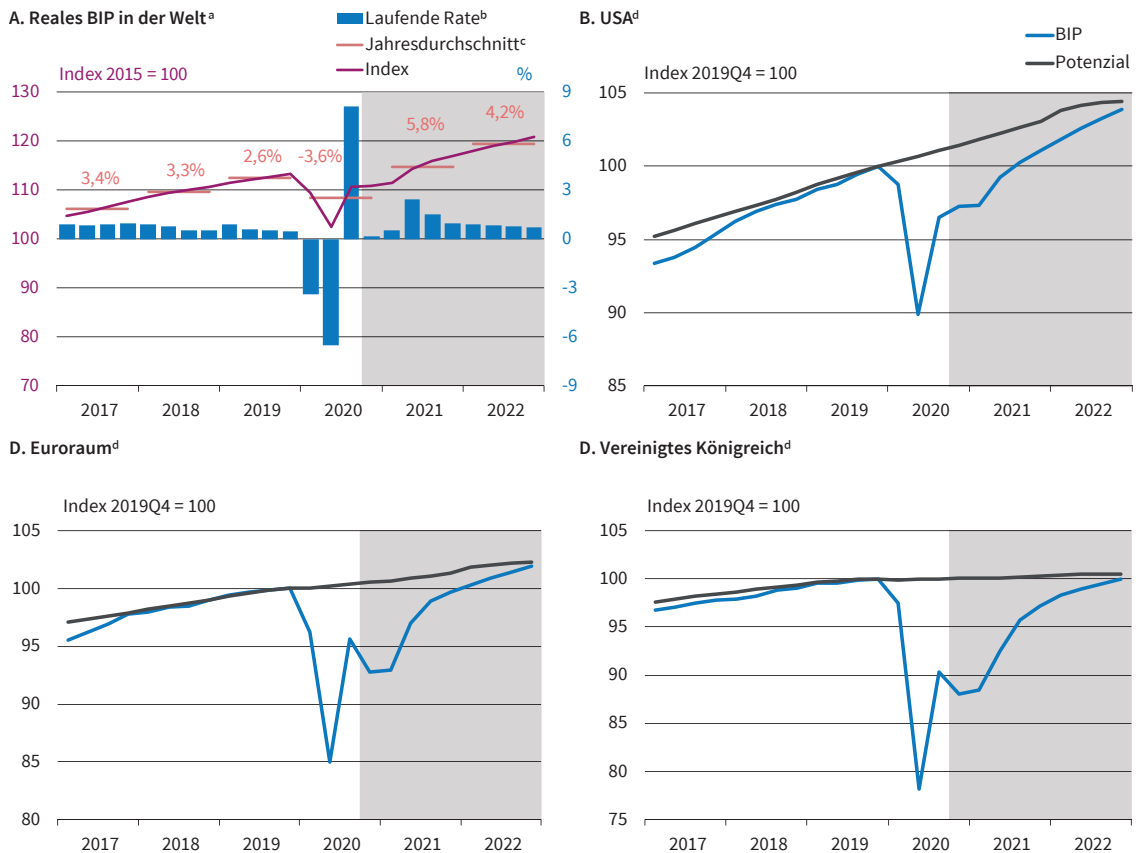
^a Abweichung vom Median des jeweiligen Wochentags im Zeitraum vom 3.1.2020 bis 6.2.2020. Durchschnitt über die vergangenen 7 Tage. ^b Gewichtungen basierend auf nominalem Bruttoinlandsprodukt des Vorjahres. Die zugrunde liegenden Reihen wurden um ihre Mittelwerte bereinigt und durch ihre Standardabweichung dividiert. Die vertikalen Achsen kennzeichnen die Abweichungen vom langjährigen Mittel in Standardabweichungen. ^c Basierend auf nationalen Unternehmensbefragungen des Verarbeitenden Gewerbes. ^d Basierend auf nationalen Haushaltsbefragungen.

Quelle: Google Mobility Report; Nationale Statistiken; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

Abb. 1.11

Bruttoinlandsprodukt und Produktionspotenzial



^a Saisonbereinigter Verlauf. ^b Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.
^c Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr. ^d Jährliche Daten zum Potenzial wurden zu Quartalen interpoliert.
 Quelle: Europäische Kommission; Nationale Statistiken; Berechnungen des ifo Instituts;
 ab 4. Quartal 2020: Prognose des ifo Instituts und der Europäischen Kommission.

mit einem relativ großen Gewicht in den chinesischen Warenkorb eingehen. In Indien waren es insgesamt sehr hohe Nahrungsmittelpreise, die die Verbraucherpreise zum Jahreswechsel 2019/20 stark nach oben trieben.

Der Welthandel wird sich im Winterhalbjahr 2020/21 wohl weiter erholen und im Sommer das Vorkrisenniveau wieder übertreffen (vgl. Abb. 1.12 A). Damit dürfte der weltweite Warenhandel im Winterhalbjahr weniger stark vom Konjunkturéinbruch betroffen sein als das globale Bruttoinlandsprodukt. Grund hierfür ist, dass die Infektionsschutzmaßnahmen den grenzüberschreitenden Austausch von Waren wenig einschränken dürften. Alles in allem wird der weltweite Warenhandel in diesem Jahr voraussichtlich um 6,1% schrumpfen und in den Jahren 2021 und 2022 um 6,6% bzw. 4,1% steigen. In der hier verwendeten Abgrenzung ist nur der Warenhandel berücksichtigt, nicht aber der Handel mit Dienstleistungen, so dass der Rückgang des gesamten internationalen Handels im laufenden Jahr noch stärker ausfallen dürfte. Die Elastizität des Welthandels, definiert als Verhältnis der Zuwachsraten von Welthandel und gesamtwirtschaftlicher Weltproduktion, dürfte im Jahr 2020 bei etwa 1,7 liegen, bevor sie sich im weiteren Prognose-

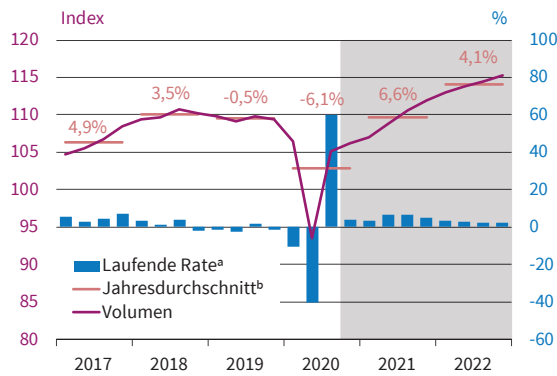
zeitraum Richtung 1,0 bewegt (vgl. Abb. 1.12 B). Der hohe Wert im laufenden Jahr ist eine Folge der Rückgänge bei den Investitionen in der ersten Jahreshälfte, die eine besonders handelsintensive Komponente darstellen.

1.3 RISIKEN

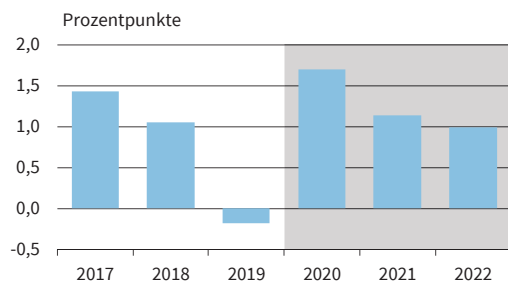
Die Abwärtsrisiken für die weltwirtschaftliche Entwicklung dominieren die Aufwärtsrisiken. Wie bereits im Ausblick skizziert, hängt die Prognose sehr stark vom Pandemieverlauf und den darauf basierenden Infektionsschutzmaßnahmen ab. Das Abwärtsrisiko besteht darin, dass die Neuinfektionen in vielen Ländern nicht ausreichend reduziert werden können, so dass es zu weitreichenderen Shutdowns der Wirtschaft kommen könnte. Auch könnte es Lieferengpässe bei den neuen Impfstoffen gegen Covid-19 geben. Möglich ist auch, dass die Bereitschaft in der Bevölkerung, sich impfen zu lassen, zu gering ist. Aus der Pandemie ergeben sich aber auch Argumente für ein Aufwärtsrisiko für die Prognose. So könnten sich die Neuinfektionen schneller als unterstellt reduzieren und die Infektionsschutzmaßnahmen schneller zurückgefahren werden.

Abb. 1.12
Indikatoren zur Entwicklung des Welthandels

A. Welthandelsverlauf und Prognose



B. Handelselastizitäten



^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %. Saison- und kalenderbereinigter Verlauf.

^b Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Nationale Statistiken; Berechnungen des ifo Instituts; ab 4. Quartal 2020: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

Der weitere Fortgang der handelspolitischen Beziehungen – insbesondere zwischen den USA und China, aber auch zwischen den USA und Europa – ist immer noch ungewiss. Zwar bedeutet die Abwahl des bisherigen US-Präsidenten voraussichtlich eine Deeskalation der Handelskonflikte und damit tendenziell ein Aufwärtsrisiko. Die Aussagen des zukünftigen US-Präsidenten zeigen aber, dass nicht mit einer schnellen und vollständigen Aufhebung aller Handelsbeschränkungen zu rechnen ist.

Die Finanzstabilität Chinas ist mit deutlichen Risiken behaftet und dies nicht erst seit Ausbruch der Pandemie. Der bereits vor der Krise hoch verschuldete nicht-finanzielle Sektor hat sich im Zuge der Pandemie noch weiter verschuldet (vgl. Organization for Economic Co-operation and Development 2020). Sollte das Insolvenzgeschehen in China zunehmen, würde dies eine Neubewertung der Risiken wahrscheinlicher machen und könnte plötzliche Verkäufe bestimmter Finanzanlagen in größerem Umfang nach sich ziehen.

In den vergangenen Jahren ist auch in vielen fortgeschrittenen Volkswirtschaften die Verschuldung von nicht-finanziellen Unternehmen vor allem durch die Ausgabe von Anleihen deutlich gestiegen (vgl. Organization for Economic Co-operation and Development 2019). Ein immer größer werdender Anteil dieser Anleihen wird dabei gerade noch mit Investment Grade bewertet (vgl. Çelik und Isaksson 2019). Je länger die Corona-Pandemie die wirtschaftliche Aktivität belastet, desto häufiger könnten diese Anleihen auf Non-Investment Grade abgewertet werden. Institutionelle Investoren müssten sie aufgrund von Regulierungsvorschriften abstoßen, was Preisverfälle auf Anleihenmärkten und möglicherweise Neubewertungen weiterer Assetklassen nach sich ziehen könnte.

Zu guter Letzt gibt es immer noch keine konkreten Fortschritte bei den Verhandlungen mit dem Vereinigtem Königreich hinsichtlich des zukünftigen Verhältnisses zur Europäischen Union. Ein Brexit ohne zufriedenstellenden Handelsvertrag Ende Dezember 2020 dürfte den Handel zwischen dem Vereinigten Königreich und den Ländern der Europäischen Union belasten und dämpfend auf die wirtschaftliche Aktivität wirken.

Die Risiken im Euroraum werden im nächsten Abschnitt diskutiert.

2. Lage und Prognose der Wirtschaft im Euroraum

2.1 ÜBERBLICK

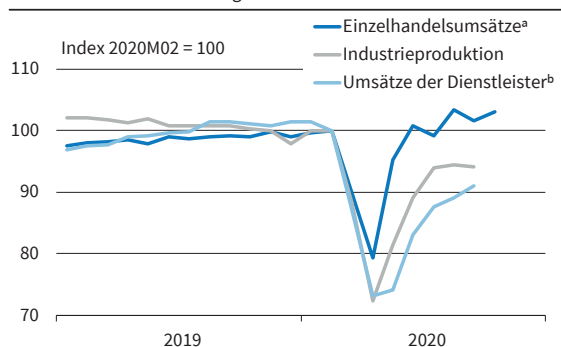
Durch die drastischen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Epidemie im Frühjahr brach die Wirtschaftsleistung im Euroraum im zweiten Quartal dieses Jahres um 11,7% ein. Im ersten Quartal hatte der Rückgang des Bruttoinlandsprodukts schon 3,7% betragen. Mit der schrittweisen Lockerung der staatlichen Beschränkungen ab Mai konnte die wirtschaftliche Aktivität wieder spürbar an Fahrt aufnehmen. So stiegen im Mai die Einzelhandelsumsätze um kräftige 20% und die Industrieproduktion um 12,5% im Vergleich zum Vormonat. Allerdings konnten nicht alle Wirtschaftsbereiche mit derartigen Raten zulegen (vgl. Abb. 2.1). Viele Dienstleistungsbereiche erholten sich nur moderat, da ihre Geschäftstätigkeit wegen der weiterhin geltenden Hygieneregeln beschränkt blieb. Während der Einzelhandel das Vorkrisenniveau schon im Juni erreicht hatte, liegen die Umsätze der restlichen Dienstleister im September weiterhin 9% darunter.

Insgesamt legte die Wirtschaftsleistung im dritten Quartal mit 12,5% so kräftig zu wie nie zuvor seit Bestehen des Euroraums. Zwar konnte damit ein Gutteil des Konjunkturerinbruchs aufgeholt werden. Allerdings lag das Bruttoinlandsprodukt Ende September immer noch 4,4% unterhalb seines Vorkrisenniveaus (Q4 2019). Ausschlaggebend für diese rasche Erholung war der kräftige Anstieg des privaten Konsums, der mit 14% gegenüber dem Vorquartal expandierte und damit einen großen Teil des Einbruchs wieder wettmachen konnte. Die Bruttoanlageinvestitionen leisteten ebenfalls einen wichtigen Beitrag zu Erholung. Trotz einer Zunahme von 13,4% gegenüber dem Vorquartal war die Investitionstätigkeit aber immer noch etwa 10% niedriger als vor Ausbruch der Krise.

Der Einbruch der wirtschaftlichen Aktivität war dabei in den vier größten Ländern des Euroraums

Abb. 2.1

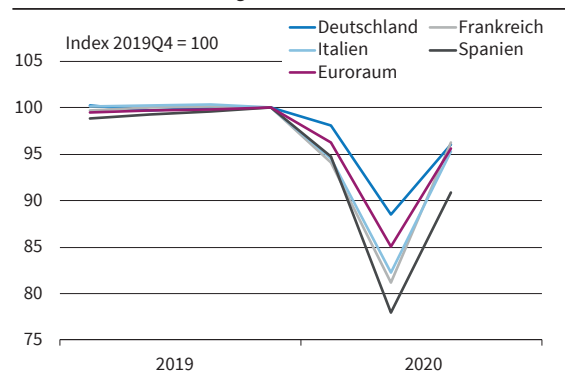
Konjunkturindikatoren in den ausgewählten Sektoren
Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



^a Preisbereinigt. ^b Wirtschaftsbereiche H bis N.
Quelle: Eurostat.

Abb. 2.2

Bruttoinlandsprodukt in ausgewählten Ländern
Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



Quelle: Eurostat.

unterschiedlich stark ausgeprägt (vgl. Abb. 2.2 und Abb. 2.3). Im Vergleich zum Vorkrisenniveau sank das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland im zweiten Quartal des laufenden Jahres auf 88%. In Italien, Frankreich und Spanien ging die Wirtschaftsleistung hingegen deutlich stärker auf etwa 80% zurück. Im dritten Quartal konnte sich das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland, Frankreich und Italien recht kräftig erholen und erreicht etwa 96% des Vorkrisenniveaus. In Spanien hingegen fiel die Erholung schwächer aus und die Produktion von Waren und Dienstleistungen blieb mit 91% des Vorkrisenniveaus hinter den anderen Ländern zurück.

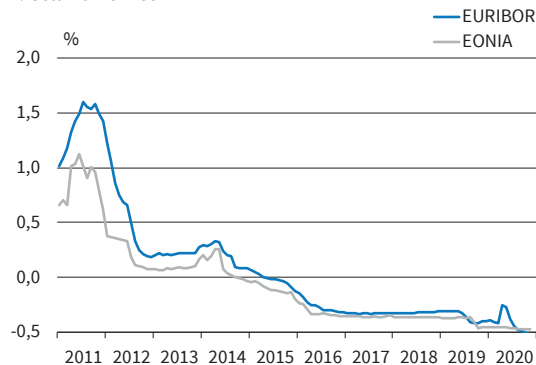
Der Preisauftrieb hat seit Sommer deutlich an Dynamik verloren; zuletzt waren die Inflationsraten sogar negativ (-0,3% gegenüber dem Vorjahr). Dazu trugen sowohl die im Vergleich zum Vorjahr rückläufigen Energiepreise als auch die schwache Kerninflation bei, die sich aktuell bei 0,6% bewegt. Die Kerninflation dürfte im Zuge des Konjunkturerinbruchs sowie der Mehrwertsteuersenkung in Deutschland unter Druck geraten sein.

Als Folge des Konjunkturerinbruchs kletterte auch die Arbeitslosenquote im Euroraum von 7,2% im April auf 8,7% im Juli. Während der Anstieg in Deutschland unterdurchschnittlich war, erhöhte sich die Arbeitslosigkeit in den anderen drei großen Ländern in diesem Zeitraum stärker als im Euroraum insgesamt. Dieser Anstieg ist jedoch moderat angesichts des kräftigen Rückgangs der Wirtschaftsleistung. Wirtschaftspolitische Maßnahmen zum temporären Erhalt von Arbeitsplätzen, die in vielen Ländern des Euroraums zum Einsatz kamen, haben einen stärkeren Stellenabbau bisher verhindert. So hat das Instrument der Kurzarbeit insbesondere dazu beigetragen, dass sich der Konjunkturerinbruch vor allem in einem deutlichen Rückgang der Arbeitsstunden niedergeschlagen hat (vgl. Abschnitt 1.1, insbesondere Abb. 1.4). Seit Sommer verzeichnet die Arbeitslosenquote dank der kräftigen Erholung einen leichten Rückgang und lag im Oktober bei 8,4%.

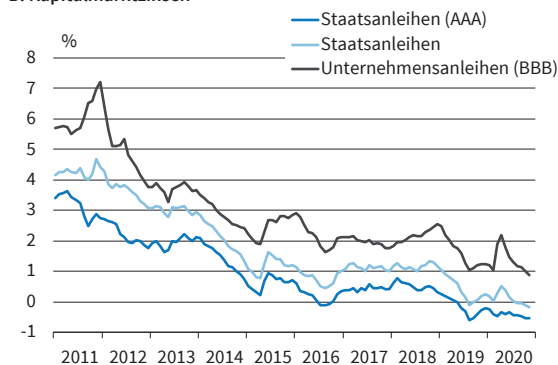
Abb. 2.3

Zur monetären Lage im Euroraum

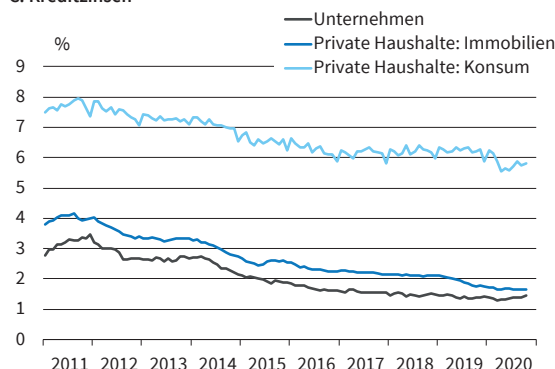
A. Geldmarktzinsen



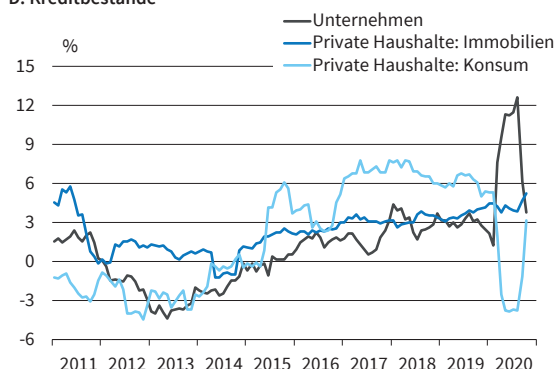
B. Kapitalmarktzinsen^a



C. Kreditzinsen^b



D. Kreditbestände^c



^a Unternehmensanleihen = Zinsen für Anleihen von Unternehmen mit mittlerer (BBB) Bonität und einer Restlaufzeit von zehn Jahren. Staatsanleihen = durchschnittliche Zinsen für Staatsanleihen von allen Ländern des Euroraums bzw. von Ländern mit höchster Bonität (AAA); Restlaufzeit zehn Jahre; BIP-gewichtete Durchschnitte.

^b Durchschnittliche Zinsen für neuvergebene Kredite an Unternehmen (nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften) und private Haushalte.

^c Kreditbestände der Unternehmen (nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften) und privaten Haushalte (gleitender Sechsmonatsdurchschnitt der Vormonatsveränderung in Prozent (annualisiert), saisonbereinigt).

Quelle: Europäische Zentralbank; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

2.2 FINANZIERUNGSBEDINGUNGEN BLEIBEN WEITER GÜNSTIG

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat als Reaktion auf die Coronakrise ihren Expansionsgrad weiter erhöht. Nachdem das im März beschlossene Pandemie-Notfallkaufprogramm zum Ankauf von Anleihen öffentlicher und privater Schuldner bereits im Sommer aufgestockt wurde, hat die EZB bei ihrer Sitzung am 10. Dezember nochmal nachjustiert. Das Programm wurde um weitere 500 Mrd. Euro auf insgesamt 1 850 Mrd. Euro erhöht und wird bis mindestens März 2022 Zukäufe tätigen. Freiwerdende Gelder durch auslaufende Anleihen werden bis mindestens Ende 2023 reinvestiert. Darüber hinaus wurden weitere längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte für Banken beschlossen, sowie die Konditionen für bereits laufende Langfristkredite gelockert und verlängert. Der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte liegt weiterhin bei 0,0%, der Spitzenrefinanzierungssatz bei 0,25% und der Einlagesatz bei -0,5%.

Die Geldmarktzinsen für Tagesgeld (EONIA) blieben seit dem Ausbruch der Coronakrise weitgehend unverändert, während die Zinsen für Dreimonatsgeld

(EURIBOR) nach einem leichten Anstieg im April auf ein noch niedrigeres Niveau gefallen sind (vgl. Abb. 2.3). Die Umlaufrenditen für 10-jährige Staatsanleihen mit höchster Bonität (AAA) lagen in den letzten Monaten recht konstant bei -0,4%. Auch die durchschnittlichen Zinsen für 10-jährige Staatsanleihen waren zuletzt wieder im leicht negativen Bereich, nachdem sie im Frühling gestiegen waren. Die Zinsen für 10-jährige Unternehmensanleihen mittlerer Bonität (BBB) folgten diesem Verlauf und sanken von ihrem Höchststand dieses Jahres im April von 2,2% auf nun 0,9%.

Die durchschnittlichen Zinsen für neue Unternehmenskredite stiegen seit ihrem Tiefstand im März leicht auf 1,4%. Das gleiche Muster gilt für die Zinsen von Konsumentenkrediten, die sich in den letzten Monaten auf 5,8% verteuerten. Nur die Kosten der Immobilienfinanzierung für private Haushalte blieben stabil bei 1,7%. Die ausstehenden Volumina an Unternehmens- und Konsumentenkrediten folgten in diesem Jahr gegenläufigen Trends: Während die Unternehmenskredite durch den krisenbedingten Liquiditätsbedarf der Unternehmen bis in den Sommer hinein stark stiegen, ist die Nachfrage nach Konsumentenkrediten im gleichen Zeitraum eingebrochen. In den letzten Monaten haben sich diese Trends hingegen

umgedreht. Das Wachstum der Unternehmenskredite hat sich verringert und gleichzeitig erholte sich die Nachfrage nach Konsumentenkrediten. Im Vergleich dazu blieben die Immobilienkreditbestände in diesem Jahr relativ konstant, wobei sich in den letzten Monaten ein leichter Anstieg abzeichnet.

Die Geldpolitik dürfte im Prognosezeitraum weiterhin sehr expansiv bleiben. Die EZB wird wohl auch an den niedrigen Leitzinsen festhalten. So hat der EZB-Rat in seiner jüngsten Entscheidung noch einmal bekräftigt, die Leitzinsen so lange auf ihrem aktuellen oder einem niedrigeren Niveau zu belassen, bis sich die Inflationsaussichten deutlich dem Preisstabilitätsziel annähern. Zudem hat die EZB ihre Bereitschaft bekräftigt, ihre geldpolitischen Instrumente nochmals auszuweiten, sofern das durch die Coronakrise notwendig sein sollte. Damit sollten die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen und private Haushalte weiterhin sehr günstig bleiben.

2.3 FINANZPOLITIK STÜTZT WÄHREND UND NACH DER KRISE

Beim EU-Gipfel am 10. und 11. Dezember haben sich die Mitgliedsländer nicht nur auf den turnusmäßigen Mehrjährigen Finanzrahmen für 2021 bis 2027 in Höhe von etwa 1,1 Billionen geeinigt, sondern zusätzlich den Wiederaufbaufonds »Next Generation EU« zur Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie beschlossen.⁴ Er umfasst 750 Mrd. Euro, wovon 390 Mrd. Euro auf direkte Transfers und 360 Mrd. Euro auf zurückzuzahlende Kredite entfallen.

Zur Finanzierung des Wiederaufbaufonds nimmt die EU-Kommission erstmals selbst Schulden im Umfang von 750 Mrd. Euro am Kapitalmarkt auf, die bis spätestens 2058 zurückgezahlt werden sollen. Dabei sind die Mitgliedsländer die Garantiegeber und haften maximal bis zu ihrem Anteil am EU-Haushalt. Um die Schulden zurückzuzahlen, werden erstmals EU-weite Steuern erhoben. So wird am 1. Januar 2021 in allen Mitgliedsländern eine Abgabe auf nicht recyclebares Plastik eingeführt. Bis spätestens 2023 sollen eine Digitalsteuer und eine CO₂-Grenzsteuer folgen. Überdies ist bis 2026 eine Finanztransaktionssteuer geplant.

Der Großteil der direkten Hilfen wird wohl erst ab Mitte 2021 fließen. Daher ist der Wiederaufbaufonds nicht vordergründig als konjunkturelle Stütze zur Abfederung der Coronakrise gedacht. Vielmehr soll die Wirtschaft in den Mitgliedsländern strukturell gestärkt und für zukünftige Entwicklungen vorbereitet werden. Um die Mittel abrufen zu können,

legen die nationalen Regierungen bei der EU-Kommission Aufbau- und Resilienzpläne vor, die schließlich vom Rat der EU genehmigt werden müssen. So soll sichergestellt werden, dass ein großer Teil des Wiederaufbaufonds im Sinne der Leitlinien der EU Politik investiert werden, insbesondere in Bezug auf die Klimawende und die digitale Transformation der Wirtschaft. Ein großer Teil der Hilfen soll an Italien und Spanien fließen, die von der Pandemie besonders betroffen waren, aber auch bereits zuvor strukturelle Probleme aufwiesen.

Die Erfahrungen aus dem im April beschlossenen Rettungspaket über 540 Mrd. Euro deuten darauf hin, dass die Kredithilfen aus dem Wiederaufbaufonds vorerst nicht allzu stark nachgefragt werden dürfen.⁵ Die zinsgünstigen Darlehen aus dem ESM von über 240 Mrd. Euro als Teil des Rettungspakets blieben nämlich bislang unangetastet. Das spricht dafür, dass sich die Mitgliedsstaaten bisher dank der guten Kapitalmarktbedingungen selbstständig finanzieren konnten. Die nationale Schuldenaufnahme hat für die Mitgliedsländer darüber hinaus den Vorteil, dass sie sich nicht den Reformbedingungen der EU Kommission aussetzen müssen. Sollten die Anleihezinsen wie erwartet weiter niedrig bleiben, werden die nationalen Regierungen wohl nur im Notfall auf die zurückzahlbaren 360 Mrd. Euro aus dem Wiederaufbaufonds zurückgreifen. Der Garantiefonds für Unternehmenskredite wurde bis jetzt ebenfalls kaum genutzt, nur eine Mrd. Euro der zur Verfügung stehenden 200 Mrd. Euro wurde bislang bewilligt. Im Gegensatz dazu wurde das Europäische Kurzarbeitergeld aus dem Hilfspaket vom April stark nachgefragt. Von den 100 Mrd. Euro bewilligte die EU-Kommission bereits Anträge der Mitgliedsländer in Höhe von 90 Mrd. Euro.

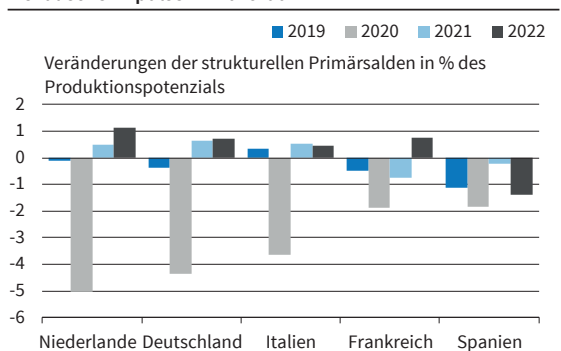
Im Jahr 2020 haben voraussichtlich alle Länder des Euroraums starke expansive fiskalische Impulse gesetzt. Dazu trugen Maßnahmen wie das Kurzarbeitergeld bei, die auf den Erhalt von Arbeitsplätzen abzielen. Außerdem wurden zusätzliche Ausgaben für die Gesundheitssysteme getätigt und die Privatwirtschaft durch Liquiditätshilfen und die Erstattung von Umsatzeinbußen gestützt. Die Stärke der expansiven Impulse in den Ländern kann anhand der Veränderungen der um konjunkturelle und einmalige Effekte bereinigten strukturellen Finanzierungssalden gemessen werden. Rückgänge in diesen Salden entsprechen dabei expansiven fiskalischen Impulsen.

Nach Schätzungen der Europäischen Kommission werden unter den fünf größten Mitgliedern die stärksten Impulse in den Niederlanden, Deutschland und Italien erwartet, während die Impulse in Spanien und Frankreich deutlich geringer ausfallen dürften

⁴ Dieser war im Mai vorgeschlagen worden und wurde in groben Zügen bereits im Juli von den Mitgliedsländern angenommen. Die Mittelvergabe an die Länder aus dem Wiederaufbaufonds und dem Mehrjährigen Finanzrahmen wird erstmals an die Einhaltung von Rechtsstaatlichkeitsprinzipien geknüpft. Die Rechtmäßigkeit dieser Konditionierung muss jedoch zuerst noch vom Europäischen Gerichtshof bestätigt werden.

⁵ Das Rettungspaket vom April über 540 Mrd. Euro setzt sich aus drei Bestandteilen zusammen: Kreditlinien aus dem Euro-Rettungsschutz ESM über 240 Mrd. Euro, einem Garantiefonds für Unternehmenskredite der Europäischen Investitionsbank über 200 Mrd. Euro sowie Finanzierungshilfen der EU-Kommission über 100 Mrd. Euro für Maßnahmen zum Erhalt von Arbeitsplätzen, z.B. durch Kurzarbeitergeld.

Abb. 2.4
Fiskalische Impulse im Euroraum^a



^a Negative Werte zeigen expansive fiskalische Impulse an, positive Werte entsprechen restriktiven Impulsen.
Quelle: Europäische Kommission; Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

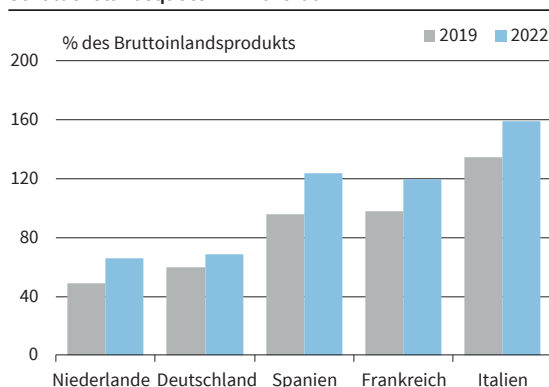
(vgl. Abb. 2.4). In den kommenden beiden Jahren werden die fiskalischen Impulse in den großen Ländern wohl wieder grob auf die Größenordnung der Zeit vor der Coronakrise zurückgehen. In den Niederlanden, Deutschland und Italien dürften sie dann voraussichtlich leicht restriktiv wirken.⁶ In Frankreich wird der Impuls im Jahr 2021 noch leicht expansiv sein, bevor die Finanzpolitik 2022 leicht restriktiv wirken dürfte. In Spanien werden in den kommenden beiden Jahren weiterhin expansive Impulse erwartet.

Die expansive Fiskalpolitik hat zur Folge, dass sich die Schuldenstandsquote in Prozent des jeweiligen Bruttoinlandsprodukts in allen Ländern des Euroraums erhöhen wird. Für den Euroraum insgesamt dürfte diese Quote nach Schätzungen der EU-Kommission auf über 100% steigen. Unter den fünf größten Volkswirtschaften bleibt das Bild sehr heterogen – und die Unterschiede dürften sich weiter vergrößern (vgl. Abb. 2.5). So konnten die Niederlande und Deutschland ihre Schuldenstandsquote in Prozent des Bruttoinlandsprodukts in den Jahren vor der Coronakrise auf 49% bzw. 60% senken. Bis 2022 werden diese beiden Länder wohl lediglich einen Anstieg auf 66% bzw. 69% Prozent verzeichnen.⁷ Im Gegensatz dazu lagen die Schuldenstandsquoten in Italien, Frankreich und Spanien im Jahr 2019 mit 135%, 98% und 96% des jeweiligen Bruttoinlandsprodukts bereits deutlich über dem Maastricht-Referenzwert. Bis 2022 werden sich diese Quoten voraussichtlich auf 159%, 119% und 124% erhöhen. Es ist aber noch ungewiss wann die derzeit wegen der Coronakrise ausgesetzten Fiskalregeln aus dem Maastricht-Verträgen bzw. dem Fiskalpakt wiedereingesetzt werden, oder ob die Regeln aufgeweicht werden.

⁶ Die vorliegende Prognose geht dagegen für Deutschland von einem leicht expansiven Impuls im Jahr 2021 aus (vgl. Abschnitt 3.15). Ein Grund für diese Abweichung ist unter anderem ein unterschiedlicher Prognoseverlauf für das Produktionspotenzial.

⁷ Die Prognose der EU-Kommission für Deutschland für das Jahr 2022 weicht dabei etwas von der hier vorliegenden-Prognose ab, die die Schuldenstandsquote auf 65% des Bruttoinlandsprodukts schätzt (vgl. Abschnitt 3.15). Dies liegt unter anderem an der niedrigeren BIP-Prognose der EU-Kommission für das Jahr 2022, zu der der erwartete Schuldenstand ins Verhältnis gesetzt wird. Beide Prognosen sind ferner als Punktschätzer zu verstehen, die mit hoher Unsicherheit behaftet sind.

Abb. 2.5
Schuldenstandsquoten im Euroraum



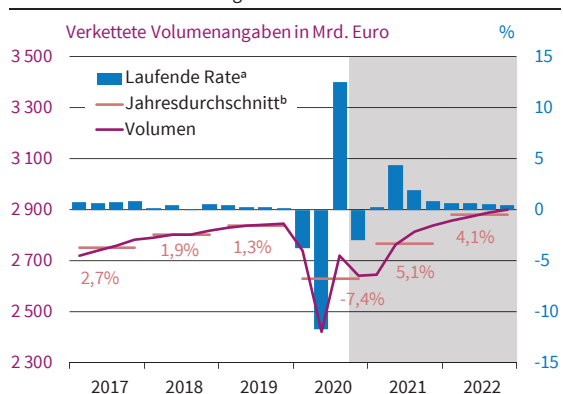
Quelle: Europäische Kommission; Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

2.4 AUSBLICK

Seit Ende Oktober wurden in mehreren Euroländern wieder strengere Maßnahmen zur Eindämmung der zweiten Welle der Corona-Epidemie eingeführt (vgl. Abb. 1.2 A). Die wirtschaftlichen Auswirkungen dieser erneuten Einschränkungen spiegeln sich in einem deutlichen Rückgang der Personenmobilität wider (vgl. Abb. 1.10 B), was auf eine Verlangsamung der wirtschaftlichen Aktivität zum Jahresende hindeutet (vgl. Box: Google-Mobilität und internationale BIP-Entwicklung). Auch die für November vorliegenden Umfrageindikatoren aus den Dienstleistungsbereichen zeigen, dass die Shutdowns die Stimmung dort eingetrübt haben. Hingegen scheint die Industrie bislang weniger betroffen zu sein. Bis zuletzt konnten Umfragen zufolge die Auftragseingänge zulegen. Dies deutet darauf hin, dass im Gegensatz zum Frühjahr die Wertschöpfung in der Industrie von den derzeitigen Shutdown-Maßnahmen weitgehend verschont bleiben dürfte.

Insgesamt wird das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Euroraum im vierten Quartal 2020 voraussichtlich um 3,0% schrumpfen (vgl. Abb. 2.6).

Abb. 2.6
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum
Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.
^b Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Eurostat; Berechnungen des ifo Instituts; ab 4. Quartal 2020: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

Tab. 2.1

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum

	2019	2020	2021	2022
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %			
Private Konsumausgaben	1,4	-8,0	5,4	3,9
Konsumausgaben des Staates	1,8	1,2	3,3	0,4
Bruttoanlageinvestitionen	5,7	-9,7	6,6	5,9
Inländische Verwendung	2,4	-6,4	5,2	3,5
Exporte	2,5	-11,1	7,8	5,9
Importe	3,9	-10,3	6,9	5,0
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	1,3	-7,4	5,1	4,1
Arbeitslosenquote ^a (in % der Erwerbspersonen)	7,6	8,0	9,2	8,7
Verbraucherpreise ^b (Veränderung gegenüber Vorjahr in %)	1,2	0,3	1,0	1,3
Finanzierungssaldo des Staates (in % des Bruttoinlandsprodukts)	-0,6	-8,8	-6,4	-4,7

^a Standardisiert. ^b Harmonisierter Verbraucherpreisindex.

Quelle: Eurostat; 2020 bis 2022: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2020

Unter der Annahme, dass die im Herbst eingeführten staatlichen Beschränkungen weitgehend unverändert bis März erhalten bleiben, dürfte die Wirtschaftsleistung im erstem Quartal 2021 mit 0,2% annähernd stagnieren. Erst mit der schrittweisen Aufhebung der Beschränkungen ab April wird die wirtschaftliche Aktivität wohl deutlich an Tempo gewinnen und das Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal 2021 voraussichtlich um 4,4% expandieren. Im weiteren Verlauf wird angenommen, dass mit fortschreitender Durchimpfung der Bevölkerung noch bestehende Infektionsschutzmaßnahmen vollständig aufgehoben werden. Somit dürfte sich die konjunkturelle Erholung ab dem dritten Quartal 2021 fortsetzen, wenngleich sich die Zuwachsraten wohl allmählich abschwächen werden. Sie werden aber weiterhin über denen des Produktionspotenzials liegen, so dass sich die Produktionslücke bis Ende 2022 schließen dürfte.

Insgesamt wird das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Euroraum in laufendem Jahr um 7,4% zurückgehen (vgl. Tab. 2.1). Dieser Rückgang ist geringer als noch im Herbst angenommen, da das dritte Quartal deutlich stärker ausfiel als erwartet und somit schon ein großer Teil des Einbruchs vom Frühjahr aufgeholt werden konnte. Von den vier größten Volkswirtschaften des Euroraums wird im diesem Jahr

wohl Spanien mit -11,7% den kräftigsten Rückgang der Wirtschaftsleistung erleiden Italien und Frankreich sind mit -9,3% bzw. -9,3% etwas weniger stark betroffen (vgl. Tab. 2.2). In Deutschland dürfte das Bruttoinlandsprodukt mit -5,4% weit weniger stark zurückgegangen sein.

Die Arbeitslosenquote wird im diesem Jahr insgesamt wohl 8,0% betragen und damit nur geringfügig höher sein als im Vorjahr. Im kommenden Jahr dürfte die Arbeitslosigkeit auf 9,2% steigen und im Jahr 2022 dann im Zuge der konjunkturellen Erholung auf 8,7% sinken. Jedoch sind die Unterschiede zwischen den Ländern weiterhin sehr groß. Von den großen Ländern wird die Quote in Spanien nächstes Jahr am höchsten sein. Die strukturelle Arbeitslosigkeit ist dort bereits schon seit Langem vergleichsweise hoch. Außerdem ist der Arbeitsmarkt in Spanien wegen des relativ hohen Anteils an temporären Beschäftigungsverhältnissen und vielen Arbeitsplätzen in der Tourismusbranche stärker von der Coronakrise betroffen als in anderen Ländern. In Frankreich lag die Arbeitslosenquote im Frühjahr noch nahe dem Euroraum-Durchschnitt. Durch die Krise ist sie jedoch etwas stärker gestiegen, da der Shutdown strikter war als in vielen anderen Ländern. Der Anstieg wird sich durch die erneuten Einschränkungen im Winter wohl

Tab. 2.2

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote im Euroraum

	Gewicht in %	Bruttoinlandsprodukt ^a				Verbraucherpreise ^b				Arbeitslosenquote ^c			
		Veränderung gegenüber Vorjahr in %								in %			
		2019	2020	2021	2022	2019	2020	2021	2022	2019	2020	2021	2022
Deutschland ^a	28,9	0,6	-5,4	4,2	2,6	1,4	0,5	1,9	1,8	3,1	3,8	3,8	3,5
Frankreich	20,3	1,5	-9,3	6,6	5,3	1,3	0,6	0,6	1,2	8,5	8,3	10,3	9,7
Italien	15,0	0,3	-9,3	5,1	4,7	0,7	-0,1	0,3	0,7	9,9	9,4	11,0	10,7
Spanien	10,4	2,0	-11,7	7,3	6,8	0,8	-0,4	0,3	0,9	14,1	15,7	17,6	16,4
Euroraum	100,0	1,3	-7,4	5,1	4,1	1,2	0,3	1,0	1,3	7,6	8,0	9,2	8,7

^a Die Zuwachsraten sind um Kalendereffekte bereinigt. ^b Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI). ^c Standardisiert.

Quelle: Eurostat; 2020 bis 2022: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2020

fortsetzen. Auch in Italien durften die schon vor der Coronakrise vorhandenen strukturellen Problemen und der deutliche Rückgang an der Anzahl der Touristen die Arbeitslosigkeit kräftig steigen lassen.

Die Inflationsrate wird in diesem Jahr wohl nur bei 0,3% liegen, was maßgeblich auf die im Vergleich zum Vorjahr niedrigeren Energiepreise zurückzuführen ist. Die Kerninflationsrate dürfte bei 1,1% liegen. Bis zum Jahr 2022 dürfte sich der Preisanstieg unter der Annahme, dass sich die Rohölpreise im Einklang mit dem allgemeinen Preisniveau entwickeln, nur geringfügig auf 1,3% beschleunigen. Während der Preisauftrieb in den anderen großen Volkswirtschaften relativ schwach bleibt, wird die Inflation in Deutschland durch Sondereffekte deutliche höher liegen. Dort machen sich vor allem der Anstieg der Mehrwertsteuer und die Einführung einer CO₂-Bepreisung für die Bereiche Wärme und Verkehr bemerkbar.

2.5 RISIKEN

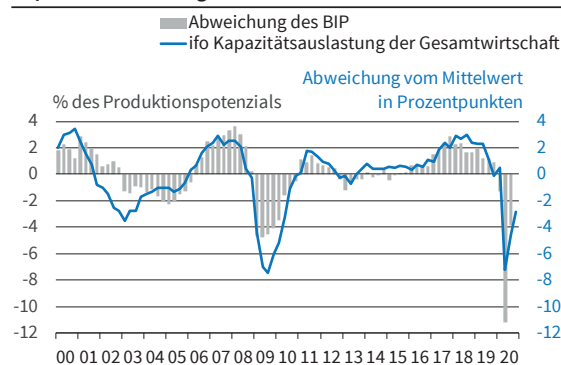
Zusätzlich zu den in Abschnitt 1 erläuterten Risiken stellt der deutliche Anstieg der Staatsverschuldung für einige Euroländer ein Risiko dar. Durch die fiskalischen Stabilisierungsmaßnahmen mussten alle Länder ihre Neuverschuldung massiv erhöhen. Insbesondere Länder, die schon vor der Coronakrise hohe Verschuldungsquoten auswiesen, laufen Gefahr, das Vertrauen der Finanzmärkte zu verlieren. Sollten die Risikoprämien auf staatliche Schuldtitel steigen, könnte dies wieder die Stabilität der Staatfinanzen und des Bankensystems gefährden, wie schon während der Staatsschuldenkrise zu Beginn der 2010er Jahre. Aktuell steuert die EZB jedoch durch die Anleihekaufprogramme erfolgreich dagegen.

3. Lage und Prognose der deutschen Wirtschaft

3.1 ÜBERBLICK

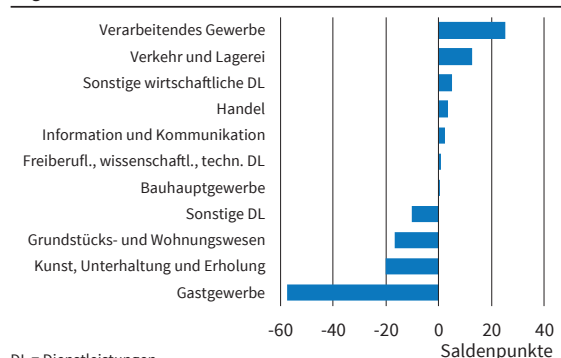
Die deutsche Wirtschaft erholte sich im dritten Quartal überraschend schnell vom Shutdown im Frühjahr. Das Bruttoinlandsprodukt legte im Vergleich zum Vorquartal mit 8,5% zu und damit so kräftig wie nie zuvor seit Beginn der Vierteljahresrechnung im Jahr 1970. In der ifo Herbstprognose war lediglich ein Anstieg in Höhe von 6,6% erwartet worden. Besonders kräftig stieg die Wertschöpfung in den Wirtschaftsbereichen, die zuvor am stärksten unter den staatlichen Infektionsschutzmaßnahmen litten, allen voran im Gastgewerbe und bei den Dienstleistern aus den Bereichen Kunst, Unterhaltung und Erholung. Aber auch im Verarbeitenden Gewerbe war die Erholung überdurchschnittlich. Da der Rückgang in den ersten beiden Quartalen zusammengenommen allerdings bei 11,5% lag, war die Wirtschaftsleistung im dritten Quartal immer noch niedriger als vor Ausbruch der Krise. Entsprechend lag die Auslastung der Produktionskapazitäten im Oktober gut 3 Prozentpunkte unterhalb ihres langjährigen Durchschnitts (vgl. Abb. 3.1).

Abb. 3.1
Kapazitätsauslastung



Quelle: Statistisches Bundesamt; ifo Konjunkturumfragen; Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

Abb. 3.2
Veränderung der ifo Geschäftslage
August bis November 2020



DL = Dienstleistungen
Quelle: ifo Konjunkturumfragen. © ifo Institut

CORONAKRISE AUS DER PERSPEKTIVE DES IFO-DSGE-MODELLS

Mit Hilfe des ifo-DSGE-Modells kann untersucht werden, welche Ursachen hinter dem massiven Einbruch des deutschen Bruttoinlandsprodukts in der ersten Jahreshälfte 2020 und die daran anschließende Erholung im dritten Quartal stehen.¹ Dieses Modell gehört zur Klasse dynamischer stochastischer allgemeiner Gleichgewichtsmodelle (DSGE, dynamic stochastic general equilibrium), die Konjunkturschwankungen durch exogene und zufällig auftretende (stochastische) Schocks und somit unvorhergesehene Verhaltensänderungen der Akteure des Modells erklären. Bei den Akteuren handelt es sich um Unternehmen, private Haushalte, den Staat, die Notenbank und das Ausland, die eine Reihe von Entscheidungen treffen und in vielfältigen Beziehungen miteinander stehen.

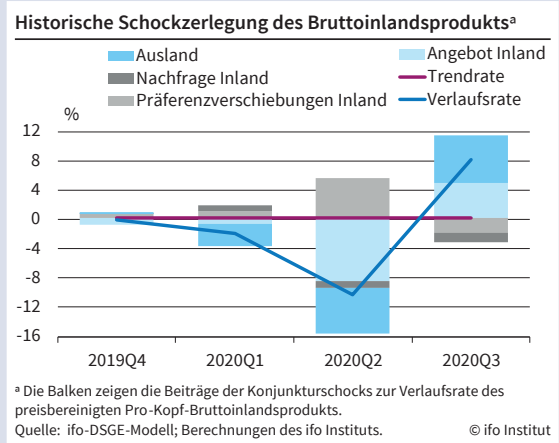
Die aktuelle Schätzung des Modells deutet darauf hin, dass die außergewöhnlich großen konjunkturellen Schwankungen der vergangenen drei Quartale entscheidend durch inländische Angebotsschocks geprägt wurden (vgl. Abb. 3.3). Im ersten und zweiten Quartal musste die deutsche Wirtschaft mit negativen Produktivitäts- und Arbeitsangebotsschocks kämpfen. Strikte Infektionsschutzmaßnahmen, die den stationären Einzelhandel und den sozialen Konsum beschränkten, sowie Störungen in Lieferketten behinderten die Produktion signifikant. Durch Kita- und Schulschließungen wurde das Arbeitsangebot von Eltern beeinträchtigt. In einer ähnlichen Weise waren ausländische Pendler durch Grenzschließungen betroffen. Die Lockerung der Infektionsschutzmaßnahmen im dritten Quartal rief einen umgekehrten, positiven Produktivitäts- und Arbeitsangebotsschock hervor, die gemeinsam das Bruttoinlandsprodukt kräftig steigen ließen. Zusätzlich profitierte die deutsche Wirtschaft von der Mehrwertsteuersenkung, die im Modell als ein negativer Preissetzungsschock (Price-Markup-Schock) identifiziert wurde.

¹ Eine ähnliche Analyse wurde die für die Konjunkturschwäche der Jahre 2018 und 2019 in der ifo Konjunkturprognose Winter 2019 präsentiert (vgl. Wollmershäuser et al. 2019).

Des Weiteren verzeichnete Deutschland während der Coronakrise Präferenzverschiebungen zwischen handelbaren und nicht-handelbaren Gütern. Im zweiten Quartal verschoben sich die Präferenzen zugunsten nicht-handelbarer Güter. Als Beispiel einer solchen Präferenzverschiebung kann die Entwicklung der Investitionen dienen. Ausrüstungsinvestitionen, die einen hohen Importgehalt aufweisen, brachen im zweiten Quartal deutlicher ein als Bauinvestitionen, die überwiegend heimisch produziert werden. Im dritten Quartal wurde diese Präferenzverschiebung teilweise rückgängig gemacht, was sich in der spürbaren Erholung der Ausrüstungsinvestitionen widerspiegelte.

Im Vergleich zu den Präferenzverschiebungen spielten Schocks, die die gesamtwirtschaftliche Nachfrage in Deutschland antreiben, eine untergeordnete Rolle. Als viel wichtiger erwiesen sich ausländische Schocks, die die Konjunktur im ersten und zweiten Quartal dämpften. Im dritten Quartal führte die weltweite Lockerung der Corona-Schutzmaßnahmen dann zu umgekehrten positiven ausländischen Schocks, die das deutsche Bruttoinlandsprodukt beflügelten.

Abb. 3.3



Maßgeblich für die beispiellosen konjunkturellen Schwankungen während der Coronakrise waren staatlich angeordnete Einschränkungen und Lockerungen der wirtschaftlichen Aktivität, wodurch die sozialen Kontakte reguliert und die Ausbreitungsgeschwindigkeit des Virus kontrolliert werden sollten. Konjunkturanalytisch betrachtet handelte es sich beim Shutdown um eine Störung, die weder eindeutig auf der Nachfrage- noch auf der Angebotsseite einer Volkswirtschaft verortet werden kann. Vielmehr sollte durch die Kontaktbeschränkungen ein Zusammenkommen beider Marktseiten verhindert

werden.⁸ Das erklärt vermutlich auch, warum das Wiederbeleben der Wirtschaft nach Ende des Shutdown so schnell möglich war und die Aktivität einem V folgte. In früheren, U-förmigen Krisen haben lang-

⁸ Ein solcher bis dato einmaliger Eingriff in das Wirtschaftsgeschehen stellt eine Herausforderung für die Konjunkturanalyse dar. Konjunkturmodelle, wie zum Beispiel das ifo-DSGE-Modell, interpretieren die Coronakrise vor allem als angebotsseitige Störung, die durch ausgeprägte Schwankungen der internationalen Konjunktur verstärkt wurde (vgl. Box: Coronakrise aus der Perspektive des ifo-DSGE-Modells). Befragungen zeigen aber auch, dass aus Sicht der Unternehmen die Geschäftstätigkeit durch eine Schwäche der inländischen Absatzmärkte und damit der Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen beeinträchtigt wurde (vgl. Box: Coronakrise aus Sicht der Unternehmen).

CORONAKRISE AUS SICHT DER UNTERNEHMEN

Nachfolgend werden die Ergebnisse von zwei Befragungswellen der ifo Konjunkturumfragen im Juni und November 2020 präsentiert, in denen die Unternehmer*innen Auskunft über die Ursachen der Beeinträchtigung ihrer Geschäftstätigkeit geben. Dabei konnten die Befragungsteilnehmer*innen einen Wert auf einer Skala von 1 (»keine Beeinträchtigung«) bis 5 (»große Beeinträchtigung«) für folgende sechs Kategorien angeben: Finanzen (z.B.: Liquidität), inländischer Absatzmarkt (z.B.: Nachfrage, Auftragslage), ausländische Absatzmärkte (z.B.: Nachfrage, Auftragslage), Personal (z.B.: Ausfälle, Freistellungen, Personalmangel), Einkauf/Beschaffung (z.B.: Lieferketten, Lagerhaltung) und staatliche Auflagen (z.B.: Schließungen, Hygienekonzepte).

Die durchschnittlichen Einschätzungen der Unternehmen werden in Tabelle 3.1 zusammengefasst. Sowohl im Juni also auch im November geben die Unternehmen an, dass sie eine niedrige inländische Nachfrage als größte Beeinträchtigung für Ihre Geschäftstätigkeit ansehen, wenngleich die Werte im November etwas niedriger sind als im Juni. Im Verarbeitenden Gewerbe sind die Beeinträchtigungen durch eine schwache ausländische Nachfrage sogar noch etwas stärker als durch eine schwache inländische Nachfrage. Hierin dürfte sich vor allem die Wichtigkeit des Exportgeschäftes und der zum großen Teil stärkeren Betroffenheit der Handelspartner niederschlagen.

Die negativen Effekte auf das Arbeitsangebot sowie Probleme im Bereich Einkauf und Beschaffung spielen für die Unternehmen im Durchschnitt eine eher geringere Rolle. Ein etwas höherer Wert bei Einkauf

und Beschaffung im Handel in der Juni-Umfrage spiegelt womöglich Lieferkettenengpässe und Warenkorbverschiebungen der Kunden wider. Die Beeinträchtigungen durch staatliche Regulierungen sind im Mittel von größerer Bedeutung als die Arbeitsangebots- und Güterangebotseffekte für die Unternehmen und steigen von Juni zum November leicht an. Dies liegt wohl daran, dass die Regulierungen im November durch den erneuten Shutdown zugenommen haben. In beiden Umfragewellen werden die Beeinträchtigungen durch staatliche Auflagen von Unternehmen im Dienstleistungssektor höher wahrgenommen als im Handel und vor allem im Verarbeitenden Gewerbe. Liquiditätsprobleme geben die meisten Unternehmen nicht als große Beeinträchtigung an (insbesondere im November).

Insgesamt deuten die Befragungsergebnisse darauf hin, dass in der Coronakrise sowohl negative Angebots- als auch negative Nachfrageeffekte von Bedeutung sind, die negativen Nachfrageeffekte jedoch in der Summe dominieren. Zu diesem Ergebnis kommt auch die Studie von Balleer et al. (2020), die Erkenntnisse aus dem Preissetzungsverhalten der in den ifo Konjunkturumfrage teilnehmenden Unternehmen zieht und ebenfalls Evidenz für die Koexistenz beider Effekte findet, bei der wiederum die Nachfrageeffekte dominieren. Balleer et al. (2020) zeigen außerdem, dass die negativen Nachfrageeffekte nicht ausschließlich in Wirtschaftsbereichen eine größere Rolle spielen, in denen ein erhöhtes Infektionsrisiko beim Konsum oder der Produktion herrscht. Somit scheinen auch klassische ökonomische Nachfrageeffekte, beispielsweise in Folge der erhöhten Unsicherheit von Bedeutung zu sein.

Tab. 3.1

Einschätzung der Wichtigkeit von Angebots- und Nachfrageeffekten durch Unternehmen*

Wichtigkeit von Beeinträchtigungen	Finanzen	Inländischer Absatzmarkt	Ausländische Absatzmärkte	Personal	Einkauf / Beschaffung	Staatliche Auflagen
Juni 2020						
Alle	2,6	3,6	3,3	2,4	2,5	2,7
Verarbeitendes Gewerbe	2,7	3,8	4,0	2,4	2,6	2,5
Handel	2,3	3,3	2,7	2,4	3,0	2,9
Dienstleistungen	2,7	3,4	2,9	2,3	2,2	2,9
November 2020						
Alle	2,1	3,1	3,0	2,5	2,3	2,9
Verarbeitendes Gewerbe	2,0	3,2	3,4	2,6	2,4	2,7
Handel	1,9	2,9	2,5	2,5	2,7	2,9
Dienstleistungen	2,3	3,1	2,8	2,5	2,0	3,0

* Die Unternehmen werden im Online-Fragebogen der ifo Unternehmensbefragung gebeten, die sechs Kategorien auf einer Skala von 1 (keine Beeinträchtigungen) bis 5 (große Beeinträchtigung) zu bewerten. Die Werte in der Tabelle geben die Mittelwerte an.

Quelle: ifo Konjunkturumfragen; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2020

Tab. 3.2

Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts^a
Veränderung gegenüber Vorquartal in %

	2020				2021				2022			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Private Konsumausgaben	-2,3	-11,1	10,8	-0,8	0,0	3,1	0,9	0,6	0,4	0,4	0,4	0,4
Öffentlicher Konsum	0,8	2,2	0,8	0,7	0,4	0,4	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1
Bauten	5,1	-4,3	-2,0	0,9	1,3	1,1	0,9	0,9	0,5	0,5	0,4	0,4
Ausrüstungen	-7,0	-15,1	16,0	0,4	5,2	2,3	1,9	1,5	0,7	0,6	0,5	0,5
Sonstige Anlagen	-4,1	0,6	1,9	0,8	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7
Vorratsinvestitionen ^b	0,0	-0,1	-2,0	-0,7	0,2	0,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	-1,2	-7,2	4,7	-0,9	0,9	2,5	0,9	0,7	0,5	0,5	0,4	0,4
Außenbeitrag ^b	-0,8	-2,9	3,9	0,4	-0,2	0,3	-0,1	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Exporte	-3,3	-20,5	18,1	2,8	0,1	2,7	3,0	1,9	1,2	1,0	0,8	0,8
Importe	-1,9	-15,9	9,1	2,1	0,7	2,4	3,8	2,4	1,4	1,2	0,9	0,9
Bruttoinlandsprodukt	-1,9	-9,8	8,5	-0,4	0,6	2,6	0,7	0,6	0,5	0,4	0,4	0,4

^a Saison- und kalenderbereinigte Werte. ^b Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten (Lundberg-Komponenten).

Quelle: Statistisches Bundesamt; ab IV/2020: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2020

anhaltende Nachfrageschwächen oder Kreditklemmen im Bankensystem die Erholung hinausgezögert. Jetzt, nachdem die Kontaktbeschränkungen in vielen Bereichen gelockert wurden, standen beide Seiten in den Startlöchern und wollten, soweit es die bestehende Regulierung zuließ, wieder zusammenkommen.

Vor allem hat die Kurzarbeit die schnelle Erholung unterstützt, die am Hochpunkt der Krise auf 6 Millionen Personen ausgeweitet wurde und innerhalb weniger Monate auf unter 2 Millionen Personen sank. Dieses Instrument verschaffte den Arbeitgebern ein hohes Maß an Flexibilität bei der Anpassung ihrer Aktivität an den Coronaschock und stabilisierte zugleich ihre Liquidität vor dem Hintergrund der Shutdown-bedingten Umsatzausfälle. Zwar stützte das Kurzarbeitergeld auch die Einkommen der privaten Haushalte. Die damit verbundenen konjunkturellen Effekte dürften allerdings begrenzt gewesen sein, da ein beträchtlicher Teil der verfügbaren Einkommen

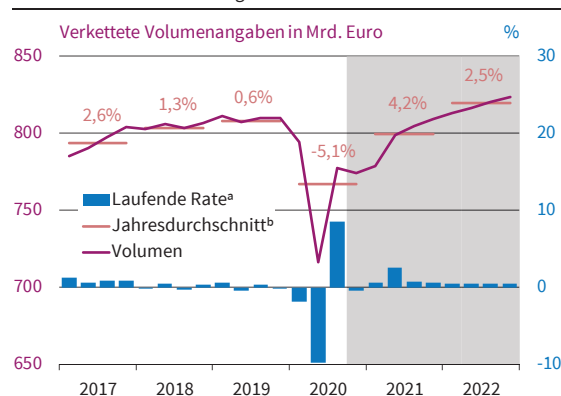
aufgrund der beschränkten Konsummöglichkeiten während des Shutdowns gar nicht verausgabt werden konnte. So dürfte die Ersparnis der privaten Haushalte in diesem Jahr krisenbedingt um schätzungsweise 100 Mrd. Euro gestiegen sein.

Im Herbst nahm das Infektionsgeschehen wieder spürbar an Fahrt auf, so dass im November erneut ein Shutdown verhängt wurde. Allerdings dürften die unmittelbaren wirtschaftlichen Auswirkungen dieses Mal geringer sein als noch im Frühjahr, da sich die staatlichen Infektionsschutzmaßnahmen bislang im Wesentlichen auf Anbieter von Dienstleistungen konzentrieren, die mit intensiven sozialen Kontakten einhergehen. Entsprechend hat sich die Stimmung zuletzt vor allem im Gastgewerbe und bei den Dienstleistern aus den Bereichen Kunst, Unterhaltung und Erholung deutlich eingetrübt, während die Geschäftslage im Verarbeitenden Gewerbe und im Handel im November besser eingeschätzt wurde als noch im Spätsommer (vgl. Abb. 3.2).

Abb. 3.4

Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland

Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.

^b Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 4. Quartal 2020: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

3.2 AUSBLICK

Die Gesamtschau der jüngsten Entwicklung wichtiger Konjunkturindikatoren deutet dennoch darauf hin, dass mit dem erneuten Shutdown die konjunkturelle Erholung vorerst gestoppt ist und das Bruttoinlandsprodukt im Schlussquartal wohl wieder schrumpfen wird (vgl. Tab. 3.2). Dieser Rückgang ist allerdings sehr ungleich über die Wirtschaftsbereiche verteilt. Während die Wertschöpfung im Gastgewerbe und bei den Sonstigen Dienstleistern mit zweistelligen Raten einbrechen dürfte, setzt das Produzierende Gewerbe seine Erholung fort. So ist die globale Industriekonjunktur bislang noch intakt, was sich in bis zuletzt steigenden Auftragseingängen bemerkbar macht. Entsprechend dürften im vierten Quartal die Investitionen und die Exporte weiter zulegen, während die Konsumausga-

Tab. 3.3

Statistische Komponenten der Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts

	2019	2020	2021	2022
Statistischer Überhang ^a	0,2	0,0	1,1	1,4
Jahresverlaufsrate ^b	0,4	-4,4	4,6	1,8
Jahresdurchschnittliche Veränderung, kalenderbereinigt	0,6	-5,4	4,2	2,6
Kalendereffekt ^c	0,0	0,4	0,0	-0,1
Jahresdurchschnittliche Veränderung	0,6	-5,1	4,2	2,5

^a Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. ^b Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal in Relation zum entsprechenden Quartal des Vorjahres. ^c In Prozent des realen BIP.

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2020 bis 2022: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2020

ben der privaten Haushalte schrumpfen. Dass deren Rückgang nicht noch kräftiger ausfällt, ist auf den Anstieg der Mehrwertsteuer im Januar 2021 zurückzuführen, der zu spürbaren Vorziehkäufen am Jahresende führen dürfte. Auch die Warenausfuhr wird von einem vorsorglichen Lageraufbau bei britischen Importeuren profitieren, der im Zusammenhang mit der Unsicherheit über die künftigen Handelsbeziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich steht. Insgesamt ergibt sich damit für das Jahr 2020 ein Einbruch der Wirtschaftsleistung um 5,1% (vgl. Abb. 3.4). Bereinigt um die im Vergleich zum Vorjahr hohe Anzahl an Arbeitstagen wird der Rückgang mit

5,4% noch kräftiger sein (vgl. Tab. 3.3). Im Vergleich zur ifo Konjunkturprognose vom Herbst 2020 bleibt der erwartete Rückgang des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2020 nahezu unverändert (vgl. Tab. 3.4 sowie Box: Zur Revision der ifo Prognose vom September 2020).

Für den weiteren Prognosezeitraum wurde unterstellt, dass die seit November geltenden Infektionsschutzmaßnahmen unverändert bis März 2021 in Kraft bleiben. Gleichzeitig wird von Januar an mit der Impfung der Bevölkerung gegen Covid-19 begonnen. Ab April werden dann die bestehenden Infektionsschutzmaßnahmen allmählich gelockert und bis zum

Tab. 3.4

Eckdaten der Prognose für Deutschland

	2019	2020	2021	2022
	Veränderung gegenüber Vorjahr in % ^a			
Private Konsumausgaben	1,6	-5,6	4,5	2,8
Konsumausgaben des Staates	2,7	4,1	2,3	0,8
Bruttoanlageinvestitionen	2,5	-3,0	5,1	3,0
Bauten	3,8	2,1	1,5	2,4
Ausrüstungen	0,5	-11,9	12,5	4,0
Sonstige Anlagen	2,7	-1,0	3,4	2,8
Inländische Verwendung	1,2	-4,3	3,1	2,7
Exporte	1,0	-9,7	8,8	6,1
Importe	2,6	-8,7	6,8	7,1
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	0,6	-5,1	4,2	2,5
Erwerbstätige ^b (1 000 Personen)	45 269	44 829	44 937	45 305
Arbeitslose (1 000 Personen)	2 267	2 701	2 704	2 510
Arbeitslosenquote BA ^c (in %)	5,0	5,9	5,9	5,5
Verbraucherpreise ^d (Veränderung gegenüber Vorjahr in %)	1,4	0,5	1,6	1,8
Lohnstückkosten ^e (Veränderung gegenüber Vorjahr in %)	3,2	4,1	-1,4	1,3
Finanzierungssaldo des Staates ^f				
- in Mrd. EUR	52,5	-160,5	-133,0	-84,3
- in % des Bruttoinlandsprodukts	1,5	-4,8	-3,8	-2,3
Leistungsbilanzsaldo				
- in Mrd. EUR	244,8	235,2	272,1	281,1
- in % des Bruttoinlandsprodukts	7,1	7,1	7,8	7,7

^a Preis-, nicht-kalenderbereinigte Angaben. ^b Inlandskonzept. ^c Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit).

^d Verbraucherpreisindex (2015 = 100). ^e Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. ^f In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 2010).

Quelle: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Deutsche Bundesbank; 2020 bis 2022: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2020

ZUR REVISION DER IFO KONJUNKTURPROGNOSE FÜR DAS JAHR 2020

In der Winterprognose vom Dezember 2019 hatte das ifo Institut für das Jahr 2020 mit einer jahresdurchschnittlichen Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 1,1% gerechnet (vgl. Wollmershäuser et al. 2019). Die konjunkturelle Grunddynamik wurde eher verhalten eingeschätzt – für die deutsche Industrie war ein negativer Wachstumsbeitrag zum BIP erwartet worden. Zum Jahresauftakt 2020 verbesserten sich der konjunkturelle Ausblick und die Stimmungsindikatoren in den meisten europäischen Ländern. Auf Basis der bis Februar zur Verfügung stehenden Indikatoren, wäre das jahresdurchschnittliche Wachstumstempo der gesamtwirtschaftlichen Produktion von 1,1% auf 1,4% angehoben worden (vgl. Wollmershäuser 2020a). Die konjunkturelle Einschätzung änderte sich jedoch grundlegend mit dem Einsetzen der Corona-Pandemie. In der ifo Konjunkturprognose vom März 2020 wurde die Veränderungsrate des realen BIPs für das Jahr 2020 im Vergleich zu einer Situation ohne Coronakrise um fast 3 Prozentpunkte auf – 1,5% nach unten korrigiert.

Eine deutliche Abwärtskorrektur wurde verwendungsseitig insbesondere für den privaten Konsum vorgenommen. Das ifo Institut ging im März davon aus, dass die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Epidemie insbesondere den Konsum von

Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit Freizeit, Unterhaltung und Kultur, Beherbergung und Gaststätten stehen, reduzieren dürfte. Zudem erwartete das ifo Institut im März in seiner Konjunkturprognose einen deutlicheren Rückgang in der Investitionsgüternachfrage sowie den Exporten infolge des Konjunkturerinbruchs in wichtigen deutschen Absatzmärkten und der hohen Unsicherheit über den weiteren Fortgang der Corona-Pandemie.

Wenngleich die amtlichen Ergebnisse des ersten Quartals das in der Frühjahrsprognose 2020 gezeichnete Entwicklungsmuster für die Verwendungsaggregate weitestgehend bestätigten, wurde der quantitative Rückgang im ersten Quartal in der Frühjahrsprognose 2020 für den privaten Konsum, die Ausrüstungsinvestitionen sowie die Exporte und Importe deutlich unterschätzt (vgl. Wollmershäuser et al. 2020). Dementsprechend fiel in der Sommerprognose vom Juni 2020 der veranschlagte Rückgang in der jahresdurchschnittlichen Zuwachsrate des realen BIP für das Jahr 2020 mit – 6,7% nochmals deutlich kräftiger aus, als in der vorangegangenen Konjunkturprognose vom Frühjahr 2020 erwartet worden war. Die Abwärtsrevision ergab sich zum einen aus dem amtlich bestätigten schwächeren Jahresauftakt mit einer niedrigeren saisonbereinigten Verlaufsrate für das reale BIP

Tab. 3.5

Prognose und Prognosekorrektur für das Jahr 2020

	Verwendung des realen Bruttoinlandsprodukts					
	ifo Herbstprognose		ifo Winterprognose		Prognosekorrektur für 2020	
	Prognosewerte für 2020		Prognosewerte für 2020		Differenz der Wachstumsraten bzw. -beiträge	
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Wachstumsbeitrag in %-Punkten ^a	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Wachstumsbeitrag in %-Punkten ^a	Spalte (3) abzüglich Spalte (1)	Spalte (4) abzüglich Spalte (2)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
Inlandsnachfrage	- 3,8	- 3,5	- 4,3	- 4,1	- 0,6	- 0,5
Privater Konsum	- 6,4	- 3,4	- 5,6	- 2,9	0,9	0,5
Staatlicher Konsum	3,1	0,6	4,1	0,8	1,0	0,2
Bauten	2,9	0,3	2,1	0,2	- 0,9	- 0,1
Ausrüstungen	- 12,4	- 0,9	- 11,9	- 0,8	0,5	0,0
Sonstige Anlageinvestitionen	- 1,6	- 0,1	- 1,0	0,0	0,6	0,0
Vorratsveränderungen	-	- 0,2	-	- 1,4	-	- 1,2
Außenbeitrag	-	- 1,6	-	- 1,0	-	0,6
Ausfuhr	- 11,2	- 5,3	- 9,7	- 4,6	1,5	0,7
Einfuhr	- 8,9	3,7	- 8,7	3,6	0,2	- 0,1
Bruttoinlandsprodukt	- 5,2	- 5,2	- 5,1	- 5,1	0,1	0,1

^a Beiträge der Nachfragekomponenten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (Lundberg-Komponenten). Der Wachstumsbeitrag einer Nachfragekomponente ergibt sich aus der Wachstumsrate gewichtet mit dem nominalen Anteil des Aggregats am Bruttoinlandsprodukt aus dem Vorjahr. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. Angaben für das Bruttoinlandsprodukt: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2020

im ersten Quartal 2020 (- 2,2%). Im März hatte das ifo Institut saisonbereinigt noch einen leichten Anstieg (+ 0,1) prognostiziert. Zum anderen erwartete das ifo Institut in der Sommerprognose einen stärkeren Einbruch des realen Bruttoinlandsprodukts im zweiten Quartal 2020 (- 11,9%) als noch in der Frühjahrsprognose angenommen (- 4,5%). Auch im Vergleich zur damaligen Consensus-Prognose, die den Rückgang im zweiten Quartal bei 9,3% veranschlagte, war das ifo Institut pessimistischer (vgl. Focus Economics 2020a). Verwendungsseitig wurde in der Sommerprognose sowohl ein deutlich negativerer Wachstumsbeitrag des Außenhandels als auch ein stärkerer Einbruch der Binnenwirtschaft prognostiziert. Zudem würden die Auswirkungen der Coronakrise auf Unternehmensinsolvenzen und den Arbeitsmarkt sowie die Rückgänge in den verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte trotz der expansiv ausgerichteten Fiskalpolitik, dem Konjunkturprogramm, den ausgeweiteten Regelungen zum Kurzarbeitergeld und den Liquiditätshilfen größer ausfallen, als in der Frühjahrsprognose angenommen. Unter der getroffenen Annahme keiner zweiten Infektionswelle mit erneutem großräumigem Anstieg der Infektionszahlen und damit einhergehenden staatlichen Eindämmungsmaßnahmen, würde die Erholung der wirtschaftlichen Aktivitäten in der zweiten Jahreshälfte 2020 einsetzen.

In der Herbstprognose vom September 2020 wurde die jahresdurchschnittliche Veränderungsrate des realen BIP im Vergleich zur Sommerprognose auf - 5,2% angehoben (vgl. Wollmershäuser 2020b). Den Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes zufolge

sank die gesamtwirtschaftliche Produktion im zweiten Quartal mit - 9,7% im saisonbereinigten Vorquartalsvergleich weniger kräftig, als in der Sommerprognose angenommen (- 11,9%). Zum einen stützte der Staatskonsum die wirtschaftlichen Aktivitäten in größerem Ausmaß als erwartet. Zum anderem fiel der Einbruch der Exporte im zweiten Quartal weniger stark aus als veranschlagt, sodass der negative Wachstumsbeitrag des Außenhandels per saldo das reale BIP in geringem Maße senkte. Insgesamt erwartete das ifo Institut in der Herbstprognose 2020 ebenfalls einen weniger starken Rückgang des Welthandels sowie des realen Bruttoinlandsprodukts in wichtigen Abnehmerländern für das Jahr 2020. Für den weiteren Jahresverlauf ging das ifo Institut in der Herbstprognose weiterhin von einer kräftigen Erholung der wirtschaftlichen Aktivitäten aus. Vor dem Hintergrund der gelockerten Shutdown-Maßnahmen im Verlauf der Sommermonate und den deutlich verbesserten Geschäftserwartungen der Unternehmen zum Spätsommer, prognostizierte das ifo Institut für das dritte Quartal eine saisonbereinigte Verlaufsrate für das reale BIP von 6,6%. Nach Angaben von FocusEconomics (2020b) lag die Consensus-Prognose Ende September für das dritte Quartal bei 6,7%.

Den neuesten amtlichen Ergebnissen zufolge war die Einschätzung der Institute in der Herbstprognose im Hinblick auf die Geschwindigkeit des Erholungsprozesses und die gesamtwirtschaftliche Wachstumsdynamik im dritten Quartal 2020 jedoch zu pessimistisch. Das reale BIP legte im Vorquartalsvergleich saisonbereinigt im dritten Quartal nach Angaben des Statistischen Bundesamtes um 8,5% zu.

Tab. 3.6

Zerlegung der Prognosekorrektur für das Jahr 2020

	Prognosekorrektur = Summe der Spalten (I) bis (V)	Revision ^a der VGR			Prognosefehler ^b 3. Quartal 2020 (IV)	Prognoseanpassung ^c 4. Quartal 2020 (V)
		Überhang (I)	1. Quartal 2020 (II)	2. Quartal 2020 (III)		
Inlandsnachfrage	- 0,6	0,0	0,1	0,0	- 0,1	- 0,7
Privater Konsum	0,9	0,0	0,2	- 0,2	1,6	- 0,8
Staatlicher Konsum	1,0	0,0	0,2	0,6	0,2	0,0
Bauten	- 0,9	0,0	- 0,1	0,0	- 0,8	0,0
Ausrüstungen	0,5	0,0	0,3	3,8	- 2,4	- 1,1
Sonstige Anlageinvestitionen	0,6	0,0	0,0	0,0	0,6	0,0
Vorratsveränderungen ^d	- 1,2	0,0	- 0,1	- 0,3	- 0,7	- 0,1
Außenbeitrag^d	0,6	0,0	0,0	- 0,1	0,9	- 0,1
Ausfuhr	1,5	0,0	0,0	- 0,1	2,3	- 0,7
Einfuhr	0,2	0,0	0,0	0,1	0,4	- 0,4
Bruttoinlandsprodukt	0,1	0,0	0,1	- 0,1	0,8	- 0,8

^a Beitrag der Revision des Überhangs durch das Statistische Bundesamt. ^b Prognosefehler: Beitrag der Differenz zwischen der Prognose für das dritte Quartal 2020 aus dem Herbstgutachten 2020 und den aktuellen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. ^c Prognoseanpassung: Beitrag der Prognoseanpassung für das vierte Quartal des Jahres 2020. ^d Veränderungsbeitrag. Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt.

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2020

Auf Seiten der inländischen Verwendung wurde das Wachstumstempo der Ausrüstungsinvestitionen in der Herbstprognose zu hoch eingeschätzt, im Gegensatz hierzu entwickelte sich der private Konsum den amtlichen Ergebnissen zufolge im dritten Quartal dynamischer als erwartet. Zudem erhielt das BIP im dritten Quartal einen deutlich kräftigeren Wachstumsimpuls aus dem Ausland, die Exporte erholten sich im dritten Quartal rascher als in der Herbstprognose veranschlagt.

Für das laufende Quartal ergibt sich aufgrund der erneut stark steigenden Infektionszahlen und der ergriffenen staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung des Corona-Epidemie notwendigerweise eine größere Prognoseanpassung. Der private Konsum dürfte im vierten Quartal saisonbereinigt um 0,8% sinken, nachdem in der Herbstprognose noch von einer Fortführung des Erholungsprozesses ausgegangen worden war. Auf Seiten der inländischen Verwendung

musste die Prognose für die Verlaufsrate der Ausrüstungsinvestitionen im vierten Quartal zudem von +4,8 auf +0,4 abgesenkt werden. Der Außenhandel trägt mit dem im Vergleich zur Herbstprognose geringeren Wachstumsbeitrag zum realen BIP ebenfalls zur Prognosekorrektur bei.

Insgesamt schätzt das ifo Institut die jahresdurchschnittliche Veränderungsrate des BIP in der vorliegenden Winterprognose für das Jahr 2020 auf -5,1% (vgl. Tab. 3.5). Die Prognosekorrektur zur Herbstprognose ergibt sich in Summe aus der deutlichen Abwärtskorrektur im vierten Quartal aufgrund der ungünstigen Entwicklung der Corona-Pandemie und den staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Epidemie, dem rascheren Erholungsprozess der wirtschaftlichen Aktivitäten im dritten Quartal und dem damit einhergehenden Prognosefehler und kleineren Beiträgen aus der Revision der amtlichen Statistik im ersten und zweiten Quartal 2020 (vgl. Tab. 3.6).

Sommer vollständig aufgehoben. Dahinter verbirgt sich die Annahme, dass bis dahin eine ausreichend hohe Durchimpfung der Bevölkerung erreicht ist, so dass eine Normalisierung der sozialen Kontakte ohne erneute Zunahme der Neuinfektionen möglich ist. Vor diesem Hintergrund wird die Ausweitung des Bruttoinlandsprodukts zu Jahresbeginn mit einem Plus in Höhe von 0,6% noch schwach sein, da insbesondere die privaten Konsumausgaben weiterhin beschränkt bleiben und damit im Vergleich zum Vorquartal auf niedrigem Niveau stagnieren dürften. Im zweiten Quartal nimmt die Erholung dann mit der Lockerung der Einschränkungen des öffentlichen Lebens Fahrt auf. Dies schlägt sich in kräftigen Zuwächsen beim privaten Verbrauch nieder. Die Investitionstätigkeit sowohl der Unternehmen als auch der privaten Haushalte dürfte weitgehend unbeeinflusst vom Shutdown ihren Aufwärtstrend fortsetzen. Damit dürfte das Vorkrisenniveau der gesamtwirtschaftlichen Produktion an Waren und Dienstleistungen am Ende des Jahres 2021 erreicht werden.

Insgesamt wird das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2021 um voraussichtlich 4,2% steigen. Im Jahr 2022 setzt sich die Erholung fort, wenngleich das Tempo im Vergleich zum Vorjahr deutlich abnimmt. Im Jahresdurchschnitt dürfte die Wirtschaftsleistung dann um 2,5% zunehmen. Im Vergleich zur ifo Konjunkturprognose vom Herbst 2020 wurde die Wachstumsrate im kommenden Jahr um 0,8 Prozentpunkte nach unten revidiert und im Jahr 2022 entsprechend höher angesetzt. Hinter dieser Revision verbirgt sich der neuerliche Shutdown im Winterhalbjahr 2020/2021, der die Konjunktur ein zweites Mal ausbremst und die Erholung verschiebt. Insgesamt bleibt die deutsche Wirtschaft bis ins Jahr 2022 unterausgelastet. Bei dieser Prognose wurde berücksichtigt, dass die jährlichen Produktionskapazitäten, die

im Rahmen der Potenzialschätzung bestimmt werden, als Folge steigender Unternehmensinsolvenzen im kommenden Jahr um etwa 1,4% oder knapp 50 Mrd. Euro niedriger liegen als bei der letzten Schätzung vor Ausbruch der Coronakrise im Dezember 2019.

Die Coronakrise hat auch den langjährigen Aufschwung am Arbeitsmarkt jäh unterbrochen und hinterlässt trotz des massiven Einsatzes von Kurzarbeit deutliche Spuren. Im laufenden Jahr dürfte die Zahl der Arbeitslosen im Durchschnitt um etwa 434 000 auf 2,7 Millionen steigen. Aufgrund der hohen Arbeitslosenzahlen zum Jahresende 2020 dürfte die Arbeitslosigkeit im Durchschnitt des folgenden Jahres trotz des prognostizierten starken Rückgangs der Arbeitslosigkeit ab dem zweiten Quartal in etwa dem Niveau des laufenden Jahres entsprechen. Im Jahr 2022 dürften im Schnitt noch 2,5 Millionen Personen arbeitslos gemeldet sein. Die Arbeitslosenquote steigt von 5,0% im vergangenen Jahr auf voraussichtlich 5,9% im laufenden und im kommenden Jahr, ehe sie im Jahr 2022 wieder auf 5,5% zurückgeht.

Das gegenwärtige finanzpolitische Umfeld ist von umfangreichen staatlichen Maßnahmen geprägt, die die gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie eindämmen sollen. In der Folge wird der öffentliche Haushalt im laufenden Jahr mit einem deutlichen Minus von gut 160 Mrd. Euro bzw. 4,8% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt abschließen. Im weiteren Prognosezeitraum wird das Defizit dann auf 133 Mrd. bzw. 3,8% relativ zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2021 und 84 Mrd. Euro bzw. 2,3% im Jahr 2022 allmählich zurückgeführt.

3.3 RISIKEN

Neben den in den internationalen Abschnitten beschriebenen Risiken stellen die Annahmen über den

Verlauf der Epidemie in Deutschland sowie die anschließende Erholung ein erhebliches Risiko für die Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland dar.

Abwärtsrisiken für die vorliegende Prognose entstehen, wenn sich die getroffenen Annahmen über die Dauer und Wirkung der seit November geltenden Shutdown-Maßnahmen als zu optimistisch herausstellen. So haben in den letzten Tagen vor dem Abschluss der Prognose am 11. Dezember sowohl die Neuinfektionen als auch die Todesfallzahlen im Zusammenhang mit dem Coronavirus wieder an Dynamik gewonnen, so dass eine Verschärfung der bestehenden Maßnahmen noch vor Weihnachten wahrscheinlicher wurde. Besonders ein erneutes Schließen des Einzelhandels würde den Konjunkturreinbruch am Ende dieses Jahres verstärken. Dabei fällt ins Gewicht, dass der Dezember der umsatzstärkste Monat im Einzelhandel ist, in dem im Schnitt der vergangenen Jahre etwa 10% des Jahresumsatzes erwirtschaftet wurden. Somit liegt der Beitrag des Einzelhandels in diesem Monat zur nominalen Wertschöpfung bei etwa 11 Mrd. Euro. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass vermutlich nur der stationäre Nichtlebensmittel-Einzelhandel, der etwa 45% der Wertschöpfung des Einzelhandels erwirtschaftet, von einem Shutdown betroffen wäre. Gesamtwirtschaftlich müsste zudem eine starke Zunahme der Umsätze im Online-Handel gegengerechnet werden. Dennoch dürfte der Beitrag des Handels zum Anstieg der Wirtschaftsleistung im Schlussquartal unterm Strich geringer ausfallen als in dieser Prognose unterstellt. Würde sich zum Beispiel die Wertschöpfung im vierten Quartal infolge des Shutdowns um 1 (bzw. 2) Mrd. Euro verringern, würde die Veränderungsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts von -0,40% auf -0,53% (bzw. -0,66%) sinken.

Hohe Unsicherheit besteht zudem über die mittelfristigen Folgen der Coronakrise. Es kann als sicher angenommen werden, dass analog zu früheren Rezessionen auch in der Coronakrise die Zahl der Unternehmensinsolvenzen steigt. Dies gilt insbesondere für Unternehmen in den Wirtschaftsbereichen, die von den staatlichen Beschränkungen über einen längeren Zeitraum betroffen waren bzw. in denen eine vollständige Erholung der Nachfrage infolge von Präferenzverschiebungen der Konsumenten ausgeblieben ist. Zuletzt berichteten 15% der vom ifo Institut befragten Unternehmen, dass die mit der Coronakrise einhergehenden Beschränkungen für sie existenzbedrohend seien. Insolvenzen verringern für sich genommen die Produktionsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft und wirken daher dämpfend auf das Produktionspotenzial. Dies gilt vor allem dann, wenn die im Zuge der Insolvenzen freiwerdenden Ressourcen nicht unmittelbar eine neue Verwendung finden. So ist insbesondere bei einem durch die Krise beschleunigten Strukturwandel davon auszugehen, dass die mit den Insolvenzen einhergehenden Entlassungen aufgrund eines qualifikatorischen Mismatches zunächst keine Neuanstel-

lung in anderen (vom Strukturwandel profitierenden) Wirtschaftsbereichen finden und die Arbeitslosigkeit zumindest mittelfristig erhöht bleibt. Unsicher ist allerdings, ob historische Zusammenhänge zwischen Konjunktur und Insolvenzgeschehen in ihrer bisherigen Form Bestand haben. So zielt eine Reihe von Stützungsmaßnahmen der Bundesregierung, die in dieser Form und diesem Umfang beispiellos sind, darauf ab, eine solche Insolvenzwelle zu verhindern.

Schließlich wurden durch die Corona-Pandemie andere Krisenherde nicht entschärft. So wird für die Prognose unterstellt, dass ein harter Brexit ausbleibt. Insbesondere ein Ausscheiden des Vereinigten Königreichs Ende dieses Jahres aus dem EU-Binnenmarkt ohne neues Handelsabkommen ist mittlerweile sehr viel wahrscheinlicher geworden. Auch wenn die konkreten konjunkturellen Folgen nur schwer kalkulierbar sind – weil es hierfür an historischen Erfahrungswerten mangelt – so würde ein solcher Schritt aber mit hoher Wahrscheinlichkeit die Rezession, in die das Vereinigte Königreich Ende dieses Jahres als Folge des Shutdowns gerät, verschärfen und damit auch die deutsche Wirtschaft belasten.

Allerdings könnte sich die wirtschaftliche Aktivität nach Ende des derzeitigen Shutdowns aber auch schneller erholen als hier unterstellt. So wird in der vorliegenden Prognose angenommen, dass die privaten Haushalte ihre hohe Ersparnis, die sie während des Shutdowns anhäuften, nicht unmittelbar verausgaben. Allein in diesem Jahr sparten sie über 100 Mrd. Euro mehr als noch in der ifo Konjunkturprognose vom Winter 2019 erwartet; im kommenden Jahr dürften noch einmal 40 Mrd. Euro hinzukommen. Vielmehr wird angenommen, dass auch während des Prognosezeitraums das Vorsichtsmotiv eine dominierende Rolle bei den Sparentscheidungen spielt und dass die Überschussersparnis zunächst unangetastet bleibt. Entsprechend geht die Sparquote der privaten Haushalte, die im zweiten Quartal 2020 auf einen Rekordwert von 21% gestiegen ist, in der vorliegenden Prognose nur allmählich auf ihr Vorkrisenniveau von etwa 11% zurück und sinkt nicht darunter. Denkbar ist allerdings auch, dass die Haushalte ab dem kommenden Sommer, wenn die Pandemie unter Kontrolle sein sollte und die Unsicherheit weicht, ihre Überschussersparnis abbauen und damit ihre Konsumausgaben deutlich stärker ausweiten als hier unterstellt.

3.4 FINANZPOLITISCHE RAHMENBEDINGUNGEN

Das gegenwärtige finanzpolitische Umfeld ist von umfangreichen staatlichen Maßnahmen geprägt, die die gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie eindämmen sollen. Bereits zu Beginn des Jahres wurden im Rahmen der »Kredit-Bazooka« Kredit- und Bürgschaftsprogramme im Volumen von 1 000 Mrd. Euro auf den Weg gebracht. Diese beeinflussen den gesamtstaatlichen Finanzierungssaldo allerdings nur, falls ein Kredit nicht zurückge-

Tab. 3.7

Finanzpolitische Maßnahmen^a

Belastungen (-) und Entlastungen (+) des gesamtstaatlichen Haushalts in Milliarden Euro gegenüber Vorjahr

	2020	2021	2022
Einnahmen der Gebietskörperschaften^b			
Teilabschaffung Solidaritätszuschlag		- 9,2	- 1,4
Alterseinkünftegesetz	- 1,3	- 1,3	- 1,4
Mehreinnahmen durch steigende Rentenbesteuerung	0,4	0,4	0,4
Erhöhung Grund-, Kinderfreibetrag, Verschiebung Tarifeckwerte/ Familienentlastungsgesetz	- 4,5	- 0,8	- 0,2
Zweites Familienentlastungsgesetz		- 3,8	- 4,4
Erhöhung der Behinderten-Pauschbeträge und Anpassung weiterer steuerlicher Regelungen		- 0,2	- 0,9
Sonstige steuerliche Maßnahmen	- 4,9	0,0	0,6
Paritätische Finanzierung des Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung	0,3	0,0	0,0
CO ₂ -Bepreisung in Verkehr und Wärme (Beschluss des Klimakabinetts)		7,7	1,3
Zusätzliche Maßnahmen (Beschluss des Klimakabinetts)	- 0,4	- 0,2	- 0,2
Einnahmen der Sozialversicherungen			
Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um 0,1 Prozentpunkt zum 1. Januar 2020	- 1,2	0,0	0,0
Ausweitung der Gleitzone bei Midijobs zum 1. Juli 2019	- 0,2	0,0	0,0
Einführung eines Freibetrags in der gesetzlichen Krankenversicherung für Betriebsrentner zum 1. Januar 2020	- 1,2	0,0	0,0
Anstieg des durchschnittlichen Zusatzbeitrags in der gesetzlichen Krankenversicherung		2,3	0,0
Ausgaben der Gebietskörperschaften			
Beihilfen aufgrund von Ernteaussfällen von Bund und Ländern	0,2	0,0	0,0
»Bauernmilliarde«	- 0,3	- 0,1	0,1
Senkung EEG-Umlage		- 5,4	0,0
Kindergelderhöhung um 10 bzw. 15 Euro zum 1. Juli 2019 und 1. Januar 2021	- 1,0	- 2,8	0,0
Einsparungen bei ALG II durch das Familienentlastungsgesetz bzw. Kindergeldanhebung	0,1	0,2	0,0
Arbeit von morgen-Gesetz	0,0	- 0,1	- 0,1
Pflegebonus	- 0,5	0,5	0,0
Gute KiTa-Gesetz	- 0,5	- 1,0	- 0,5
Weitere sozialpolitische Maßnahmen ^c	- 2,3	- 0,5	- 0,3
Mehrausgaben für Entwicklungshilfe	- 0,2	0,7	0,0
Mehrpersonal innere Sicherheit	- 0,3	- 0,3	0,0
Verteidigung	- 1,0	0,0	0,0
Aufstockung des BAFöG, Aufstiegsfortbildung in der beruflichen Bildung	- 0,4	- 0,2	0,0
Strukturstärkungsgesetz: Kohleregionen	- 0,2	- 0,4	0,0
Zusätzliche EKF-Ausgaben durch Beschluss des Klimakabinetts	- 1,8	- 2,9	- 1,0
Sonstige investive Ausgaben ^d	- 5,2	- 0,5	- 2,4
Ausgaben der Sozialversicherungen			
Gesetz für fairen Kassenwettbewerb in der GKV	- 0,3	0,0	0,0
Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ^e	- 0,5	- 0,2	- 0,2
Anpassung der Renten Ost	- 0,5	- 0,4	- 0,4
Erhöhung der Zurechnungszeit der Erwerbsminderungsrente	- 0,1	- 0,1	- 0,1
Grundrente		- 1,4	0,0
Gesundheits- und pflegepolitische Maßnahmen ^f	- 1,0	- 1,3	0,0
Maßnahmen des Konjunkturprogramms	- 48,7	6,2	20,7
Sonstige Maßnahmen im Zuge der Coronakrise und -Pandemie	- 63,1	53,3	5,8
Insgesamt	- 140,6	38,2	15,3
In Relation zum Bruttoinlandsprodukt in Prozent	- 4,0	1,0	0,9

^a Ohne makroökonomische Rückwirkungen. ^b Die Wirkungen der Steuerrechtsänderungen beziehen sich auf das Kassenjahr. ^c Bundesteilhabegesetz für Menschen mit Behinderung, Baukindergeld (inkl. Bayerische Eigenheimzulage und Baukindergeld Plus), Erhöhung des Wohngelds (einschließlich Klimapaket), Starke-Familien-Gesetz, Teilhabechancengesetz, Angehörigenentlastungsgesetz, Familiengeld und Kindergartenzuschuss Bayern. ^d U.a. Fonds zur Förderung der künstlichen Intelligenz, Bayerisches Programm zur Förderung der Automobilindustrie, Erhöhter »Umweltbonus« für Elektroautos, Sofortprogramm »Saubere Luft«, Digitalpakt Schule, Ausbau Ganztagschulen, Erhöhung der Mittel für das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz, Investitionspaket des Bundes vom März 2020 Ausbau des Schienennetzes, Anhebung der Kaufprämie für Elektroautos und Fonds für den Breitbandausbau. ^e Arbeit-von-morgen-Gesetz und Qualifizierungschancengesetz. ^f Konzentrierte Aktion Pflege, Pflegepersonalstärkungsgesetz, Terminservice- und Versorgungsgesetz und Krankenhausstrukturgesetz.

Quelle: Finanzministerien der Länder, Bundesregierung, Berechnungen der Gemeinschaftsdiagnose, Berechnungen des Ifo Instituts.

zahlt werden kann oder eine Bürgschaft fällig wird. Demzufolge liefern sie auch keinen direkten finanzpolitischen Impuls, tragen aber trotzdem zur Stützung der Gesamtwirtschaft bei. Daran anschließend wurde im Sommer dann ein sehr umfangreiches Konjunkturprogramm beschlossen, das aus zwei Teilen besteht, dem »Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket« sowie dem »Zukunftspaket«. Der erste Teil hat einen eher kurzfristig orientierten Fokus und dient dazu, die Folgen der Coronakrise für Unternehmen und Haushalte abzumildern. Zu den Maßnahmen dieser beiden Pakete zählen zum Beispiel die auf das zweite Halbjahr 2020 befristete Mehrwertsteuersenkung. Dadurch werden Unternehmen und Haushalte um 20 Mrd. Euro entlastet. Aber auch der Kinderbonus sorgt in der zweiten Hälfte des laufenden Jahres für zusätzliche Einnahmen der privaten Haushalte von gut 4 Mrd. Euro. Der zweite Teil orientiert sich eher an einem mittelfristigen Zeitraum und soll zukunftssträchtige Wirtschaftszweige unterstützen.⁹ Im Jahr 2020 führen die Maßnahmen zur Bekämpfung der Coronakrise zu Mehrausgaben von fast 125 Mrd. Euro, was maßgeblich für die Ausrichtung der Finanzpolitik ist (vgl. Tab. 3.7). Insgesamt beträgt der expansive Impuls in diesem Jahr 140,6 Mrd. Euro bzw. 4,3% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Im kommenden Jahr wird dann ein Großteil der Maßnahmen zur Bekämpfung der Coronakrise wegfallen, was für sich genommen zu einem restriktiven Impuls von mehr als 70 Mrd. Euro führt. Zusätzlich werden Maßnahmen des Klimakabinetts (u.a. die Einführung einer CO₂-Abgabe) dem Staat Mehreinnahmen von fast 8 Mrd. Euro bescheren und damit konjunkturell restriktiv wirken. Dem stehen allerdings Abgabenerleichterungen für die Steuerzahler*innen in Deutschland gegenüber wie beispielsweise die Teilabschaffung des Solidaritätszuschlags, die zu Mindereinnahmen von mehr als 9 Mrd. Euro führen wird. Alles in allem wird der Impuls im Jahr 2021 kontraktiv ausgerichtet sein und 38,2 Mrd. Euro bzw. 1,1% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt betragen. Im Jahr 2022 werden die Maßnahmen zur Bekämpfung der Coronakrise dann weiter zurückgefahren. Insgesamt wird die Finanzpolitik dann mit einem Impuls in Höhe von 15,3 Mrd. Euro bzw. 0,9 % in Relation zum Bruttoinlandsprodukt leicht kontraktiv ausgerichtet sein.

3.5 WELTWIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Die Prognose basiert auf der Annahme, dass sich Preis für ein Barrel Rohöl der Sorte Brent in diesem Jahr durchschnittlich bei 41,5 US-Dollar, im Jahr 2021 auf 43,8 und im Jahr 2022 auf 44,6 US-Dollar liegt (vgl. Tab. 3.8). Außerdem wird angenommen, dass der Euro im laufenden Jahr durchschnittlich 1,14 US-Dollar und in den nächsten zwei Jahren 1,18 US-Dollar kostet.

⁹ Eine detaillierte Diskussion des Konjunkturprogramms findet sich in Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2020).

Tab. 3.8

Annahmen der Prognose Jahresdurchschnitte

	2020	2021	2022
Ölpreis US-Dollar/Barrel (Brent)	41,5	43,8	44,6
Welthandel ^a	- 6,1	6,6	4,1
Wechselkurs US-Dollar/Euro	1,14	1,18	1,18
Hauptrefinanzierungssatz der EZB	0,00	0,00	0,00

^a Preisbereinigt; Veränderungen gegenüber Vorjahr in %; Welthandel von Waren in Abgrenzung von CPB.

Quelle: Annahmen des ifo Instituts.

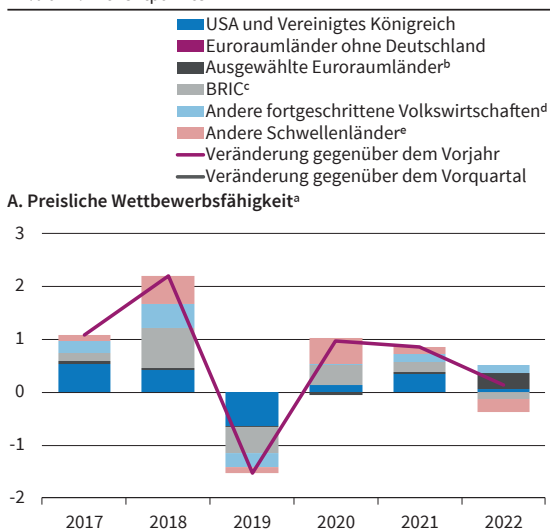
© ifo Institut Dez. 2020

Wie im internationalen Teil dieser Prognose beschrieben, werden strikere Infektionsschutzmaßnahmen im aktuellen und nächsten Quartal die Erholung der Weltwirtschaft unterbrechen. Entsprechend kann der ifo Weltnachfrageindikator, der die gesamtwirtschaftlichen Prognosen der wichtigsten deutschen Handelspartner gemäß ihrer Bedeutung für die

Abb. 3.5

Exportindikatoren

In % bzw. Prozentpunkten



B. Expansionsbeiträge des Weltnachfrageindikators



^a Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gegenüber 24 Handelspartnern auf Basis der Verbraucherpreise. Ein Anstieg bedeutet jeweils eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands.

^b Belgien, Frankreich, Italien, Niederlande, Österreich und Spanien.

^c Brasilien, Russland, Indien und China.

^d Japan, Kanada, Südkorea, die Schweiz, Schweden, Norwegen, Dänemark und Tschechien.

^e Mexiko, Türkei, Polen und Ungarn.

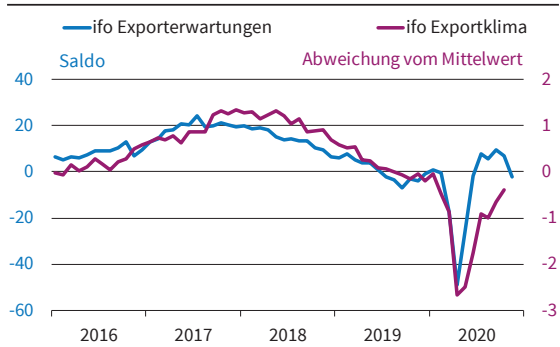
Quelle: Deutsche Bundesbank; Internationaler Währungsfond; OECD; Berechnungen des ifo Instituts;

2020, 2021 und 2022: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

Abb. 3.6

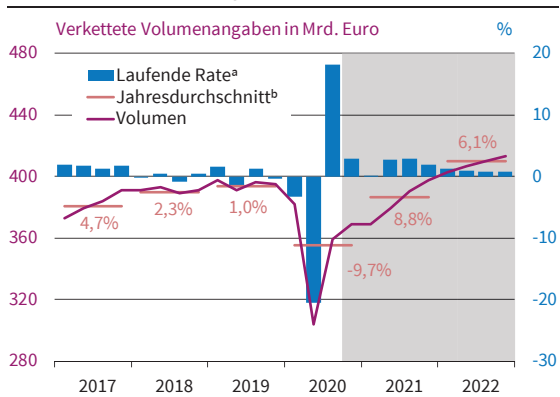
Frühindikatoren für den Export
Saisonbereinigter Verlauf



Quelle: ifo Konjunkturumfragen; Deutsche Bundesbank; Internationale und nationale Statistikämter; Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

Abb. 3.7

Reale Exporte
Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.
^b Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 4. Quartal 2020: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

deutschen Exporte zusammenfasst, vorerst nicht an seine kräftige Expansion aus dem dritten Quartal anknüpfen. Die auf den deutschen Exportmärkten erneut eingeführten Shutdown belasten den Weltnachfrageindikator im aktuellen Winterhalbjahr spürbar (vgl. Abb. 3.5). Erst im Frühjahr 2021 kehrt der Indikator zu kräftigeren Expansionsraten zurück, die dann im weiteren Prognosezeitraum allmählich abflachen.

Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gegenüber 24 Handelspartnern auf Basis der Verbraucherpreisindizes wird sich in diesem Jahr um 1,0% verschlechtern (vgl. Abb. 3.5). Dies ist maßgeblich auf die Aufwertung des Euro gegenüber den Währungen der Schwellenländer zurückzuführen. Die deutlichsten Gewinne erzielte der Euro in den letzten Monaten gegenüber der türkischen Lira und dem brasilianischen Real. Unter der Annahme konstanter nominaler Wechselkurse dürfte Deutschland auch im kommenden Jahr real aufwerten. Der Haupttreiber dürfte die im zweiten Halbjahr 2020 erfolgte Euro-Aufwertung gegenüber dem US-Dollar sein. Im Jahr 2022 wird die preisliche Wettbewerbsfähigkeit weitgehend unverändert bleiben.

3.6 BREXIT-UNSIKERHEIT RÜTTELT DEN EXPORT DURCH

Nach dem massiven Einbruch im zweiten Quartal konnte sich der deutsche Außenhandel im dritten Quartal teilweise erholen. Der preisbereinigte Export stieg um 18,1% gegenüber dem Vorquartal; der reale Import verbesserte sich um 9,1%. Die deutlichsten Impulse für die Erholung kamen vom Warenhandel mit Gebrauchs- und Investitionsgütern. Allerdings blieb der Außenhandel, insbesondere das Dienstleistungssegment, trotz der hohen Zuwachsraten noch spürbar unter dem Vorkrisenniveau.

Im Winterhalbjahr wird der Export aller Voraussicht nach ähnliche Schwankungen verzeichnen, die man schon im ersten und zweiten Quartal 2019 beobachten konnte. Umfragen zufolge wird die Unsicherheit über die künftigen Handelsbeziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich erneut zu einem vorsorglichen Lageraufbau bei britischen Importeuren führen (vgl. Bank of England 2020). Dank der erhöhten Nachfrage aus dem Vereinigten Königreich dürfte der reale Export im Schlussquartal um 2,8% zulegen. Für eine starke Wachstumsrate spricht auch der solide Auftragseingang aus dem Euroraum. Zum Jahresauftakt dürften die deutschen Ausfuhren in das Vereinigte Königreich wegen der hohen Lagerhaltung auf den Britischen Inseln einbrechen. Außerdem trübten sich die ifo Exporterwartungen zuletzt merklich ein (vgl. Abb. 3.6). Deshalb dürfte die Ausfuhr im ersten Quartal 2021 nur marginal um 0,1% steigen. Im zweiten Quartal 2021 werden die Exporte zu höheren Wachstumsraten zurückkehren und ihren Erholungskurs fortsetzen (vgl. Abb. 3.7). Alles in allem dürfte die reale Ausfuhr in diesem Jahr um 9,7% fallen und damit für sich genommen das Wachstum des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts (nach Bereinigung um die zur Erstellung der Exportgüter erforderlichen Vorleistungsimporte) um 2,8 Prozentpunkte dämpfen (vgl. Tab. 3.9). Im Jahr 2021 und 2022 wird die reale Ausfuhr dann wohl kräftig um 8,8% beziehungsweise 6,1% expandieren und damit wieder positiv zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung beitragen.

Die preisbereinigten Einfuhren werden im laufenden Quartal voraussichtlich um 2,1% zunehmen. Darauf deuten die monatlichen Daten der Warenimporte in der Abgrenzung des Spezialhandels hin. Im kommenden Quartal werden die Einfuhren durch eine schwache Konsumnachfrage gedämpft. Sie dürften nur unterdurchschnittlich um 0,7% steigen. Ab dem zweiten Quartal 2021 wird sich die Verfügbarkeit von Corona-Impfstoffen bei Dienstleistungsimporten bemerkbar machen. Privat- und Geschäftsreisen werden wieder im größeren Umfang möglich, was in einer Beschleunigung der Importdynamik resultieren wird. Insgesamt dürften die Einfuhren in diesem Jahr um 8,7% schrumpfen. Im nächsten Jahr werden sie wohl um 6,8% und im übernächsten Jahr um 7,1% expandieren (vgl. Abb. 3.8).

Tab. 3.9

**Beiträge zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts
in Prozentpunkten**

	Wachstumsbeiträge				Importbereinigte Wachstumsbeiträge ^a			
	2019	2020	2021	2022	2019	2020	2021	2022
Konsumausgaben	1,4	-2,1	2,8	1,6	0,9	-2,0	2,1	1,4
Private Konsumausgaben	0,8	-2,9	2,3	1,4	0,5	-2,7	1,8	1,2
Konsumausgaben des Staates	0,5	0,8	0,5	0,2	0,5	0,6	0,3	0,2
Bruttoanlageinvestitionen	0,5	-0,6	1,1	0,7	0,3	-0,5	0,5	0,3
Bauten	0,4	0,2	0,2	0,3				
Ausrüstungen	0,0	-0,8	0,8	0,3				
Sonstige Anlagen	0,1	0,0	0,1	0,1				
Vorratsveränderungen	-0,7	-1,4	-1,0	0,2	-0,6	0,0	-0,2	-0,1
Letzte inländische Verwendung	1,2	-4,1	2,9	2,5	0,6	-2,5	2,4	1,6
Außenbeitrag	-0,6	-1,0	1,3	0,0				
Exporte	0,5	-4,6	3,9	2,7	0,0	-2,8	2,3	1,1
Importe	-1,1	3,6	-2,6	-2,8				
Bruttoinlandsprodukt^b	0,6	-5,1	4,2	2,5	0,6	-5,1	4,2	2,5

^a Verwendungsaggregate abzüglich ihres Importgehalts. ^b Veränderung gegenüber Vorjahr in %; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts; 2020 bis 2022: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2020

Die Terms-of-Trade verschlechterten sich im dritten Quartal wegen der anziehenden Energiepreise um 1,4%. Diese Entwicklung dürfte auch im laufenden Winterhalbjahr andauern. Die monatlichen Preisdaten der Außenhandelsstatistik lassen für das vierte Quartal auf eine Verschlechterung der Terms-of-Trade von 0,5% schließen. Im ersten Quartal 2021 dürften sich die jüngsten Rohölpreisanstiege auf die Importpreise auswirken, was einen Rückgang der Terms-of-Trade von 0,3% bedeuten dürfte. Unter der Annahme konstanter nominaler Wechselkurse und realer Konstanz des Rohölpreises werden sich die Importpreise im weiteren Prognosezeitraum im Einklang mit den Exportpreisen entwickeln. Der Saldo der deutschen Leistungsbilanz wird von 235 Mrd. Euro in diesem Jahr, auf 272 Mrd. Euro im nächsten Jahr und 281 Mrd. Euro im Jahr 2022 steigen; in Relation zum Bruttoinlandsprodukt bedeutet es 7,1%, 7,8%, und 7,7% (vgl. Tab. 3.4).

3.7 UNTERNEHMENSINVESTITIONEN ERHOLEN SICH MIT ABNEHMENDEM TEMPO

Die starken konjunkturellen Schwankungen der Coronakrise spiegeln sich insbesondere in der privaten Investitionstätigkeit wider. So gingen die Unternehmensinvestitionen im ersten Halbjahr um gut 10% gegenüber dem zweiten Halbjahr 2019 zurück, während sie sich im dritten Quartal um kräftige 10% gegenüber dem Vorquartal erholten. Maßgeblich für diese hohen Raten waren insbesondere die privaten Investitionsausgaben für Ausrüstungsgüter. Diese brachen im ersten Halbjahr 2020 um 18% ein und legten im dritten Quartal um gut 23% zu. Die inländischen Umsätze im Wirtschaftszweig 29 (Kraftfahrzeugbau) deuten dabei darauf hin, dass es vor allem zu starken Nachholeffekten bei der Beschaffung von Kraft-

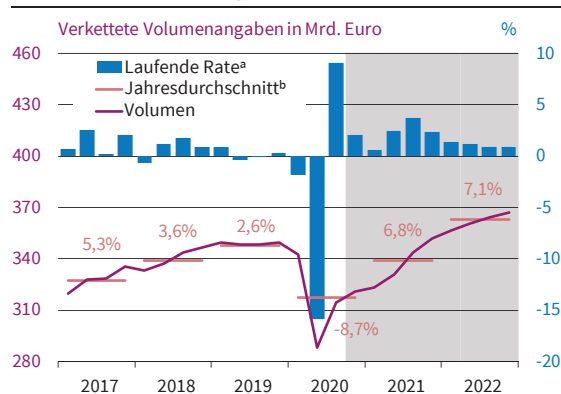
fahrzeugen kam. Auch die sonstigen Investitionen, zu denen vor allem die Ausgaben für Forschung und Entwicklung sowie Software zählen, wurden im dritten Quartal deutlich ausgeweitet (+ 1,9%). Lediglich die Investitionen in gewerbliche Bauten bremsen die Erholung der unternehmerischen Investitionstätigkeit mit einem Rückgang um gut 2%.

Im Schlussquartal des laufenden Jahres wird sich die Erholung der unternehmerischen Investitionstätigkeit voraussichtlich fortsetzen – wenngleich mit deutlich vermindertem Tempo. So dürften vor allem die Impulse seitens der Investitionen in Fahrzeuge substantiell geringer ausfallen als zuletzt; darauf deuten auch die zuletzt nur moderat gestiegenen Kfz-Zulassungen gewerblicher Halter hin. Die anziehende Dynamik im Verarbeitenden Gewerbe dürfte jedoch die Investitionen in Maschinen und Geräte wieder stärker

Abb. 3.8

Reale Importe

Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.

^b Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 4. Quartal 2020: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

Abb. 3.9

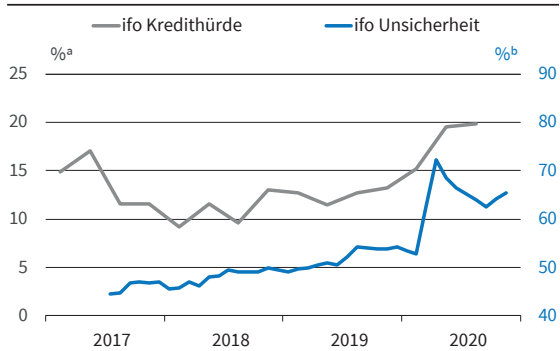
Geschäftslage der Investitionsgüterproduzenten
Saisonbereinigter Verlauf



Quelle: ifo Konjunkturumfragen. © ifo Institut

Abb. 3.10

ifo Kredithürde und Unsicherheitsmaß für Deutschland



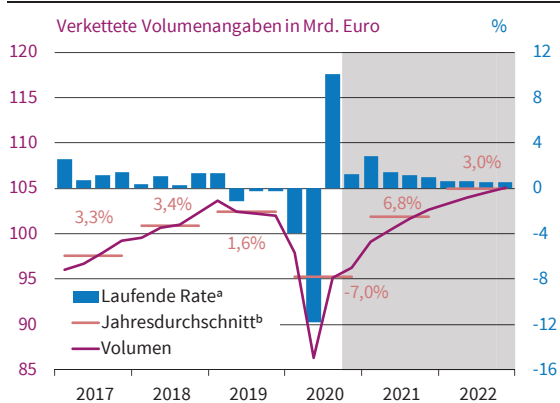
^a Anteil der Unternehmen, die eine restriktive Kreditvergabe der Banken melden.
^b Mittelwert der Unternehmensantworten auf einer Skala von 0 bis 100.
Quelle: ifo Konjunkturumfragen. © ifo Institut

stimulieren. So liegen die inländischen Umsätze der Investitionsgüterproduzenten zurzeit recht deutlich über dem Niveau des dritten Quartals; insbesondere die Umsätze bei den Herstellern von elektrischen Ausrüstungen legten zuletzt deutlich zu. Nicht zuletzt hat sich auch die Geschäftslage der vom ifo Institut befragten Investitionsgüterproduzenten stetig erholt (vgl. Abb. 3.9). Die seit einigen Monaten aufwärtsge-

Abb. 3.11

Reale Unternehmensinvestitionen

Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.
^b Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;
ab 4. Quartal 2020: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

richteten Auftragseingänge für gewerbliche Bauprojekte deuten zudem darauf hin, dass die gewerblichen Bauinvestitionen ihren Tiefpunkt überschritten haben und wieder moderat ausgeweitet werden dürften.

Im Jahr 2021 wird die private Investitionstätigkeit wohl wieder beschleunigt expandieren. Vor dem Hintergrund der sich erholenden Binnen- und Weltkonjunktur dürfte die Nachfrage nach inländischen Investitionsgütern deutlich zulegen. Das Vorkrisenniveau wird voraussichtlich jedoch erst allmählich erreicht werden. Zum einen sind die gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten zurzeit deutlich unterausgelastet und eine Ausweitung der Produktion dürfte zunächst nicht zu Kapazitätsengpässen führen. Dementsprechend stagnierte der Auftragseingang für im Inland produzierte Investitionsgüter zuletzt und signalisiert eine nicht weiter anziehende heimische Nachfrage nach Investitionsgütern. Zum anderen haben sich die Finanzierungsbedingungen eingetrübt. Aufgrund der verschlechterten Gewinnsituation der Unternehmen haben die Banken die Kreditvergabestandards angezogen. Entsprechend ist die ifo Kredithürde im Zuge der Krise deutlich gestiegen. Überdies ist die unternehmerische Unsicherheit nach wie vor hoch und dürfte sich in der Tendenz dämpfend auswirken (vgl. Abb. 3.10).

Alles in allem dürften die Unternehmensinvestitionen im Jahr 2020 wohl um 7% gegenüber dem Vorjahr einbrechen, damit jedoch nur halb so stark zurückgehen wie während der Weltfinanzkrise 2009; insbesondere die privaten Ausrüstungsinvestitionen dürften mit einem Rückgang um gut 14% deutlich glimpflicher durch die Krise kommen. Für die Jahre 2021 ergibt sich eine kräftige Erholung um 6,8% und für das Jahr 2020 eine moderate Ausweitung um 3% (vgl. Abb. 3.11.).

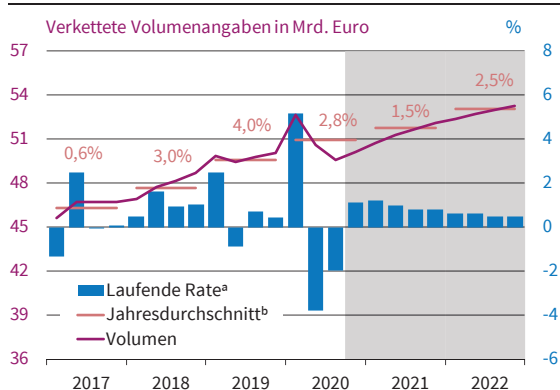
3.8 WOHNUNGSBAU WIEDER IM AUFWIND

Im Anschluss an den überaus kräftigen Jahresauftakt machten sich im Sommerhalbjahr die Auswirkungen der Coronakrise auch bei den Wohnungsbauinvestitionen bemerkbar. Diese gingen im zweiten und dritten Vierteljahr um saison- und kalenderbereinigt 3,8% bzw. 2% zurück. Die während des Shutdowns eingebrochenen Auftragseingänge für neue Wohnbauprojekte sowie der sprunghafte Anstieg der Auftragsstornierungen, von denen Bauunternehmen im Rahmen ifo Konjunkturumfrage berichten, deutet darauf, dass es zumindest kurzfristig zu einem deutlichen Nachfrageeinbruch kam.

Im Schlussquartal des laufenden Jahres dürften die Investitionen in Wohnbauten wieder ausgeweitet werden. Nach den kräftigen Rückgängen zu Jahresbeginn hat sich der Auftragseingang merklich erholt und befindet sich zurzeit in etwa auf Vorkrisenniveau. Die insgesamt wieder kräftigere Nachfrage nach Wohnbauten schlägt sich am aktuellen Rand überdies in einen deutlichen Anstieg der Produktion im Baugewerbe nieder, der maßgeblich auf einen kräftigen Anstieg der Produktion im Ausbaugewerbe zurückzuführen ist.

Abb. 3.12

Reale Wohnungsbauminvestitionen
Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.
^b Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;
ab 4. Quartal 2020: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

Im weiteren Prognosezeitraum wird die Expansion der Wohnungsbauminvestitionen wohl anhalten, aber allmählich an Tempo verlieren. So wird die Nachfrage nach Wohnraum wohl anhaltend hoch bleiben und die günstigen Finanzierungsbedingungen eine weitere Ausweitung stützen. Die durch die Coronakrise induzierte Verschlechterung der Einkommensentwicklung der privaten Haushalte sowie anziehende Kreditvergabestandards dürften einer stärkeren Ausweitung jedoch entgegenstehen.

Insgesamt dürften die Wohnungsbauminvestitionen auch in Zeiten der Corona-Pandemie eine Stütze der deutschen Konjunktur bleiben und im Jahr 2020 um 2,8% (kalenderbereinigt: 1,9%) expandieren. Für die Jahre 2021 und 2022 ergeben sich voraussichtlich Ausweitungen um 1,5% bzw. 2,5%. Die tatsächliche konjunkturelle Dynamik zeigt sich dabei vor allem in der Jahresverlaufsrate, die 0,3% im Jahr 2020 beträgt, im Jahr 2021 auf 3,9% ansteigt und im Jahr 2022 auf 2,2% fällt (vgl. Abb. 3.12).

Aufgrund der lediglich moderaten Dynamik der Investitionen in Wohn- und gewerbliche Bauten wird deren Anteil am Bruttoinlandsprodukt wohl nur noch geringfügig steigen. Dahingegen dürften die Investitionsausgaben der öffentlichen Hand robust ausgeweitet werden und ihren Anteil an den Bruttoanlageinvestitionen und dem BIP weiter steigern. Insbesondere das Konjunkturprogramm dürfte sich positiv auf die öffentliche Investitionstätigkeit auswirken (vgl. Abschnitt 3.15). Alles in allem dürften die Bruttoanlageinvestitionen im laufenden Jahr um 3% zurückgehen. Für die kommenden beiden Jahre ergibt sich eine Erholung um 5,1% und 3,0% (vgl. Tab. 3.10).

3.9 ZWEITE INFEKTIONSWELLE DÄMPFT PRIVATEN KONSUM

Der Shutdown im Frühjahr führte mit einem Rückgang in Höhe von 11,1% im zweiten Quartal 2020 zum kräftigsten Einbruch der preisbereinigten Konsumausgaben der privaten Haushalte seit dem Beginn der Vierteljahresrechnung im Jahr 1970. Nach Verwendungszwecken betrachtet, kam es zu spürbaren Einbußen bei Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen (- 46,4%), Ausgaben für Freizeit, Unterhaltung und Kultur (- 21,8%) sowie Verkehr und Nachrichtenübermittlung (- 18,6%). Während Gaststättenbetreiber und Kulturschaffende unmittelbar durch angeordnete Schließungen von der Coronakrise betroffen waren, ist der Rückgang bei den Ausgaben für Verkehr und Nachrichtenübermittlung maßgeblich durch ausgefallene Pkw-Käufe erklärbar. Im April sanken die Kfz-Zulassungen privater Haltergruppen saisonbereinigt um 31,0% gegenüber März, in dem die wirtschaftliche Aktivität bereits durch den angeordneten Shutdown eingeschränkt war.

Nach Aufhebung der staatlichen Maßnahmen kam es mit 10,8% zu einer kräftigen Ausweitung der privaten Konsumausgaben im dritten Vierteljahr, die

Tab. 3.10

Reale Bruttoanlageinvestitionen
Veränderungen gegenüber Vorjahr in %

	Anteile in % ^a	2019	2020	2021	2022
Bauten	47,4	3,8	2,1	1,5	2,4
Wohnungsbau	29,0	4,0	2,8	1,5	2,5
Nichtwohnungsbau	18,5	3,5	0,9	1,5	2,2
Gewerblicher Bau	12,7	2,4	- 0,8	0,3	1,9
Öffentlicher Bau	5,8	6,0	4,5	3,9	2,8
Ausrüstungen	34,1	0,5	- 11,9	12,5	4,0
Sonstige Anlagen	18,5	2,7	- 1,0	3,4	2,8
Bruttoanlageinvestitionen	100,0	2,5	- 3,0	5,1	3,0
nachrichtlich:					
Unternehmensinvestitionen ^b	59,9	1,6	- 7,0	6,8	3,0

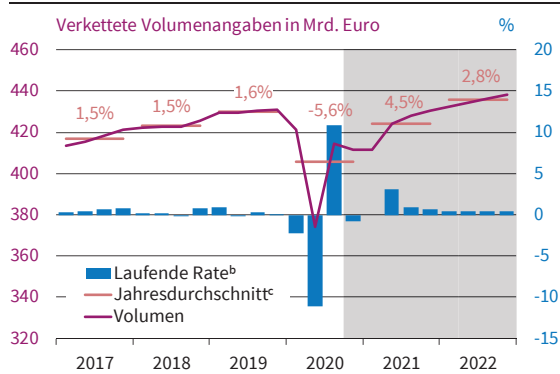
^a Bezogen auf das Jahr 2019. ^b Investitionen des nicht-staatlichen Sektors, d.h. private Ausrüstungsinvestitionen und sonstige Anlagen zuzüglich gewerblicher Nichtwohnungsbau.

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2020 bis 2022: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2020

Abb. 3.13

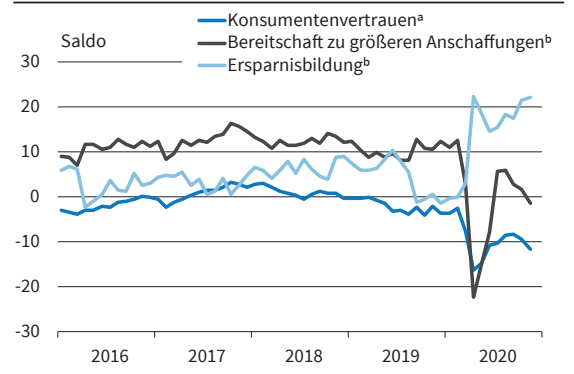
Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte^a
Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



^a Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
^b Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.
^c Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
 Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;
 ab 4. Quartal 2020: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

Abb. 3.14

Indikatoren zur Konsumkonjunktur
Saisonbereinigter Verlauf



^a Mittelwert der Salden in % der Meldungen der privaten Haushalte zu ihrer finanziellen und wirtschaftlichen Lage (in den kommenden zwölf Monaten), Arbeitslosigkeitserwartungen (in den kommenden zwölf Monaten) und den Ersparnissen (in den kommenden zwölf Monaten). ^b Gegenwärtig.
 Quelle: Europäische Kommission. © ifo Institut

nicht zuletzt durch die fiskalischen Impulse der Bundesregierung (wie z.B. die vorübergehende Senkung der Mehrwertsteuer oder die Ausweitung diverser monetärer Sozialleistungen) stimuliert worden sein dürften. Damit konnte ein Großteil des Konsumrückgangs des zweiten Quartals wieder aufgeholt werden, wengleich die privaten Konsumausgaben weiterhin um 3,8% unter ihrem saison- und kalenderbereinigten Niveau aus dem Schlussquartal 2019 liegen.

Im Winterhalbjahr 2020/2021 dürften die privaten Konsumausgaben wieder sinken (vgl. Abb. 3.13), da die zweite Infektionswelle neue Infektionsschutzmaßnahmen notwendig machte. Dieser zweite Shutdown unterscheidet sich aber maßgeblich von jenem aus dem Frühjahr, da bislang lediglich das Gastgewerbe und Dienstleister aus den Bereichen Kunst, Unterhaltung und Erholung von den Einschränkungen betroffen sind. Insbesondere im Einzelhandel ist die konjunkturelle Grundtendenz weiterhin intakt. So dürften die privaten Konsumausgaben im vierten Quartal 2020 insgesamt um 0,8% sinken, was auch bereits von einigen Frühindikatoren signalisiert wird (vgl. Abb. 3.14). So hat das Konsumentenvertrauen im November bereits das zweite Mal in Folge nachgegeben, und die Bereitschaft zu größeren Anschaffungen hat sich merklich abgekühlt. Aufgrund der eingeschränkten Konsummöglichkeiten geben die befragten Haushalte zudem an, ihre Ersparnisbildung wieder stärker ausweiten zu wollen.

Zum Jahresauftakt 2021 werden die Konsumausgaben der privaten Haushalte allenfalls stagnieren, da annahmegemäß die Infektionsschutzmaßnahmen erst im zweiten Quartal des kommenden Jahres gelockert werden. Entsprechend werden die Verbraucherausgaben im Gastgewerbe und in den Bereichen Kunst, Unterhaltung und Erholung nur auf niedrigem Niveau verharren. Zudem dämpft die Rückführung der temporären Mehrwertsteuersenkung die Ausgaben der privaten Haushalte im Einzelhandel. Impulse für das verfügbare Einkommen dürften allenfalls aus der

Teilabschaffung des Solidaritätszuschlages kommen. Mit der allmählichen Aufhebung der Infektionsschutzmaßnahmen werden die privaten Konsumausgaben im zweiten Quartal 2021 um kräftige 3,1% ausgeweitet und auch im Anschluss mit überdurchschnittlichen Raten expandieren.

Die verfügbaren Einkommen dürften im Prognosezeitraum den privaten Konsum ebenfalls stützen. So werden die verfügbaren Einkommen in diesem Jahr voraussichtlich um 1,3% zulegen, wobei hier maßgeblich die monetären Sozialleistungen stützend wirken; die Bruttolöhne und -gehälter werden wohl um 1,0% sinken. Die ab dem kommenden Jahr einsetzende Normalisierung der konjunkturellen Situation in Deutschland sowie der Abbau der Kurzarbeit dürften die verfügbaren Einkommen mit jeweils 2,2% in den Jahren 2021 und 2022 wieder dynamischer steigen lassen.

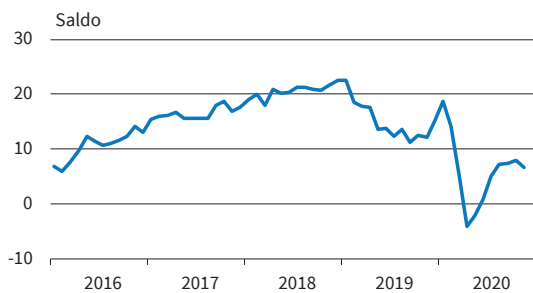
Alles in allem werden die privaten Konsumausgaben im laufenden Jahr um 5,6% schrumpfen (vgl. Abb. 3.13), um dann in den beiden Folgejahren um 4,5% bzw. 2,8% zu expandieren. Somit dürften die Konsumausgaben der privaten Haushalte ihr Vorkrisenniveau gegen Ende des kommenden Jahres wieder erreichen. Spiegelbildlich zur Konsumkonjunktur dürfte die Sparquote der privaten Haushalte in diesem Jahr 16,5% betragen und sich in den kommenden beiden Jahren sukzessive normalisieren (2021: 13,3% und 2022: 11,3%).

3.10 KRÄFTIGER PREISAUFTRIEB

Der Verbraucherpreisindex (VPI) ist im Juli 2020 mehrwertsteuerbedingt um 0,8% gegenüber dem Vormonat gesunken (vgl. Box: Zu den Preiseffekten der Mehrwertsteuersenkung). In der Gesamtschau der Monate August bis November 2020 stagnierten die Verbraucherpreise lediglich, was maßgeblich auf die kräftigen Preisrückgänge der Energiekomponente zurückzuführen ist. Auch zum Jahresende ist derzeit mit keinem großen Preisauftrieb zu rechnen wie die

Abb. 3.15

ifo Preiserwartungen der deutschen Wirtschaft^a
Saisonbereinigter Verlauf



^a Erwartete Verkaufspreise im Verarbeitenden Gewerbe, Bauhauptgewerbe, Groß- und Einzelhandel und den übrigen Dienstleistungsbereichen in den kommenden drei Monaten; Saldo der prozentualen Anteile "steigen" und "fallen".
Quelle: ifo Konjunkturumfragen. © ifo Institut

aktuelle Entwicklung der ifo Preiserwartungen anzeigt (vgl. Abb. 3.15).

Im ersten Quartal 2021 dürften die Verbraucherpreise mit 1,2% gegenüber dem Schlussvierteljahr des laufenden Jahres kräftig expandieren. Ausschlaggebend hierfür sind zwei preissteigernde Effekte. Erstens wird die temporäre Mehrwertsteuersenkung wieder aufgehoben. Dabei wird unterstellt, dass die Preissteigerung im Januar 2021 die Preissenkung vom Juli 2020 wieder aufhebt. Für sich genommen dürfte dies die Kernrate um 0,7% erhöhen. Zweitens dürften die verabschiedeten Maßnahmen des Klimapakets im Prognosezeitraum deutlichen Druck auf die Energiepreise ausüben. Die Deutsche Bundesbank bezifferte den Nettoeffekt auf die Inflationsrate mit 0,3 Prozentpunkten im kommenden Jahr und 0,2 Prozentpunkten im Jahr 2022 (vgl. Deutsche Bundesbank, 2020). Dies lässt für sich genommen die Energiekomponente zu Beginn der beiden Jahre kräftig ansteigen, wobei in den anderen Monaten die Annahme der realen Konstanz des Ölpreises gilt. Das ifo Institut folgt an dieser Stelle den Berechnungen der Deutschen Bundesbank und unterstellt zusätzliche Preissteigerungen in ähnlichem Ausmaß.

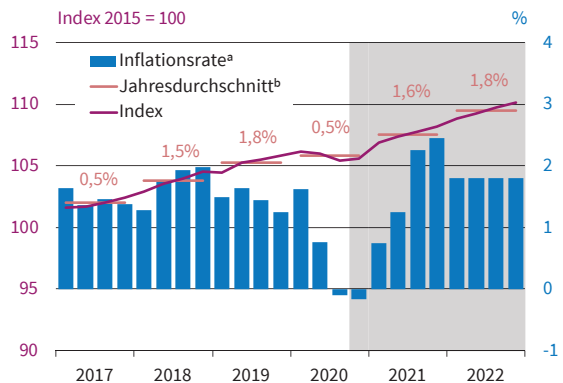
Im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums kommt es dann im Zuge der sich normalisierenden gesamtwirtschaftlichen Auslastung zu moderaten Steigerungen der Kernrate. Aufgrund der Preisrückgänge im Zuge der Mehrwertsteuersenkung in diesem Jahr kommt es jedoch im Vorjahresvergleich zu vergleichsweise hohen Inflationsraten am Ende des Jahres 2021. Insgesamt dürften die Verbraucherpreise in diesem Jahr um 0,5% steigen. In den kommenden beiden Jahren werden die Preissteigerungen mit 1,6% und 1,8% deutlich kräftiger ausfallen.

3.11 WEITERHIN DYNAMISCHER STAATSKONSUM

Nach einem kräftigen Anstieg des Staatskonsums im zweiten Quartal um 2,2% im Vergleich zum Vorquartal, schwächte sich die Dynamik im dritten Quartal etwas ab. Dennoch war der Zuwachs im historischen Vergleich mit 0,8% weiterhin überdurchschnittlich

Abb. 3.16

Verbraucherpreise in Deutschland
Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



^a Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in %.
^b Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;
ab 4. Quartal 2020: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

(vgl. Abb. 3.18). Im laufenden Quartal wird er mit 0,7% nochmals ähnlich stark zulegen und dann im weiteren Verlauf spürbar zurückgehen. Im gesamten Prognosezeitraum ist der Staatskonsum von den Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie und -Krise geprägt, die insbesondere die Vorleistungen im laufenden Jahr steigen ließen. Ab Beginn des nächsten Jahres werden darüber hinaus die Impfungen gegen Covid-19 sowie die logistischen Vorbereitungen zur Impfung zu einem weiteren Anstieg der Vorleistungen und der sozialen Sachleistungen führen.

3.12 ZWEITER SHUTDOWN BEEINTRÄCHTIGT VOR ALLEM DIE WERTSCHÖPFUNG DER KONSUMNAHEN DIENSTLEISTER

Die deutsche Wirtschaft hat sich nach dem kräftigen Einbruch des preis-, saison- und kalenderbereinigten Bruttoinlandsprodukts im zweiten Quartal des laufenden Jahres im dritten Vierteljahr mit 8,5% wieder kräftig erholt (vgl. Tab. 3.11). Dabei wurde die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe nach dem Ende des Shutdowns im Frühjahr rasch wieder hochgefahren, und auch die konsumnahen Dienstleister konnten ihre Tätigkeit wiederaufnehmen. So stieg beispielsweise die Bruttowertschöpfung im Gastgewerbe im dritten Quartal 2020 um knapp 140% gegenüber dem Vorquartal. Aber auch die Sonstigen Dienstleister, zu denen unter anderem die Kulturschaffenden zählen, konnten einen Großteil des Shutdown-bedingten Einbruchs wieder aufholen.

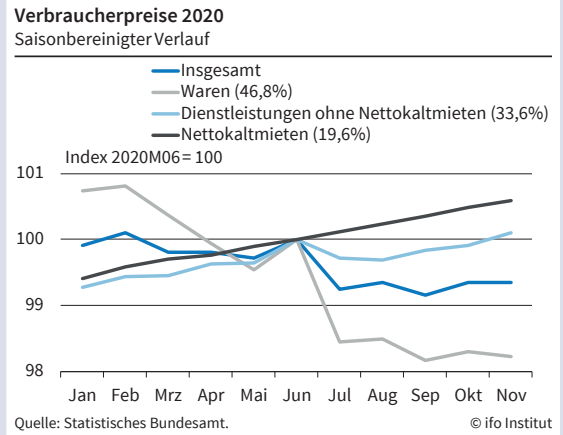
Die kräftige Erholung der deutschen Wirtschaft wird nunmehr im Winterhalbjahr 2020/2021 durch den neuerlich Shutdown unterbrochen. Jedoch dürften sich die von Bund und Ländern beschlossenen Maßnahmen in anderer Form niederschlagen als noch im Frühjahr. Während bspw. die deutsche Industrie von der kräftigen Nachfrage nach Industriegütern unter anderem aus Asien profitiert und vom Lockdown bis dato verschont bleibt, sind es vor allem erneut das

ZU DEN PREISEFFekten DER MEHRWERTSTEUERSENKUNG

Am 1. Januar 2021 wird die temporäre Mehrwertsteuer senkung in Deutschland rückgängig gemacht. Dann steigt der Mehrwertsteuersatz für voll belastete Güter von 16% auf 19% und der Satz für teilweise belastete Güter von 5% auf 7%. Dieser Anstieg wird auch sichtbare Folgen für den Verbraucherpreisindex (VPI) haben. Um diesen Effekt zu quantifizieren, ist ein Blick auf die Wirkung der Mehrwertsteuer senkung im Juli 2020 hilfreich. Dabei ist zunächst festzuhalten, dass die Gütergruppen des VPI unterschiedlich von der Steueränderung betroffen sind. Während rund 70% der Güter und Dienstleistungen des dem VPI zugrundeliegenden Warenkorbes mit dem vollen oder dem ermäßigten Satz besteuert werden, sind rund 30% von der Mehrwertsteuerpflicht ausgenommen. Zur letzteren Gruppe gehören insbesondere Wohnungsmieten, die einen Anteil von rund 20% im Warenkorb des VPI ausmachen. Unter Berücksichtigung der Warenkorbanteile kommt eine Analyse des Statistischen Bundesamtes (2020) zu dem Ergebnis, dass der deutsche VPI bei vollständiger Weitergabe der Steuer senkungen an die Konsumenten um 1,6% gesunken wäre. Für den Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) hat die Bundesbank (2020) bei vollständiger Umwälzung der Steuererleichterung einen negativen Preiseffekt von 1,8% berechnet. Der Unterschied zwischen VPI und HVPI lässt sich insbesondere auf die fehlende Einbeziehung von selbstgenutztem Wohneigentum im HVPI erklären, sodass der Anteil der von der Steueränderung betroffenen Gütergruppen größer ist.

Die tatsächlichen Effekte der Steuererleichterung hängen jedoch von der Preissetzungsstrategie der Unternehmen ab. So könnten die Firmen die Mehrwertsteuer senkungen gar nicht oder nur teilweise an die Verbraucher weitergegeben haben, um ihre Gewinnmargen zu erhöhen. Tatsächlich sank der VPI im Juli um lediglich 0,8% gegenüber dem Vormonat und stabilisierte sich auf diesem Niveau in den folgenden Monaten (vgl. Abb. 3.17). Somit spricht vieles dafür, dass die Mehrwertsteuer senkung nicht vollständig an die Verbraucher weitergegeben wurde. Die Bundesbank (2020) für den HVPI geht von einer Überwälzung von rund 60% aus. Zudem zeigt sich, dass die Preisanpassungen unmittelbar im Juli stattfanden, das heißt ohne größere Verzögerungen. Die Entwicklung der gesamten VPI-Rate resultiert allerdings aus sehr unterschiedlichen Trends über die Gütergruppen hinweg. Während die Preise für Dienstleistungen (ohne Nettokaltmieten) nur leicht sanken, gab es einen deutlich stärkeren Rückgang der Teuerungsrate bei Waren. Dafür verantwortlich war unter anderem eine starke Preissenkung bei Nahrungsmitteln. Die Beobachtung bestätigt die Ergebnisse der Analyse

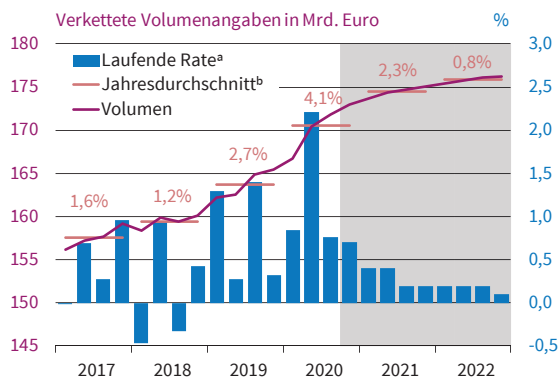
Abb. 3.17



von Fuest et al. (2020), die feststellt, dass die Mehrwertsteuer senkung im Supermarkt-Einzelhandel fast vollständig an die Konsumenten weitergegeben wurde. Im Dienstleistungsbereich wurde vor allem im Telekommunikationsbereich die Steuererleichterungen auf die Konsumenten überwältigt. Stark von der Krise betroffene Dienstleistungen wie das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe oder die Unterhaltungsbranche haben die Preise hingegen nicht gesenkt; hier kam es vermutlich zu Mitnahmeeffekten, um die Umsatzverluste der Coronakrise auszugleichen. Wie erwartet hat sich der Trend der Nettokaltmieten im Juli nicht verändert, da diese von der Mehrwertsteuer senkung nicht betroffen sind.

Diese beobachtenden Effekte aus dem Juli 2020 haben wichtige Implikationen für die Wirkung der Mehrwertsteuererhöhung auf die Preise in 2021. Die Inflationsrate dürfte ab Januar wieder deutlich positive Werte aufweisen. Bei Annahme eines symmetrischen Wiederanstiegs der Preise sollte die Verlaufsrate des VPI im ersten Quartal 2021 1,2% betragen. Insbesondere im Nahrungsmittelbereich dürften die Preise unmittelbar auf das Niveau vor der Steuer senkung zurückkehren. Der Effekt der Steuererhöhung auf die Preise im Dienstleistungsbereich sollten hingegen überschaubar sein und sich auf bestimmte Bereiche wie die Telekommunikationsdienstleistungen konzentrieren. In der zweiten Jahreshälfte 2021 dürfte dann die Inflationsrate sogar temporär deutlich ansteigen, weil das Preisniveau im Vorjahr aufgrund der Mehrwertsteuer senkung deutlich niedriger war. Dabei dürfte die HVPI-Rate etwas höher liegen als die des VPI, da der höhere Anteil der Mieten im Warenkorb des VPI die Steuereffekte dämpft.

Abb. 3.18
Reale Konsumausgaben des Staats
 Saisonbereinigter Verlauf



^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.
^b Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
 Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;
 ab 4. Quartal 2020: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

Gastgewerbe und die Sonstigen Dienstleister deren wirtschaftliche Aktivität durch den Shutdown erheblich eingeschränkt ist. Zur Quantifizierung der wirtschaftlichen Auswirkungen in diesem Bereich wurden ähnlichen Rechnungen wie bereits in der ifo Konjunkturprognose Frühjahr 2020 angestellt (vgl. Box: Auswirkungen des Shutdown im Winterhalbjahr 2020/21). So dürfte die preis-, saison- und kalender-

bereinigte Bruttowertschöpfung im Bereich Handel, Gastgewerbe, Verkehr im vierten Quartal 2020 um 6,5% sinken und im Auftaktquartal 2021 auf niedrigem Niveau stagnieren. Die Verlaufsrate in diesem Bereich fällt dabei weniger kräftig als im Frühjahr. Während das Gastgewerbe ganz ähnliche Einbußen hinnehmen muss, dürfte die konjunkturelle Grundtendenz im Verkehrssektor und im Einzelhandel aufwärts gerichtet bleiben. So lag der Lkw-Maut-Fahrleistungsindex im Durchschnitt der Monate Oktober und November 2020 saison- und kalenderbereinigt um 1,5% über dem Niveau des dritten Quartals des laufenden Jahres. Und die Einzelhändler konnten ihren preisbereinigten Umsatz im Oktober 2020 um 1,9% gegenüber dem dritten Vierteljahr steigern. Ein ähnliches Verlaufsbild wie im Gastgewerbe dürfte sich für die Sonstigen Dienstleister ergeben, deren Wertschöpfung zum Jahresende 2020 um 17,3% einbrechen und auch im ersten Vierteljahr 2021 nochmals nachgeben dürfte. Das Verarbeitende Gewerbe wird seine Erholung voraussichtlich mit kräftigen Raten von 4,6% im vierten Quartal 2020 und 2,5% im ersten Vierteljahr 2021 fortsetzen. Dafür spricht der spürbare Anstieg der Produktion um 4,8% im Oktober 2020 gegenüber dem dritten Quartal. Jedoch dürfte sich die konjunkturelle Grunddynamik auch hier abschwächen, wor-

Tab. 3.11
Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen
 Veränderung in %

	2020				2021				2022				2020 2021 2022		
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	Veränderung ggü. Vorjahr ^b		
	Veränderung ggü. Vorquartal ^a														
Bruttoinlandsprodukt	-1,9	-9,8	8,5	-0,4	0,6	2,6	0,7	0,6	0,5	0,4	0,4	0,4	-5,1	4,2	2,5
darunter:															
Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche	-1,5	-10,4	8,0	-0,4	0,7	2,6	0,7	0,6	0,5	0,4	0,4	0,4	-5,4	3,8	2,5
darunter:															
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	-3,8	-16,8	12,3	4,3	2,3	1,5	1,1	0,8	0,6	0,6	0,6	0,6	-10,4	8,4	2,8
darunter:															
Verarbeitendes Gewerbe	-3,8	-18,3	14,0	4,6	2,5	1,7	1,2	0,9	0,6	0,6	0,6	0,6	-11,0	9,3	3,0
Energieversorgung, Wasserversorgung u.Ä.	-4,1	-6,9	2,4	2,5	0,8	0,5	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	-6,6	2,2	1,2
Baugewerbe	4,8	-3,1	-4,7	1,0	0,7	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	1,1	-1,0	1,5
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	-1,2	-14,2	13,8	-6,5	-0,3	8,1	0,7	0,5	0,4	0,3	0,3	0,3	-7,2	3,5	3,5
Information und Kommunikation	-1,7	-3,0	3,3	1,5	1,3	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	-0,6	4,7	3,8
Finanz- und Versicherungsdienstleister	-0,5	-0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,2	0,2	-0,3
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,0	-2,0	0,9	-0,6	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,6	0,6	-0,7	1,3	2,7
Unternehmensdienstleister	-1,9	-12,0	6,1	0,9	1,3	1,0	0,7	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5	-7,6	2,8	2,3
Öffentliche Dienstleister	-0,9	-8,2	9,5	0,2	-0,8	0,6	0,4	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3	-2,1	2,4	1,4
Sonstige Dienstleister	-2,7	-18,1	17,8	-17,3	-1,0	15,2	1,5	1,0	0,4	0,2	0,1	0,1	-12,7	-0,9	5,5

^a Verkettete Absolutwerte, saison- und kalenderbereinigt; ^b Ursprungswerte, Jahresdurchschnitte.

Quelle: Statistisches Bundesamt; ab IV/2020: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2020

auf die ifo Geschäftserwartungen für die kommenden sechs Monate und die nachlassende Dynamik bei den Auftragseingängen hindeutet. Das Baugewerbe dürfte nach zwei kräftigen Rückgängen im Sommerhalbjahr seine preisbereinigte Bruttowertschöpfung zum Jahresende mit 1,0% ausweiten, nicht zuletzt, weil das Ausbaugewerbe seine Produktion im Oktober 2020 um 7,0% gegenüber dem dritten Quartal des laufenden Jahres ausweiten konnte. Die übrigen Dienstleister dürften ihre Wertschöpfung zum Jahresende recht unterschiedlich steigern oder gar einen Dämpfer bekommen. Während der Bereich Information und Kommunikation weiter von der zunehmenden Digitalisierung und alternativen Arbeitsformen profitiert, dürfte das Grundstücks- und Wohnungswesen die schwache Entwicklung des Baugewerbes aus dem Sommerhalbjahr spüren. Die Unternehmensdienstleister dürften trotz der kräftigen konjunkturellen Erholung im Verarbeitenden Gewerbe im Schlussquartal mit 0,9% nur relativ schwach expandieren. Hier dämpft vor allem die verhaltene Investitionsdynamik im Schlussquartal die Aktivitäten der Leasing-Firmen; die wirtschaftliche Aktivität der Reiseveranstalter und der Zeitarbeit dürften anhaltend von der Corona-Pandemie beeinflusst sein. Die Öffentlichen Dienstleister werden das hohe Wertschöpfungs-niveau zunächst halten. Alles in allem dürfte das preis-, saison- und kalenderbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Schlussquartal 2020 wohl um 0,4% nachgeben und aufgrund der aufrecht gehaltenen Beschränkungen zum Jahresauftakt 2021 wohl nur um 0,6% expandieren.

Gemäß ifoCAST, dem neuen Modell des ifo Instituts für die Schätzung und Prognose der konjunkturellen Entwicklung am aktuellen Rand (vgl. Box: ifoCAST – die neue Prognosearchitektur des ifo Instituts), betragen die Punktprognosen für die Verlaufsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukt – 1,1% für das vierte Quartal des laufenden Jahres und 1,4% für das erste Vierteljahr des kommenden Jahres (vgl. Abb. 3.19). Damit ergäbe sich für das Winterhalbjahr 2020/2021 eine Zuwachsrate von 0,3% gegenüber dem dritten Quartal 2020. In der vorliegenden Prognose wird jedoch von den beiden Punktprognosen abge-

wichen und mit den Zuwachsraten von – 0,4% und 0,6% die preisbereinigten Zu- und Abwächse etwas anders auf die Quartale verteilt. Der Gesamteffekt für das kommende Winterhalbjahr bleibt trotz dieses diskretionären Eingriffs aber erhalten. Maßgeblich für die Abweichung von ifoCAST sind die Vorzieheffekte durch den Brexit (vgl. Abschnitt 3.6) und die Mehrwertsteueranhebung (vgl. Abschnitt 3.9), die vom Modell nicht antizipiert werden. Beide Ereignisse dürften das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im vierten Quartal 2020 stimulieren und im ersten Quartal 2021 dämpfen. Wie die Häufigkeitsverteilung von ifoCAST aber verdeutlicht, sind diese Eingriffe aufgrund der hohen Prognoseunsicherheit durchaus vertretbar und sehr nahe an den Punktprognosen gelegen.

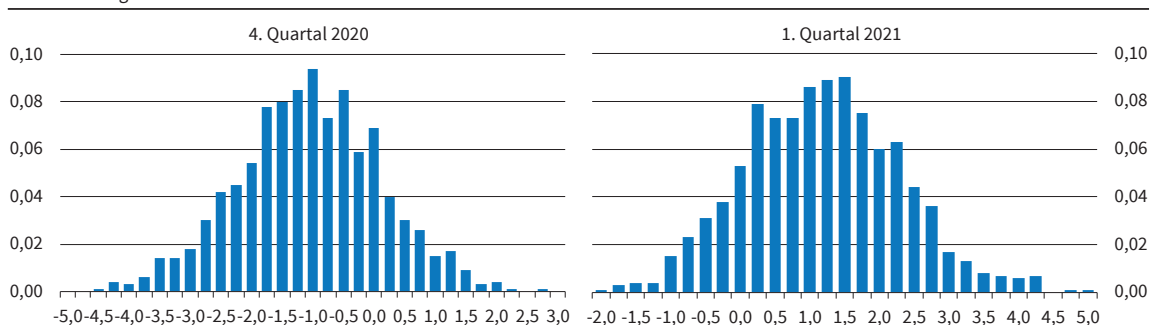
Mit der Lockerung der Infektionsschutzmaßnahmen im April des kommenden Jahres dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion dann kräftig mit 2,6% im zweiten Quartal 2021 ausgeweitet werden. Besonders stark dürfte die Wertschöpfung in den unmittelbar vom Shutdown betroffenen Bereichen wie dem Gastgewerbe und den Dienstleistern aus den Bereichen Kunst, Unterhaltung und Erholung expandieren. Nichtsdestotrotz muss davon ausgegangen werden, dass es in diesen Bereichen zu einem deutlichen Anstieg der Insolvenzen kommt und es daher mindestens bis Ende des Jahres 2022 dauern dürfte, bis die Wertschöpfung ihr Vorkrisenniveau aus dem vierten Quartal 2019 wieder erreichen wird. Die deutsche Industrie setzt ihre Normalisierung fort und auch die übrigen Dienstleister dürften mit überdurchschnittlichen Raten expandieren.

Im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums wird das preis-, saison- und kalenderbereinigte Bruttoinlandsprodukt mit kräftigen Raten wachsen und sein Vorkrisenniveau vom vierten Quartal 2019 gegen Jahresende 2021 erreichen. Im Jahresdurchschnitt 2020 wird das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt voraussichtlich um 5,1% sinken (vgl. Abb. 3.4); kalenderbereinigt ergibt sich ein Rückgang um 5,4% (vgl. Tab. 3.3). Zweistellige Verluste werden aller Voraussicht nach das Verarbeitende Gewerbe (– 11,0%) und die Sonstigen Dienstleister (– 12,7%) hinnehmen müs-

Abb. 3.19

Verteilung der Modellprognosen für das reale Bruttoinlandsprodukt gemäß ifoCAST^a

Relative Häufigkeit



^a A Posteriori-Verteilung der Modellprognosen des dynamischen Faktormodells für die Veränderungs-raten des Bruttoinlandsprodukts gegenüber Vorquartal; vgl. Lehmann, Reif und Wollmershäuser (2020).

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

ZU DEN AUSWIRKUNGEN DES SHUTDOWN IM WINTERHALBJAHR 2020/2021

Der Shutdown, der ab November 2020 Teile der deutschen Wirtschaft lahmlegte, machte es erneut erforderlich, von der üblichen indikatorbasierten Vorgehensweise bei der Schätzung und Prognose der konjunkturellen Entwicklung am aktuellen Rand abzuweichen. Zunächst wurden die Wertschöpfungsverluste jener Bereiche geschätzt, die unmittelbar vom Shutdown betroffen sind (Gastgewerbe und Sonstige Dienstleister). Für das Gastgewerbe wurde angenommen, dass dessen Umsatz bereits im Oktober 2020 auf 60% des Vorjahres zurückging und in den Monaten des Shutdowns bei rund 20% verharrt. Damit geht der Shutdown in etwa mit einem Wertschöpfungsverlust von 6,5 Mrd. Euro im vierten Quartal des laufenden Jahres einher. Bei den Sonstigen Dienstleistern wurde angenommen, dass deren preisbereinigte Bruttowertschöpfung im vierten Quartal 2020 annähernd dem Niveau aus dem zweiten Vierteljahr entspricht und sich der Lockdown im November demnach symmetrisch zu jenem aus dem Frühjahr verhält. Der Verlust beläuft sich demnach auf 4,8 Mrd. Euro im vierten Quartal 2020.

Die Wertschöpfungsverluste dieser beiden Wirtschaftsbereiche wurden dann mittels einer Input-Output-Tabelle auf die anderen Wirtschaftsbereiche umgelegt, da sowohl das Gastgewerbe als auch die Sonstigen Dienstleister Vorleistungen aus anderen Wirtschaftsbereichen beziehen. Jedoch erfolgte die

Umlage nicht vollständig, da es in einigen Bereichen zu Substitutionseffekten gekommen sein dürfte. So wurde zum Beispiel der nach der Input-Output-Tabelle durch den Shutdown im Gastgewerbe zu erwartende Verlust der Einzelhändler nicht berücksichtigt, da die ausgefallenen Restaurantbesuche durch ein angepasstes Kaufverhalten der privaten Haushalte im Lebensmitteleinzelhandel aufgefangen werden. Dennoch dürften sich vor allem Verluste für die Bereiche der Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln, Getränken, Tabakerzeugnisse, die Energie- und Wasserversorgung, den Großhandel, das Grundstücks- und Wohnungswesen sowie die Unternehmensdienstleister ergeben, die zusammen ungefähr 65% der Vorleistungen des Gastgewerbes und der Sonstigen Dienstleister ausmachen. Der gesamtwirtschaftliche Verlust beziffert sich damit auf ungefähr 15 Mrd. Euro im vierten Quartal 2020.

Für das erste Quartal 2021 wird erneut angenommen, dass die beiden Wirtschaftsbereiche (Gastgewerbe und Sonstige Dienstleister) abermals geringe Verluste hinnehmen müssen, sich aber auf niedrigem Niveau im Verlauf des ersten Quartals stabilisieren. Inklusive der Zweitrundeneffekte aufgrund der Vorleistungsverflechtungen zu den anderen Wirtschaftsbereichen der deutschen Wirtschaft dürfte sich der zusätzliche Verlust auf rund 0,6 Mrd. Euro belaufen.

sen; im Bereich Handel, Verkehr, Gastgewerbe dürfte der Rückgang wohl 7,2% betragen. Im kommenden Jahr dürfte sich die gesamtwirtschaftliche Leistung um 4,2% erholen, gefolgt von 2,5% im Jahr 2022.

3.13 KURZARBEIT NIMMT WEITER DRUCK VOM ARBEITSMARKT

Die Coronakrise hat den langjährigen Aufschwung am Arbeitsmarkt jäh unterbrochen und hinterlässt trotz des massiven Einsatzes von Kurzarbeit deutliche Spuren. Nachdem sich der Beschäftigungsaufbau bereits im vergangenen Jahr vor allem aufgrund der Rezession im Verarbeitenden Gewerbe spürbar abgeschwächt hat, ist die Zahl der Erwerbstätigen im ersten Quartal saisonbereinigt um 13 000 Personen relativ zum Vorquartal gesunken. Dies stellte den ersten Beschäftigungsrückgang seit über zehn Jahren dar. Im zweiten Quartal sank die Zahl der Erwerbstätigen um 627 000 Personen, was 1,4% aller Erwerbstätigen und damit dem stärksten Einbruch seit Beginn der Vierteljahresrechnung im Jahr 1970 entspricht. Im Zuge der Lockerungen der Infektionsschutzmaßnahmen im Sommer kam dieser massive Stellenabbau zum Stillstand und die Zahl der Erwerbstätigen nimmt seit Juli wieder leicht zu. Jedoch steht diese Zunahme um

durchschnittlich 19 000 Personen pro Monat zwischen Juli und Oktober nicht im Verhältnis zu den starken Beschäftigungsverlusten im zweiten Quartal. Aufgrund des hohen statistischen Überhangs nahm die Zahl der Erwerbstätigen im dritten Quartal daher saisonbereinigt um 48 000 ab.

Die Gruppe der ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten wies im zweiten Quartal mit einem Rückgang um saisonbereinigt 6,1% (272 000 Personen) den vergleichsweise stärksten Abbau der Beschäftigung auf. Seit Juni legte die Zahl der Minijobs wieder zu und lag im September saisonbereinigt um 1,8% (74 000 Personen) höher als im Mai. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung sank im zweiten Quartal ebenfalls stark um 0,9% (306 000 Personen) gegenüber dem Vorquartal. Seit Erreichen des Tiefpunkts im Mai stieg sie bis September nur wenig dynamisch um saisonbereinigt insgesamt 0,3% (115 000 Personen). Die mit Abstand größten Schwankungen in der Beschäftigung waren hierbei im Gastgewerbe und der Arbeitnehmerüberlassung zu beobachten. Während in diesen Bereichen wie auch in der Gesamtwirtschaft spätestens seit September die Beschäftigung wieder leicht aufgebaut wurde, ging die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe weiter zurück und setzt da-

IFOCAS – DIE NEUE PROGNOSEARCHITEKTUR DES IFO INSTITUTS

Ausgangspunkt einer jeden Konjunkturprognose ist die präzise Beurteilung der konjunkturellen Dynamik am aktuellen Rand. Das ifo Institut stützt sich seit geraumer Zeit bei der Ableitung dieser Dynamik auf ökonometrische Modelle, die die Informationen zahlreicher Frühindikatoren zu einer Prognose der BIP-Verlaufsrate verdichten (vgl. Carstensen et al 2009). Um den Entwicklungen der makroökonomischen Forschung der letzten Jahre Rechnung zu tragen, hat das ifo Institut nunmehr eine neue Prognosearchitektur entwickelt und wird sich bei der Abschätzung der konjunkturellen Dynamik am aktuellen Rand zukünftig darauf stützen.¹ Dieser neue Ansatz (nachfolgend als ifoCAST bezeichnet) ist dabei speziell auf die Prognose der deutschen BIP-Verlaufsrate ausgelegt. Zum einen trägt er den asynchronen Veröffentlichungszeitpunkten der Konjunkturindikatoren sowie deren unterschiedlichen Frequenzen Rechnung. Zum anderen ermöglicht es ifoCAST, den Informationsgehalt der Indikatoren für die Prognose der BIP-Verlaufsrate zu bestimmen.

Die neue Prognosearchitektur unterscheidet sich dabei deutlich von dem ursprünglichen Prognoseansatz aus dem Jahr 2009. So greift das neue Modell auf eine größere Grundgesamtheit an Konjunkturindikatoren zu (aktuell etwa 300 Variablen), um eine Vielzahl unterschiedlicher Konjunktursignale zu berücksichtigen. Darüber hinaus unterscheiden sich die Ansätze hinsichtlich der Modellierung der Indikatoren. Der ursprüngliche Ansatz baute auf einer Vielzahl von Einzelmodellen (sog. Brückengleichungen) auf. Informative Zusammenhänge zwischen Variablen blieben somit unberücksichtigt. Das dynamische Faktormodell, das den Kern von ifoCAST bildet, modelliert hingegen alle Indikatoren in einem System und nutzt somit auch informative Wechselwirkungen zwischen den Indikatoren für die Prognose der BIP-Verlaufsrate.²

Überdies unterscheiden sich die Ansätze in Bezug auf die Modellierung unterschiedlicher Indikatorfrequenzen. Der vormalige Ansatz sah eine univariate Prognose der höherfrequenten Zeitreihen (z.B. monatlich) bis zum Ende des Prognosehorizonts und eine anschließende Aggregation auf die niedrigere Frequenz (z.B. Quartale) vor. ifoCAST ist dahingegen direkt auf der höchsten Indikatorfrequenz spezifiziert und »fehlende« Beobachtungen (bspw. von Variablen,

die nur auf einer niedrigeren Frequenz verfügbar sind) werden mittels eines Filterverfahrens (des sog. Kalman-Filters) geschätzt.

Den Aspekten der Modell- und Prognoseunsicherheit wird ebenfalls Rechnung getragen, indem auf Bayesianische Schätzmethoden zurückgegriffen wird. Im Gegensatz zur frequentistischen Schätzung zielt die Bayesianische Schätzung nicht auf den Punktschätzer ab, sondern auf die Verteilung des Punktschätzers auf Basis der beobachteten Daten (A Posteriori-Verteilung). Aus der A Posteriori-Verteilung der Koeffizienten kann dann die Verteilung der Modellprognosen abgeleitet werden, auf Basis derer sowohl eine Punktprognose (in der Regel der Mittelwert oder Median der Verteilung) als auch die Unsicherheit um die Punktprognose (bspw. durch ein 90%-Prognoseintervall) ermittelt werden kann. Darüber hinaus ermöglicht es die Bayesianische Schätzung des Modells, eine deutlich komplexere Modellstruktur zu verwenden, als es eine frequentistische Schätzung zulassen würde. So modelliert ifoCAST sowohl den trendmäßigen Rückgang der kurzfristigen Schwankungen, der für die meisten makroökonomischen Größen beobachtbar ist, als auch variablen-spezifische Vor-, Nach- und Gleichlauf-Eigenschaften der Indikatoren.

Die multivariate Struktur des dynamischen Faktormodells ermöglicht es zudem, den Einfluss neuer Informationen auf alle im Modell enthaltenen Variablen zu ermitteln und somit in Echtzeit Prognoseanpassungen nachzuverfolgen und darzustellen. Abbildung 3.20 und Abbildung 3.21 zeigen dazu exemplarisch die Modellprognosen für das dritte und vierte Quartal des laufenden Jahres. Die schwarzen Punkte kennzeichnen die Punktprognose des Modells, d.h. den Mittelwert der A Posteriori-Verteilung der Modellprognosen; die grauen Flächen geben die Unsicherheit um die Punktprognose in Form eines 90%-Prognoseintervalls an. Die Balken zu jedem Zeitpunkt der Modellschätzung stellen die entsprechenden Anteile der Indikatorgruppen an der Prognoserevision dar, d.h. an der Veränderung der Punktprognose von einem Zeitpunkt zum nächsten. Zu beachten ist, dass nicht jede Datenveröffentlichung zwangsläufig zu einer Revision der Modellprognose führt. Da die multivariate Struktur des Modells für alle enthaltenen Variablen Prognosen über deren zukünftigen Verlauf generiert, kommt es nur zu einer Prognoserevision, wenn sich die veröffentlichten Daten von der Modellprognose unterscheiden.

Für das dritte Quartal prognostizierte ifoCAST bis zum 09. Juli eine negative Verlaufsrate für das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (vgl. Abb. 3.20).

¹ Für eine detaillierte Darstellung vgl. Lehmann, Reif und Wollmershäuser (2020).

² Dynamische Faktormodelle gelten zurzeit als Goldstandard in der akademischen Nowcasting Literatur (vgl. Giannone et al. 2008 für die USA, Schumacher und Breitung 2008 für Deutschland, Camacho und Pérez-Quirós 2010 für den Euroraum, Bragoli 2017 für Japan, Bragoli und Modugno 2017 für Kanada sowie Dahlhaus et al. 2017 für die BRIC-Länder).

Abb. 3.20

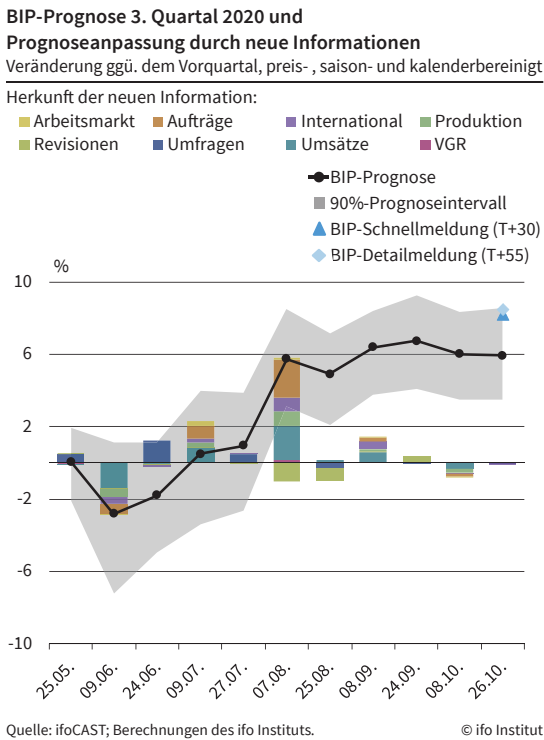
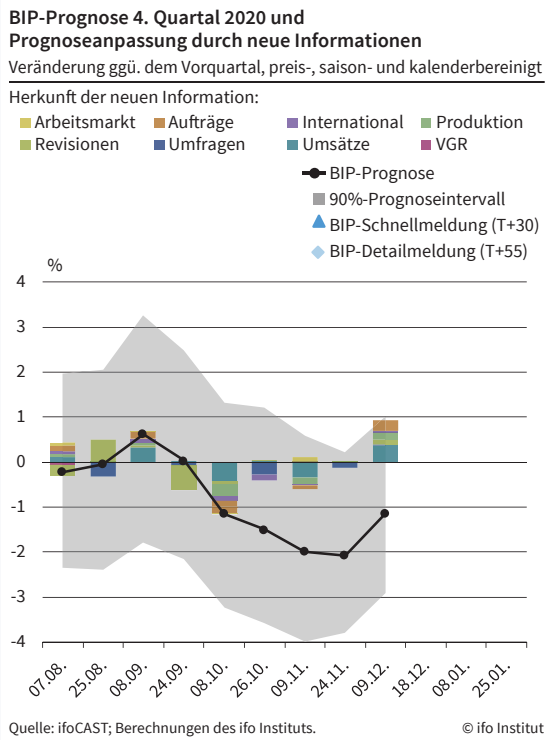


Abb. 3.21



Anschließend entwickelten sich die Indikatoren deutlich besser als vom Modell unterstellt, und es kam zu einer Reihe positiver Prognoserevisionen. Insbesondere die Produktions-, Umsatz- und Auftragsveröffentlichungen für den Juni, die in der Schätzung vom 7. August erstmalig berücksichtigt sind, führten zu einer kräftigen Anpassung um fast 5 Prozentpunkte. Die letzte Schätzung für das dritte Quartal wurde am 26. Oktober durchgeführt und ergab eine Verlaufsrate von gut 6%. Die außerordentliche hohe Volatilität der Daten seit dem Beginn der Corona-Pandemie spiegelt sich überdies in einer verhältnismäßig hohen Prognoseunsicherheit wider; das 90%-Prognoseintervall reicht von 3,5% bis 8,5% und schließt somit die Schnellmeldung für das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt vom 30.10.2020 (8,24%) als auch die Detailmeldung vom 24.11.2020 (8,48%) ein.

Für das vierte Quartal prognostizierte ifoCAST bis zum 8. Oktober in etwa eine Stagnation der Verlaufsrate für das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukts (vgl. Abb. 3.21). Anschließend kam es zu einer recht deutlichen Abwärtsrevision der Prognose, die insbesondere auf unerwartet schwache Datenveröffentlichungen aus den Kategorien Aufträge, Umsätze und Umfragen zurückzuführen ist. Die Schätzung vom 9. Dezember, die die ersten amtlichen Daten für das vierte Quartal enthält, führt dann zu einer positiven Prognoserevision um gut einen Prozentpunkt. Dementsprechend haben sich die amtlichen Daten im Oktober deutlich besser entwickelt als vom Modell

antizipiert. Trotz der unerwartet starken Entwicklung der amtlichen Daten im Oktober weist das Modell einer positiven BIP-Verlaufsrate nur eine geringe Wahrscheinlichkeit zu; der größte Teil des Prognoseintervalls befindet sich im negativen Bereich. Mit dem Informationsstand 9. Dezember 2020 scheint daher ein Rückgang des BIP im vierten Quartal als äußerst wahrscheinlich.

ifoCAST ist ein vollständig automatisierter Ansatz, der auf Basis von Mustern der Vergangenheit eine rein technische, modellbasierte Prognose erstellt und keinerlei diskretionäre Anpassungen beinhaltet. Es zeigt sich jedoch, dass ifoCAST in der Lage ist, die sich aus den Veröffentlichungen der monatlichen Indikatoren ergebende konjunkturelle Dynamik präzise in eine BIP-Verlaufsrate zu übersetzen.³ Nichtsdestotrotz stellt die Coronakrise statistische Modelle vor besondere Probleme. Zum einen verursachten die staatlich angeordneten Einschränkungen und Lockerungen außergewöhnlich große Schwankungen in einer Reihe von Dienstleistungsbereichen, die in normalen Zeiten wenig Informationen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung liefern. Zum anderen ist es zumindest fraglich, ob während der aktuellen Krise die wirtschaftlichen Zusammenhänge, die bisher galten, weiterhin eine zutreffende Beschreibung der konjunkturellen Dynamik liefern, oder ob zumindest kurzfristig andere »Gesetze« gelten. Da ifoCAST je-

³ Für die Jahre 2011 bis 2019 hat ifoCAST eine hohe Prognosekraft bewiesen und lieferte deutlich geringere Prognosefehler als eine Reihe von Vergleichsmodellen (vgl. Lehmann et. al 2020).

doch eine Linearität der konjunkturellen Dynamik unterstellt, kann dies zu einer Verzerrung der Prognose führen. Schlussendlich kann ifoCAST die Effekte diskretionärer fiskalischer Impulse auf das Entscheidungskalkül wirtschaftlicher Akteure nur unzureichend abbilden. So könnte die Anhebung der Mehrwertsteuer im Januar 2021 zu vorgezogenen Käufen

im Dezember führen, die für ifoCAST wohl erst in den im März 2021 veröffentlichten Einzelhandelsumsätzen erkennbar sind. ifoCAST stellt daher den Ausgangspunkt einer ifo Konjunkturprognose dar, die durch das Wissen zahlreicher ifo-Experten gekennzeichnet ist und somit von der mechanischen Modellprognose abweichen kann.

mit ihren bereits seit dem Frühjahr 2019 bestehenden Abwärtstrend fort. Bei den Selbständigen hat sich der seit Jahren bestehende rückläufige Trend im Zuge der Coronakrise nur leicht verstärkt. Die Zahl der Selbständigen sank im zweiten und dritten Quartal jeweils um saisonbereinigt 1,2% (49 000 Personen).

Nach dem sprunghaften Anstieg der Arbeitslosigkeit während des ersten Shutdowns im Frühjahr ist die Zahl der Arbeitslosen seit Sommer leicht zurückgegangen (vgl. Abb. 3.24). Im zweiten Quartal stieg die Zahl der bei der Bundesagentur für Arbeit registrierten Arbeitslosen saisonbereinigt um 545 000, während sie zwischen Juni und November um insgesamt 122 000 fiel.¹⁰ Damit waren im November saisonbereinigt 2,8 Millionen Personen (6,1% der zivilen Erwerbspersonen) als arbeitslos registriert und damit 549 000 Personen mehr als noch im März. Nach einer Schätzung der Bundesagentur für Arbeit resultierte jedoch weniger als 40% dieses Anstiegs aus Zugängen in die Arbeitslosigkeit aus Beschäftigung oder Selbständigkeit bzw. aus einer verringerten Aufnahme einer Beschäftigung durch ehemalige Arbeitslose (Bundesagentur für Arbeit, 2020). Ein Viertel des Anstiegs ging vielmehr darauf zurück, dass arbeitsmarktpolitische Maßnahmen aufgrund der Kontaktbeschränkungen stark zurückgefahren wurden. Weitere knapp 40% des Anstiegs gehen auf sonstige Gründe zurück, wie z.B. einem Rückgang der Verfügbarkeitsüberprüfungen durch die Jobcenter.

Die Auswirkungen der Coronakrise auf das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen sind beträchtlich. Dabei ist der Effekt auf die durchschnittliche Arbeitszeit wesentlich stärker ausgeprägt als der Effekt auf die Zahl der Erwerbstätigen und Arbeitslosen. Obwohl ein großer Anteil des Einbruchs des Bruttoinlandsprodukts ähnlich wie in früheren Krisen durch starke Schwankungen in der Arbeitsproduktivität kompensiert wurde, ist die durchschnittliche Arbeitszeit je Arbeitnehmer im ersten und zweiten Quartal saisonbereinigt um insgesamt 6,8% eingebrochen. Dies ist vor allem auf die massive Ausweitung der Zahl der Kurzarbeiter zurückzuführen, die im April und im Mai mit 6,0 Millionen bzw. 5,7 Millionen auf ein neues Rekordhoch gestiegen war (vgl. Box »Zum Einsatz der Kurzarbeit während der Coronakrise«). In den

Folgemonaten ging die Anzahl der Kurzarbeiter stark zurück und dürfte im Oktober unter 2 Millionen gesunken sein, ehe sie im Zuge des erneuten Shutdowns im November wieder leicht gestiegen sein dürfte (vgl. Link und Sauer 2020). Dies trug wesentlich dazu bei, dass die saisonbereinigte Arbeitszeit je Arbeitnehmer im dritten Quartal wieder um 5,3% gestiegen ist und damit nur noch um 1,8% unter dem Niveau des vierten Quartals 2019 lag. Die starke Erholung des Bruttoinlandsprodukts im dritten Quartal schlägt sich demnach vor allem im Rückgang der Kurzarbeit und der damit verbundenen schnellen Erholung der durchschnittlichen Arbeitszeit nieder, während sich die Zahlen der Erwerbstätigen und Arbeitslosen nur in vergleichsweise geringem Maße verbessert haben.

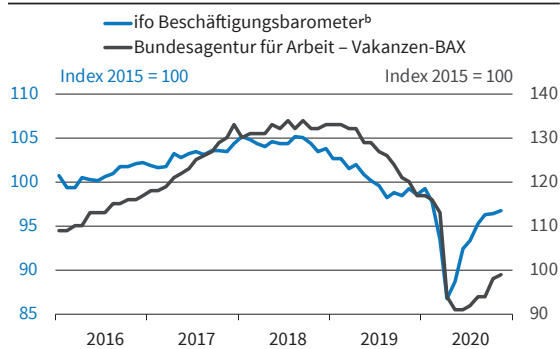
In den kommenden Monaten dürfte es in Folge der fortbestehenden Infektionsschutzmaßnahmen wieder zu einem leichten Anstieg der Zahl der Kurzarbeiter auf 2,1 Millionen im Durchschnitt des ersten Quartals kommen, der vor allem durch die besonders betroffenen Dienstleistungsbereiche, wie z.B. dem Gastgewerbe, getrieben sein dürfte. Erst im Zuge der für das Frühjahr angenommenen Lockerungen dürfte die Kurzarbeit wieder merklich zurückgehen, sodass die Zahl der Kurzarbeiter im Durchschnitt des Jahres 2021 auf knapp unter 1 Million fallen und im Jahr 2022 wieder das Vorkrisenniveau erreichen dürfte. Entsprechend wird die durchschnittliche Arbeitszeit je Arbeitnehmer daher im laufenden Jahr wohl um 2,6% zurückgehen und in den Jahren 2021 und 2022 wieder um 2,4% bzw. 0,5% steigen.

Für die kommenden Monate deuten die Frühindikatoren nur auf schwache Impulse bei der Erwerbstätigkeit hin (vgl. Abb. 3.22). Der BA-X der Bundesagentur für Arbeit (BA) zeigt an, dass sich die Nachfrage der Unternehmen nach Arbeitskräften zwar im Vergleich zum Frühjahr erholt hat, wengleich weder der Bestand noch der Zugang an offenen Stellen wieder ihre Vorkrisenniveaus erreicht haben. Das ifo Beschäftigungsbarometer hat sich nach dem historisch stärksten Rückgang im März und April insgesamt wieder stark erholt und befindet sich per saldo wieder im neutralen Bereich. Hierbei besteht jedoch eine große Heterogenität zwischen den Wirtschaftsbereichen. Während im Dienstleistungssektor und dem Bauhauptgewerbe mehr Unternehmen Beschäftigte einstellen als entlassen wollen und dieses Verhältnis im Handel relativ ausgewogen ist, bleibt die Einstellungsbereit-

¹⁰ Der Stichtag der Erfassung der Arbeitslosigkeit war am 11. November 2020, so dass nur ein kurzer Zeitraum des seit Anfang November geltenden Shutdowns erfasst wurde.

Abb. 3.22

Arbeitsmarkindikatoren für Deutschland^a



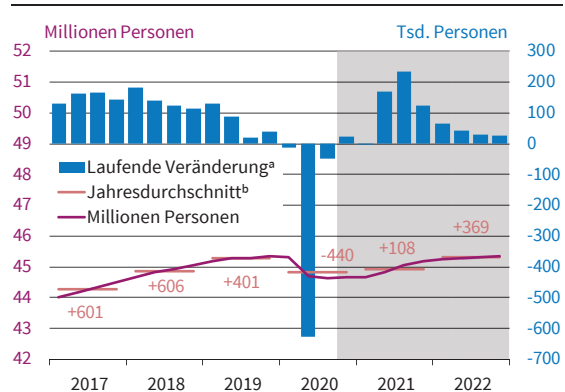
^a Saisonbereinigter Verlauf. ^b Verarbeitendes Gewerbe, Dienstleistungssektor, Handel und Bauhauptgewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit; ifo Konjunkturumfragen. © ifo Institut

schaft der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe unverändert schlecht. Im Zuge des Shutdowns dürfte daher die Zahl der Erwerbstätigen in den kommenden Monaten tendenziell eher leicht abnehmen und die Arbeitslosigkeit leicht steigen, ehe ab dem zweiten Quartal 2021 eine kräftige Erholung einsetzen dürfte, sofern die Infektionsschutzmaßnahmen wie angenommen abgebaut werden können. Gegen Ende des Prognosezeitraums dürfte sich der Anstieg der Erwerbstätigkeit wieder abschwächen, da das Erwerbspersonenpotenzial demografiebedingt zunehmend langsamer wächst. Vor diesem Hintergrund dürfte die Zahl der Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt 2020 um etwa 434 000 unter ihrem Vorjahreswert liegen (vgl. Tab. 3.12). Im kommenden Jahr dürfte die Zahl der Erwerbstätigen um 108 000 und im Jahr 2022 um 369 000 steigen (vgl. Abb. 3.23).

Insgesamt dürfte die Zahl der Arbeitslosen im laufenden Jahr im Durchschnitt um etwa 434 000 auf 2,7 Millionen steigen (vgl. Abb. 3.24). Aufgrund des hohen statistischen Überhangs dürfte die Arbeitslo-

Abb. 3.23

Erwerbstätige
Inlandskonzept, saisonbereinigter Verlauf



^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Tausend Personen.
^b Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Tausend Personen.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 4. Quartal 2020: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

sigkeit im Durchschnitt des Jahres 2021 trotz des prognostizierten starken Rückgangs der Arbeitslosigkeit ab dem zweiten Quartal in etwa dem Vorjahresniveau entsprechen. Im Jahr 2022 dürften im Schnitt noch 2,5 Millionen Personen arbeitslos gemeldet sein. In der Folge steigt die Arbeitslosenquote von 5,0% im vergangenen Jahr auf voraussichtlich 5,9% im laufenden und im kommenden Jahr, ehe sie im Jahr 2022 wieder auf 5,5% zurückgeht.

3.14 TARIFLÖHNE STEIGEN DEUTLICH LANGSAMER

Die Coronakrise beendet eine Phase vergleichsweise stark steigender Löhne. Nachdem die Tarifverdienste im vergangenen Jahr noch um 3,1% zulegen konnten, werden diese im laufenden Jahr wohl nur um voraussichtlich 1,9% steigen (vgl. Tab. 3.13). Diese Zunahme geht fast ausschließlich auf bereits in den Vorjahren

Tab 3.12

Arbeitsmarktbilanz
Jahresdurchschnitte in 1 000 Personen

	2019	2020	2021	2022
Arbeitsvolumen (Mio. Stunden)	62 596	60 115	61 701	62 612
Erwerbstätige im Inland	45 269	44 829	44 937	45 305
Arbeitnehmer	41 117	40 829	41 029	41 441
darunter				
SV Beschäftigte	33 518	33 563	33 751	34 166
Geringfügig Beschäftigte	4 579	4 300	4 293	4 318
Selbstständige	4 152	4 000	3 907	3 864
Pendlersaldo	- 146	- 94	- 103	- 120
Erwerbstätige Inländer	45 123	44 735	44 834	45 185
Arbeitslose	2 267	2 701	2 704	2 510
Arbeitslosenquote BA ^a	5,0	5,9	5,9	5,5
Erwerbslose ^b	1 374	1 844	1 851	1 665
Erwerbslosenquote ^c	3,0	4,0	4,0	3,6

^a Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit). ^b Definition der ILO. ^c Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Erwerbslose).

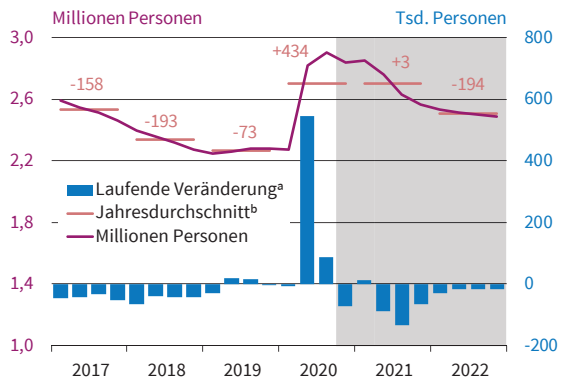
Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit; 2020 bis 2022: Prognose des ifo Instituts.

ifo Institut Dez. 2020

Abb. 3.24

Arbeitslose

Saisonbereinigter Verlauf



^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Tausend Personen.
^b Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Tausend Personen.
 Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des ifo Instituts;
 ab 4. Quartal 2020: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

vereinbarte Tarifverträge und statistische Überhänge aus dem Vorjahr zurück. Im Gegensatz hierzu ist die bisherige Tarifrunde 2020 von einer deutlichen Lohnzurückhaltung geprägt, wie z.B. der Abschluss in der Metall- und Elektroindustrie von März zeigt, in dem die Entgelttabellen des abgelaufenen Tarifvertrags ohne Entgeltsteigerung bis zum Jahresende wieder in Kraft gesetzt wurden. Darüber hinaus sieht die Tarifeinigung im Öffentlichen Dienst des Bundes und der Kommunen (TVöD) vom Oktober mit Ausnahme von Corona-Sonderzahlungen im Dezember, sowie der Einführung einer Pflegezulage keine Erhöhung der Tarifentgelte vor April 2021 vor. Des Weiteren dürfte die in einigen Tarifverträgen vereinbarte Aufstockung des Kurzarbeitergeldes (z.B. Einzelhandel, Bankgewerbe, Versicherungen und öffentlicher Dienst Gemeinden) keinen Einfluss auf den Tariflohnanstieg haben. Angesichts der wirtschaftlichen Situation dürften die Tarif-

ZUM EINSATZ DER KURZARBEIT WÄHREND DER CORONAKRISE

Das Ausmaß der Kurzarbeit ist in der Coronakrise auf ein neues Rekordhoch gestiegen. Im Zuge des ersten Shutdowns waren im April und im Mai 6,0 Millionen bzw. 5,7 Millionen Beschäftigte in Kurzarbeit. Damit lag die Zahl der Kurzarbeiter ein Vierfaches über dem bisherigen Höchststand aus dem Frühjahr 2009, als knapp 1,5 Millionen Personen in Kurzarbeit waren. Nach vorläufigen Hochrechnungen der Bundesagentur für Arbeit ging die Zahl der Kurzarbeiter in den Folgemonaten stark zurück (vgl. Abb. 3.25). Die erste, häufig noch sehr revisionsanfällige Hochrechnung der Bundesagentur für Arbeit weist für September 2,2 Millionen Kurzarbeiter aus. Im Gegensatz zur Finanzkrise, als über 80% der Kurzarbeiter im Verarbeitenden Gewerbe beschäftigt waren, wird Kurzarbeit in der Coronakrise über fast alle Wirtschaftszweige hinweg eingesetzt. Folglich waren etwa 40% der Kurzarbeiter im Verarbeitenden Gewerbe, jeder Dritte im Dienstleistungssektor und etwas mehr als jeder Zehnte im Handel beschäftigt.

Um das tatsächlich realisierte Ausmaß der Kurzarbeit am aktuellen Rand zu schätzen, hat das ifo Institut im Mai 2020 im Rahmen der monatlichen ifo Konjunkturumfrage begonnen, die Unternehmen nach dem aktuellen Einsatz von Kurzarbeit zu befragen. Seither gingen monatlich Angaben von etwa 7 000 Unternehmen zum aktuellen Einsatz der Kurzarbeit ein. Auf Basis dieser Angaben wird die Zahl der Kurzarbeiter im vorangegangenen Monat geschätzt. Mithilfe der ersten endgültigen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit zur Kurzarbeit im Mai sowie ihrer Hochrechnungen für die Folgemonate wurde die Berechnungsmethode der ifo Schätzung im Dezember evaluiert und

die Schätzwerte für die Vormonate revidiert (vgl. Link und Sauer, 2020).

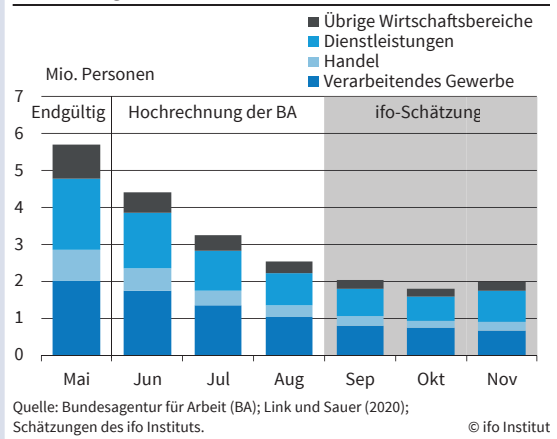
Nach der revidierten Methode dürfte es im November erstmals seit dem Frühjahr wieder zu einem leichten Anstieg auf 2,0 Millionen Kurzarbeiter gekommen sein, nachdem diese Zahl im September auf 2,0 Millionen und im Oktober auf 1,8 Millionen gefallen sein dürfte (vgl. Abb. 3.25).¹ Das entspricht einem Anteil von 5,9% aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland.

Ausschlaggebend für diesen Anstieg waren vor allem die Wirtschaftsbereiche, die stark von den verschärften Beschränkungen des öffentlichen und

¹ Die Ergebnisse der ifo Schätzung zur Kurzarbeit im November nach Wirtschaftszweigen und Regionen sowie die revidierten Werte für die Vormonate werden in Link und Sauer (2020) detailliert beschrieben.

Abb.3.25

Entwicklung der Kurzarbeit seit Mai 2020



Quelle: Bundesagentur für Arbeit (BA); Link und Sauer (2020); Schätzungen des ifo Instituts. © ifo Institut

wirtschaftlichen Lebens betroffen sind. Am meisten wurde das Gastgewerbe durch den Shutdown mit Komplettschließungen sowohl im Beherbergungsgewerbe als auch in der Gastronomie in Mitleidenschaft gezogen. Hier dürfte sich der Anteil der Kurzarbeiter an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im November relativ zum Vormonat mehr als verdoppelt haben und bei schätzungsweise 35,3% bzw. 374 000 Personen liegen. Auch im Handel kam es erstmals seit Mai wieder zu einem Anstieg der Kurzarbeit. Hier waren im November schätzungsweise 4,9% oder 224 000 Personen in Kurzarbeit, nach 197 000 im Oktober. Im Verarbeitenden Gewerbe dürfte sich dagegen der rückläufige Trend auch im November fortgesetzt haben. Der Anteil der Kurzarbeiter dürfte hier mit 9,8% bzw. 680 000 Personen erstmals seit Beginn der Coronakrise wieder unter der 10%-Marke liegen.

Insgesamt lag das Niveau der Kurzarbeit im Frühjahr deutlich unter dem in der ifo Herbstprognose angenommenen Niveau und ging in der Folge stärker als erwartet zurück, da sowohl die ersten Hochrechnungen der Bundesagentur für Arbeit als auch die Schätzungen des ifo Instituts auf Basis von Unter-

nehmensbefragungen zunächst z.T. deutlich höhere Kurzarbeiterzahlen ausgewiesen haben. Entsprechend fiel der Rückgang der Arbeitszeit je Arbeitnehmer im zweiten Quartal mit - 5,2% deutlich geringer aus noch bei der ersten Veröffentlichung im August vom Statistischen Bundesamt ausgewiesen (- 6,8%). Außerdem wurde der Anstieg der Arbeitszeit im dritten Quartal, der aktuell vom Statistischen Bundesamt auf + 5,3% beziffert wird, in der ifo Herbstprognose mit + 3,8% stark unterschätzt.

Diese günstiger als erwartet verlaufende Entwicklung bei der Kurzarbeit schlägt sich auch in den Effektivverdiensten nieder, da das Kurzarbeitergeld, das den Betroffenen einen Teil des Verdienstaufschlags ersetzt, in der VGR als monetäre Sozialleistung und nicht als Lohnbestandteil gezählt wird. Der Rückgang der Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer fiel im zweiten Quartal mit saisonbereinigt - 4,6% relativ zum Vorquartal deutlich geringer aus als noch im August vom Statistischen Bundesamt ausgewiesen (- 5,1%). Im Zuge des starken Abbaus der Kurzarbeit stiegen die Bruttolöhne und -gehälter im dritten Quartal wieder um 3,6% an und legten daher kräftiger zu als in der ifo Herbstprognose erwartet (+ 2,8%).

parteien auch in den anstehenden Tarifverhandlungen des kommenden Jahres einen stärkeren Fokus auf die Sicherung von Arbeitsplätzen legen. Vor diesem Hintergrund ist auch für das Jahr 2021 nur ein moderater Anstieg der Tariflöhne um 1,8% zu erwarten. Erst im Jahr 2022 dürften die Tariflöhne mit 2,4% wieder etwas dynamischer steigen.

Die effektiv gezahlten Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer werden in diesem Jahr erstmals überhaupt seit der Wiedervereinigung sinken. Ursächlich hierfür ist zuvorderst der massive Einsatz von Kurzarbeit (vgl. Box: Zum Einsatz der Kurzarbeit während der Coronakrise). Des Weiteren dürften der Umfang übertariflicher Zahlungen sowie die Löhne in nicht-tarifgebundenen Unternehmen deutlich abnehmen. In der Folge sind die Effektivverdienste je Arbeitnehmer im zweiten Quartal saisonbereinigt um 4,6% gegenüber dem Vorquartal zurückgegangen. Dies stellt den stärksten Rückgang seit Beginn der Vierteljah-

resrechnung im Jahr 1970 dar. Im Zuge des starken Abbaus der Kurzarbeit stiegen die Bruttolöhne und -gehälter im dritten Quartal wieder um 3,6%. Durch den tiefen Einbruch im zweiten Quartal ergibt sich im Durchschnitt des Gesamtjahres ein Rückgang von 0,4% gegenüber dem Vorjahr. Folglich dürfte der Effekt auf die Lohn drift mit mehr als - 2,3 Prozentpunkten im laufenden Jahr noch stärker sein als in der Finanzkrise. Im Zuge der prognostizierten wirtschaftlichen Erholung im Laufe des kommenden Jahres und dem damit einhergehenden Abbau der Kurzarbeit werden die Effektivverdienste im Jahr mit 3,3 % wieder kräftig steigen. Für das Jahr 2022 ist mit einer Zunahme der Effektivverdienste in Höhe von 2,9 % zu rechnen.

3.15 CORONAKRISE BELASTET STAATSHAUSHALT

Der öffentliche Haushalt wird im laufenden Jahr aufgrund der Coronakrise mit einem deutlichen Minus

Tab 3.13
Zur Entwicklung der Löhne (Inlandskonzept)
Veränderung gegenüber Vorjahr in %

	durchschnittliche Arbeitszeit	Verdienst je Arbeitnehmer	Verdienst je Stunde	Lohn drift (Arbeitnehmer)	Tariflohn (Monat)
2019	- 0,2	2,9	3,1	- 0,2	3,1
2020	- 2,6	- 0,4	2,3	- 2,3	1,9
2021	2,4	3,3	0,9	1,5	1,8
2022	0,5	2,9	2,4	0,5	2,4

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2020 bis 2022: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2020

von gut 160 Mrd. Euro bzw. 4,8% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt abschließen. Im weiteren Prognosezeitraum wird das Defizit dann auf 133 Mrd. bzw. 3,8% relativ zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2021 und 84 Mrd. Euro bzw. 2,3% im Jahr 2022 allmählich zurückgeführt.

Die Steuereinnahmen werden im laufenden Jahr um 6,9% zurückgehen. Hier machen sich zum einen die im Zuge der Coronakrise verminderten Arbeits- und Gewinneinkommen bemerkbar. So führen geringere Lohneinkommen zu einer niedrigeren Lohnsteuer und geringere Gewinne zu niedrigeren Einkommensteuern. Zum anderen führt der schwache Konsum zu einem verminderten Umsatzsteueraufkommen. Darüber hinaus belastet die im 2. Halbjahr 2020 abgesenkten Mehrwertsteuersätze die öffentlichen Haushalte im laufenden Jahr. Im kommenden Jahr werden die Steuereinnahmen dann vor allen Dingen aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Erholung um 5,9% zulegen. Neben der wirtschaftlichen Entwicklung wirkt sich auch die Rückkehr der Mehrwertsteuersätze zu ihren alten Werten einnahmesteigernd auf das Steueraufkommen aus. Des Weiteren ist mit einer Zahlung gewährter Stundungen der Umsatzsteuervorauszahlungen des Jahres 2020 zu rechnen.¹¹ Zu guter Letzt wird die CO₂-Bepreisung in den Bereichen Wärme und Verkehr das Aufkommen der sonstigen Produktionsabgaben steigern. Dem stehen allerdings Mindereinnahmen aufgrund der Teilabschaffung des Solidaritätszuschlags entgegen. Im Jahr 2022 wird das staatliche Steueraufkommen um 4,6% ansteigen. Hierfür zeichnet sich in erster Linie die wirtschaftliche Entwicklung verantwortlich.

Die Nettosozialbeiträge werden im laufenden Jahr um 1,8% zulegen. Einerseits wirken die gesunkene Bruttolohn- und Gehaltssumme, die Beitragssatzsenkung bei der Arbeitslosenversicherung sowie die Einführung eines Freibetrags für Betriebsrenten in der gesetzlichen Krankenversicherung aufkommensmindernd. Andererseits wirken die höheren Zahlungen von Kurzarbeitergeld aufkommenssteigernd, da auf diese auch die gesetzlichen Beiträge zu Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung zu leisten sind. Des Weiteren führt die Rentenerhöhung zum 1. Juli 2020 zu Mehreinnahmen der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung. Im Jahr 2021 werden die Nettosozialbeiträge um 2,0% steigen. In erster Linie ist dies durch die wieder zunehmenden Bruttolöhne und -gehälter bedingt. Darüber hinaus wirkt die Erhöhung des Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung einnahmesteigernd. Andererseits dämpft der Rückgang der Kurzarbeit für sich genommen die Einnahmen der Sozialversicherungen. Nachdem im Jahr 2022 keine Änderung der Beitragssätze der Sozialversicherungen bevorstehen, wird die Zunahme

der Nettosozialbeiträge in Höhe von 4,1% vor allem durch die Entwicklung der Bruttolohn- und -gehaltssumme geprägt.

Die empfangenen Vermögenseinkommen werden im laufenden Jahr um 8,8% unter dem Niveau des Vorjahres liegen, da die Zinseinnahmen des Staates stark rückläufig sind. Demgegenüber stehen deutliche Mehreinnahmen bei der Abführung der Deutschen Bundesbank. Im nächsten Jahr wird der Bundesbankgewinn dann wieder zu seiner alten Höhe von 2,5 Mrd. Euro zurückkehren, und die Zinseinnahmen werden weiterhin rückläufig sein. Damit werden die empfangenen Vermögenseinkommen auch in den kommenden beiden Jahren um 10% (2021) bzw. 1,9% (2022) zurückgehen.

Im Zuge der Maßnahmen zur Bekämpfung der Coronakrise expandieren die staatlichen Vorleistungen mit 13,9% stark. Zwar ist hier auch im kommenden Jahr noch mit deutlichen Corona-bedingten Mehrausgaben zu rechnen, jedoch kann das Niveau des laufenden Jahres nicht gehalten werden, weshalb die Vorleistungen um 0,8% sinken werden. Im Jahr 2022 sorgen dann vor allem zusätzliche Ausgaben im Rahmen des Konjunkturprogramms für einen Anstieg der staatlichen Vorleistungen von 2,7% gegenüber dem Vorjahr.

Die Arbeitnehmerentgelte steigen im Jahr 2020 mit 4,3% deutlich. Hierfür zeichnen sich die Tarifanpassungen im öffentlichen Dienst zu Beginn des Jahres und umfangreiche Personalaufstockungen verantwortlich. In den folgenden Jahren ist allerdings u.a. aufgrund der deutlich eingetrübten Haushaltslage des Staates mit eher geringen Lohnsteigerungen zu rechnen. Im Jahr 2021 werden die Arbeitnehmerentgelte dann mit 2,6% und im Jahr 2022 mit 2,1% zunehmen.

Die Subventionen werden im laufenden Jahr sehr kräftig ausgeweitet und steigen um 143,0% an. Nachdem der Staat sowohl im Frühjahr als auch am Ende des Jahres einen Shutdown verhängt und damit die Tätigkeit in einigen Wirtschaftsbereichen stark eingeschränkt hat, sollen Entschädigungszahlungen zumindest einen Teil der entgangenen Gewinne ersetzen. Bei diesen umfangreichen Maßnahmen sind insbesondere die Überbrückungs- und Soforthilfen zu nennen. Im Jahr 2021 werden die Subventionen dann mit – 15,8% zwar rückläufig sein. Allerdings befinden sie sich immer noch auf einem Niveau, das deutlich über dem von 2019 liegt. Dafür zeichnen sich vor allem die November- und Dezemberhilfen verantwortlich, die aus umgewidmeten Mitteln des Konjunkturprogramms gezahlt werden. Da erst mit einem Mittelabfluss im Januar 2021 zu rechnen ist, werden sich diese Hilfen auch erst im Jahr 2021 im Staatskonto bemerkbar machen. Des Weiteren stützt auch die Anhebung der EEG-Umlage die Subventionszahlungen ab dem kommenden Jahr. Im Jahr 2022 setzen die Subventionen mit einem Rückgang von 29,3% ihren Weg zur Normalisierung fort.

¹¹ Generell werden Steuerstundungen in den VGR phasengerecht verbucht und mindern nicht das Steueraufkommen. Bei der zu Beginn des Jahres 2020 gewährten Stundungen bzw. Rückzahlungen der Sondervorauszahlung der Umsatzsteuer ist dies nicht der Fall.

Im laufenden Jahr verzeichnen auch die monetären Sozialleistungen mit 9,2% einen deutlichen Anstieg. Dies ist insbesondere auf die Corona-bedingten Anpassungen der Regelungen zur Kurzarbeit zurückzuführen, die zu einer deutlichen Ausweitung der Zahlungen von Kurzarbeitergeld führen. Darüber hinaus macht sich hier auch die gestiegene Anzahl von Arbeitslosen bemerkbar. Zu guter Letzt sorgten auch die Rentenanpassung zum 1. Juli 2020 sowie die Erhöhung des Kindergelds zur Mitte des letzten Jahres für spürbare Mehrausgaben. Auch der in der zweiten Hälfte des laufenden Jahres anfallende Kinderbonus erhöht die monetären Sozialleistungen. Im kommenden Jahr werden zwar die Zahlungen im Zuge der Kurzarbeit geringer ausfallen. Andererseits wird aber die Rentenanpassung zur Mitte des Jahres 2020 noch nachwirken. Insgesamt werden die monetären Sozialleistungen damit im Jahr 2021 mit - 0,2% fast stagnieren bevor sie im Folgejahr um 2,1% zulegen werden.

Die sozialen Sachleistungen sind zu Beginn des Jahres nur moderat gestiegen, da viele medizinischen Behandlungen aufgeschoben wurden. Entsprechend folgt ein starker Anstieg im zweiten Halbjahr des lau-

fenden Jahres. Insgesamt liegen die sozialen Sachleistungen dann 4,0% über dem Wert des Vorjahres. Im kommenden Jahr ist im Zuge der Impfungen gegen Covid-19 eine deutliche Ausweitung der sozialen Sachleistungen von 8,2% zu erwarten. Zwar wirkt diese noch im Folgejahr nach. Jedoch ist auch mit einer beginnenden Normalisierung der sozialen Sachleistungen und damit nur noch einem Anstieg von 3,4% zu rechnen.

Die sonstigen laufenden Transfers sind in den Jahren 2020 und 2021 von steigenden Abführungen an die EU geprägt. Damit werden sie im laufenden Jahr um 11,4% und im kommenden um 13,6% zulegen. Im Jahr 2022 wird dann ein leichter Rückgang in Höhe von 0,2% folgen, womit die sonstigen laufenden Transfers weiterhin auf einem hohen Niveau liegen.

Die geleisteten Vermögenstransfers expandieren im Jahr 2020 mit 34,0% sehr stark. Hier machen sich diverse Posten des Konjunkturprogramms bemerkbar. So sorgen u.a. die Eigenkapitalerhöhung der Deutschen Bahn als auch die Förderung von Elektromobilität für Mehrausgaben. Im Jahr 2021 werden die geleisteten Vermögenstransfers aufgrund dieser Maß-

Tab 3.14

Ausgewählte finanzwirtschaftliche Indikatoren^a
in % des nominalen Bruttoinlandprodukts

	Staatseinnahmen			Staatsausgaben		Finanzierungs-saldo
	insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:	
		Steuern	Nettosozialbeiträge		Zinsausgaben	
2000	46,2	23,5	18,1	47,8	3,2	- 1,6
2001	44,4	21,8	17,9	47,4	3,0	- 3,0
2002	44,0	21,4	17,9	47,9	3,0	- 3,9
2003	44,6	21,5	18,2	48,3	2,9	- 3,7
2004	43,5	20,9	17,8	46,8	2,8	- 3,3
2005	43,5	21,2	17,5	46,8	2,8	- 3,3
2006	43,6	22,0	17,0	45,2	2,7	- 1,7
2007	43,7	22,8	16,2	43,4	2,7	0,3
2008	44,1	23,1	16,2	44,2	2,7	- 0,1
2009	45,0	22,8	17,0	48,2	2,6	- 3,2
2010	43,8	21,8	16,6	48,1	2,5	- 4,4
2011	44,4	22,3	16,4	45,2	2,5	- 0,9
2012	44,9	22,9	16,6	44,9	2,3	0,0
2013	45,0	23,0	16,6	44,9	1,8	0,0
2014	44,9	22,8	16,5	44,3	1,6	0,6
2015	45,1	23,1	16,6	44,1	1,4	1,0
2016	45,5	23,4	16,7	44,4	1,2	1,2
2017	45,6	23,5	16,9	44,2	1,0	1,4
2018	46,3	23,9	17,1	44,5	0,9	1,8
2019	46,7	24,0	17,3	45,2	0,8	1,5
2020	47,0	23,1	18,3	51,9	0,7	- 4,8
2021	46,3	23,2	17,7	50,1	0,6	- 3,8
2022	46,3	23,3	17,7	48,6	0,5	- 2,3

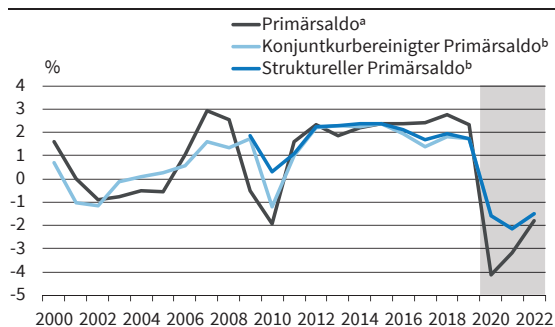
^a In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; 2020 bis 2022: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2020

Abb. 3.26

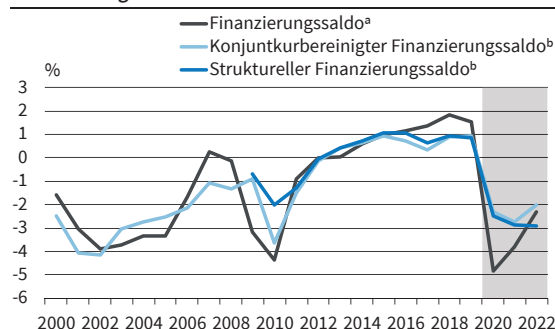
Primärsaldo



^a In % des Bruttoinlandsprodukts.
^b In % des Produktionspotenzials.
 Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;
 2020 bis 2022: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

Abb. 3.27

Finanzierungssaldo



^a In % des Bruttoinlandsprodukts.
^b In % des Produktionspotenzials.
 Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;
 2020 bis 2022: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

nahmen noch einmal mit 3,9% zulegen und dann im Jahr 2022 mit 0,7% fast stagnieren.

Die Bruttoinvestitionen werden im laufenden Jahr weiterhin expandieren, wenn auch nicht mehr so deutlich wie noch im Vorjahr. Nach einem Wachstum von 5,9% im laufenden Jahr wird sich dann das Tempo im weiteren Prognosezeitraum kaum verlangsamen, sodass die staatlichen Investitionen im Jahr 2021 um 4,5% und im Jahr 2022 um 4,8% wachsen werden. Insbesondere das Konjunkturprogramm soll die staatlichen Investitionen ab dem kommenden Jahr stützen. So sollen u.a. den Gemeinden Gelder zur Verfügung gestellt werden, um Einnahmeausfälle auszugleichen und geplante Infrastrukturprojekte realisieren zu können. Es ist davon auszugehen, dass diese Maßnahmen sich positiv auf die staatliche Investitionstätigkeit auswirken werden. Jedoch scheint es unrealistisch, dass an jedem vor der Coronakrise geplanten Investitionsvorhaben festgehalten werden wird.

In diesem Jahr wird der Staat somit seine Aktivität im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt zunächst deutlich ausweiten und im weiteren Prognosezeitraum nur allmählich wieder zurückführen. So steigen insbesondere die staatlichen Ausgaben im laufenden Jahr in Relation zum Bruttoinlandsprodukt um 7 Prozentpunkte auf 51,9%, bevor sie im Jahr 2022 wieder auf 48,6% zurückgehen (vgl. Tab. 3.14). Damit

befinden sie sich auch am Ende des Prognosezeitraumes noch deutlich über dem Schnitt der vergangenen 20 Jahre. Auch die staatlichen Einnahmen nehmen im Jahr 2020 gegenüber dem Bruttoinlandsprodukt noch einmal leicht zu. Dies ist vor allem auf die in Relation zum Bruttoinlandsprodukt stark steigenden Sozialbeiträge zurückzuführen, die von den steigenden Zahlungen des Kurzarbeitergeldes profitieren. Gleichzeitig sinken die Steuereinnahmen krisenbedingt auf 23,1% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Im kommenden Jahr werden sich dann die Einnahmen um 0,7 Prozentpunkte verringern, da auch die Sozialbeiträge mit dem sinkenden Kurzarbeitergeld um 0,6 Prozentpunkte fallen. Die Steuereinnahmen steigen hingegen leicht an. So bringt zwar die Teilabschaffung des Solidaritätszuschlags eine deutliche Entlastung der Steuerzahler*innen. Jedoch werden Unternehmen und Haushalte mit der CO₂-Bepreisung für sich genommen mehr belastet. Der Maastrichtschuldenstand wird im laufenden Jahr im Zuge der umfangreichen staatlichen Ausgabenpakete, der Kreditprogramme und der Beteiligungen auf etwa 70% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt steigen. Im weiteren Prognosezeitraum wird der Schuldenstand dann in Relation zum Bruttoinlandsprodukt wieder deutlich sinken. Jedoch ist hier die Bandbreite, in der sich der Schuldenstand bewegen könnte, durch

Tab 3.15

Finanzierungssaldo, struktureller Finanzierungssaldo und struktureller Primärsaldo des Staates 2020–2022 in Mrd. Euro

	Sommer 2020			Winter 2020			
	2019	2020	2021	2019	2020	2021	2022
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo	50,4	-175,8	-76,5	52,5	-160,5	-133,0	-84,3
Konjunkturkomponente ^a	29,1	-98,7	-17,7	18,4	-81,4	-34,0	-9,9
Struktureller Finanzierungssaldo	18,9	94,2	-7,3	32,0	-80,7	-98,6	-73,8
Struktureller Primärsaldo	46,0	120,2	14,5	59,0	-56,3	-77,4	-55,0
<i>nachrichtlich:</i> konjunkturbereinigter Finanzierungssaldo	18,7	-80,2	-58,0	32,0	-80,7	-98,6	-73,8
<i>nachrichtlich:</i> konjunkturbereinigter Primärsaldo	45,8	-54,2	-36,1	59,0	-56,3	-77,4	-55,0

^a Berechnet mit einer Budgetsemielastizität von 0,504.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; 2020 bis 2022: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2020

die Kredit- und Bürgschaftsprogramme recht hoch. Dabei erhöhen die Kredite sofort den Schuldenstand, wenn sie in Anspruch genommen werden und verringern ihn bei ihrer Rückzahlung entsprechend. Auch staatliche Beteiligungen wirken sich direkt auf den Schuldenstand aus. Die Bürgschaften hingegen beeinflussen auch nur dann den Bruttoschuldenstand, wenn sie tatsächlich fällig werden.

Im Vergleich zur ifo Sommerprognose ist die Einschätzung bezüglich des gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos in diesem Jahr etwas optimistischer (vgl. Tab. 3.15). Anders verhält es sich mit dem Finanzierungssaldo im Jahr 2021, der im Zuge der Neubewertung der gesamtwirtschaftlichen Lage und nach der Ankündigung weiterer staatlicher Maßnahmen deutlich nach unten revidiert wurde. Darüber hinaus haben sich die strukturellen Finanzierungssalden im Vergleich zur Sommerprognose deutlich eingetrübt. Hierfür ist eine andere Klassifizierung der Maßnahmen zur Bewältigung der Coronakrise verantwortlich. Wurden diese im Sommer noch als Einmaleffekte betrachtet, werden sie jetzt nicht mehr als solche eingeordnet. Zwar ist es dadurch nicht mehr möglich die langfristige Ausrichtung der Fiskalpolitik und den Zustand der Staatsfinanzen abzulesen. Jedoch kann hierdurch die Veränderung der strukturellen Salden besser genutzt werden, um den kurzfristigen Ausrichtungsgrad der Finanzpolitik zu bestimmen (vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2020). In Relation zum Produktionspotenzial wird sich der strukturelle Primärsaldo im laufenden Jahr um 3,3 Prozentpunkte verringern. Im Jahr 2021 wird er dann um weitere 0,6 Prozentpunkte absinken, bevor er im Jahr 2022 um 0,7 Prozentpunkte steigen wird (vgl. Abb. 3.26). Der strukturelle Finanzierungssaldo bietet ein ähnliches Bild. So wird er von 0,9% im Jahr 2019 über -2,3% im Jahr 2020 auf -2,0% im Jahr 2022 relativ zum Produktionspotenzial zurückgehen (vgl. Abb. 3.27).

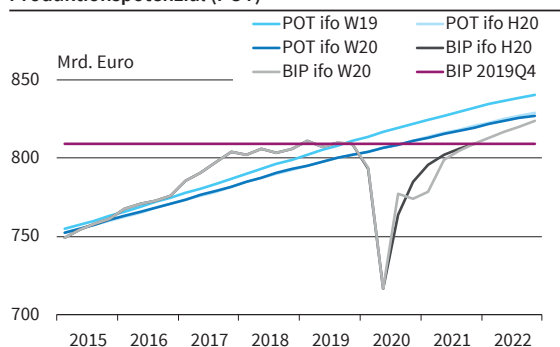
4. Potenzialschätzung und Mittelfristprojektion

Das Produktionspotenzial wird in Anlehnung an die von der Gemeinschaftsdiagnose entwickelte Methodik geschätzt und bis zum Jahr 2024 fortgeschrieben (vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2016). Diese basiert auf dem Ansatz der EU Kommission, der den gesamtwirtschaftlichen Output anhand einer Produktionsfunktion ermittelt. Als Inputs werden die Totale Faktorproduktivität, der Kapitalstock und das Arbeitsvolumen verwendet. Letzteres ist vor allem durch die Anzahl der Erwerbstätigen und deren durchschnittliche Arbeitszeit bestimmt. Die grundsätzlichen Parameter und Annahmen sind gegenüber der Gemeinschaftsdiagnose vom Herbst 2020 und zur ifo Sommerprognose 2020 nahezu unverändert geblieben (vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2020, Wollmershäuser et al. 2020). So wird bei der Einschätzung der zukünftigen Bevölkerungsentwicklung auf die Variante 2 (G2-L2-W2) der 14. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts und der statistischen Ämter der Länder (kBV) zurückgegriffen. Die aktuelle Wanderungstatistik deutet jedoch darauf hin, dass die Coronakrise einen negativen Einfluss auf den Wanderungssaldo haben wird. Abweichend von der Bevölkerungsvorausberechnung wird daher für das Jahr 2020 ein um 141 000 Personen geringer Wanderungssaldo von 200 000 Personen unterstellt. Für die kommenden Jahre wird überdies angenommen, dass rund die Hälfte der im Jahr 2020 unterbliebenen Wanderung bis zum Ende des Projektionszeitraums gleichmäßig nachgeholt wird. Unter diesen Annahmen wird die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15–74 Jahre) noch bis 2022 steigen und anschließend allmählich sinken.

Die Corona-induzierte Abwärtsrevision der Kurzfristprognose im Vergleich zur ifo Winterprognose 2019 ergibt ebenfalls eine deutliche Abwärtsrevision des Produktionspotenzials (vgl. Tab. 4.1 und Abb. 4.1) – für das Jahr 2021 liegt dieses 47 Mrd.

Abb. 4.1

Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt (BIP) und Produktionspotenzial (POT)



W: Winterprognose; H: Herbstprognose

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

Tab 4.1

Veränderung der Potenzialschätzung für das Jahr 2021 im Vergleich zur ifo Konjunkturprognose Winter 2019

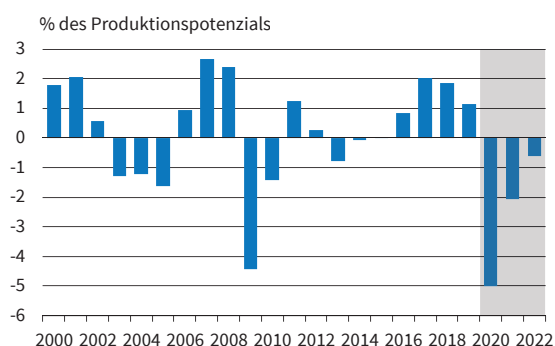
	Prozent(-punkte)	Mrd. Euro
Produktionspotenzial	- 1,4	- 47,5
Beiträge:		
Kapitalstock	- 0,1	- 3,5
Arbeitsvolumen	- 0,5	- 18,0
Totale Faktorproduktivität	- 0,8	- 26,1
nachrichtlich:	Anstieg der Trenderwerbslosenquote im Jahr 2021 von 2,9 auf 3,5 Prozent um 0,6 Prozentpunkte	
	Rückgang der trendmäßigen Beschäftigung im Jahr 2021 von 45,4 auf 45,0 Mio. Personen um 400 Tausend	

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2020

Abb. 4.2

Produktionslücke



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; 2020 bis 2022: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

Euro bzw. 1,4% unter dem der ifo Winterprognose 2019. Die Zerlegung der Revision auf die Produktionsfaktoren sowie die Totale Faktorproduktivität zeigt, dass die Potenzialrevision insbesondere auf die Veränderung der Totalen Faktorproduktivität und des Trendarbeitsvolumens zurückgeführt werden kann. Letzteres geht insbesondere auf einen Rückgang der trendmäßigen Erwerbstätigkeit zurück. Diese ist

im Jahr 2021 um 406 000 Personen geringer als in der ifo Winterprognose unterstellt. Analog dazu ist die Trenderwerbslosenquote um 0,6 Prozentpunkte höher.

Auch wenn diese Potenzialrevision im Wesentlichen das Ergebnis eines statistischen Verfahrens ist und auch auf die Prozyklizität der verwendeten Zeitreihenfilter zurückzuführen ist (vgl. Europäische Kommission 2019, Kapitel 3.3), kann es hierfür in einer ausgeprägten Konjunkturkrise durchaus auch ökonomische Gründe geben (vgl. Bodnár et al. 2020). Im Unterschied zu früheren Rezessionen ist die Coronakrise maßgeblich auf den Shutdown und damit auch auf angebotsseitige Ursachen zurückzuführen (vgl. Box: Coronakrise aus der Perspektive des ifo-DSGE-Modells sowie Box: Coronakrise aus Sicht der Unternehmen). Zwar waren die staatlich angeordneten Schließungen von Betriebsstätten und sonstige Angebotseinschränkungen vielfach zeitlich begrenzt. Und so spricht auch die rasche Erholung im dritten Quartal dafür, dass viele Unternehmen mit der Lockerung der Maßnahmen ihre Umsätze wieder kräftig ausweiten und teilweise entgangene Geschäfte

Tab 4.2

Erwerbstätige, Produktivität und Wirtschaftswachstum

	Erwerbstätige (Inland)	Beschäftigte Arbeitnehmer (Inland)	Arbeitszeit je Erwerbstätigen	Bruttoinlandsprodukt				
				Preisbereinigt, verkettete Volumenwerte			in jeweiligen Preisen	Deflator
				Insgesamt	je Erwerbstätigen	je Erwerbstätigenstunde		
				Mill.	Stunden	Mrd. Euro	Euro	Mrd. Euro
2013	42,350	37,855	1 396,5	2 917,2	68 884	49	2 811,4	96,4
2019	45,269	41,117	1 382,8	3 232,3	71 401	52	3 449,1	106,7
2025	45,086	41,241	1 372,1	3 371,4	74 777	54	3 905,6	115,8
Veränderung insgesamt in %								
2019/2013	6,9	8,6	- 1,0	10,8	3,7	4,7	22,7	10,7
2025/2019	- 0,4	0,3	- 0,8	4,3	4,7	5,5	13,2	8,6
Jahresdurchschnittliche Veränderung in %								
2019/2013	1,1	1,4	- 0,2	1,7	0,6	0,8	3,5	1,7
2025/2019	- 0,1	0,1	- 0,1	0,7	0,8	0,9	2,1	1,4

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts; Zeitraum 2025/2019: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Dez. 2020

Tab 4.3

Verwendung des nominalen Bruttoinlandsprodukts

Jahr	Bruttoinlands- produkt	Konsumausgaben		Bruttoinvestitionen			Außen- beitrag
		Private Haushalte	Staat	Insgesamt	Bruttoanlage- investitionen	Vorrats- veränderung	
Mrd. Euro							
2013	2.811,4	1.533,8	551,9	563,8	559,5	4,3	161,9
2019	3.449,1	1.806,9	704,5	737,7	748,0	- 10,3	199,9
2025	3.905,6	2.043,1	827,7	797,2	892,8	- 95,7	237,7
Anteile am BIP in %							
2013	100,0	54,6	19,6	20,1	19,9	0,2	5,8
2019	100,0	52,4	20,4	21,4	21,7	- 0,3	5,8
2025	100,0	52,3	21,2	20,4	22,9	- 2,4	6,1
Veränderung insgesamt in %							
2019/2013	22,7	17,8	27,7	30,9	33,7	-	-
2025/2019	13,2	13,1	17,5	8,1	19,4	-	-
Jahresdurchschnittliche Veränderung in %							
2019/2013	3,5	2,8	4,2	4,6	5,0	-	-
2025/2019	2,1	2,1	2,7	1,3	3,0	-	-

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts; Zeitraum 2025/2019: Prognose des ifo Instituts.

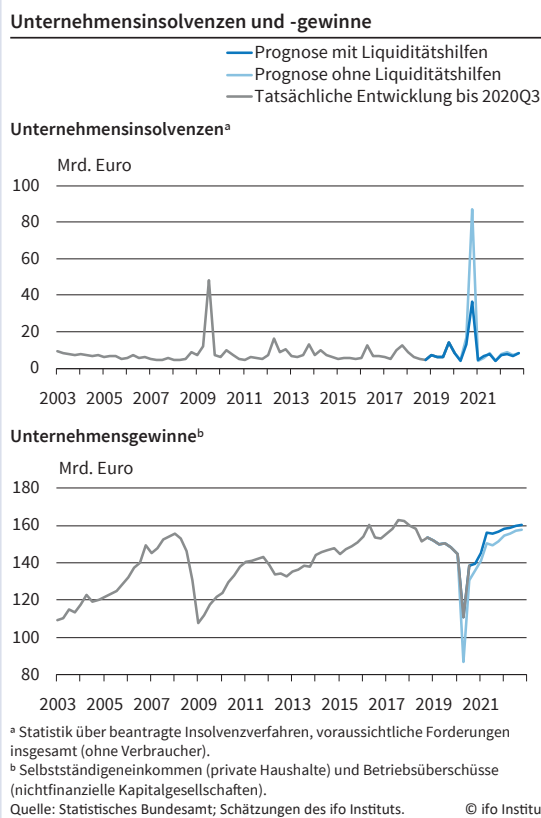
© ifo Institut Dez. 2020

ZUR PROGNOSE DES INSOLVENZGESCHEHENS IN DER CORONAKRISE

In Konjunkturkrisen nimmt üblicherweise das Insolvenzgeschehen zu, da die schwächsten Unternehmen ihren Zahlungsverpflichtungen infolge der krisenbedingten Umsatz- und Gewinnrückgänge nicht mehr nachkommen können. So stiegen in Deutschland im Zuge der Weltfinanzkrise die voraussichtlichen Forderungen aus beantragten Insolvenzverfahren (gegen alle Schuldner ohne Verbraucher) im Jahr 2009 auf 75 Mrd. Euro, nachdem sie in den fünf Jahren zuvor im Schnitt bei 25 Mrd. Euro lagen. Auch in der derzeitigen Krise, deren Ausmaß eine ganz ähnliche Größenordnung wie im Jahr 2009 annimmt, dürften die Unternehmensinsolvenzen zunehmen. Zwar liegt derzeit die amtliche Statistik über beantragte Insolvenzverfahren bereits bis einschließlich August vor. Mit Ausnahme des Insolvenzantrags der Wirecard AG, der mit etwas mehr als 10 Mrd. Euro zu Buche schlägt, ist jedoch das Insolvenzgeschehen bislang unauffällig und sogar rückläufig. Neben dem eingeschränkten Betrieb der Insolvenzgerichte während der Corona-Pandemie dürfte sich hierin insbesondere die seit 1. März 2020 geltende Aussetzung der Insolvenzantragspflicht auswirken (vgl. Statistisches Bundesamt 2020). Von dieser Maßnahme der Bundesregierung profitierten bis Ende September 2020 alle Unternehmen, die infolge der Corona-Pandemie überschuldet oder zahlungsunfähig wurden. Anfang Oktober wurde die Aussetzung bis Jahresende verlängert, wengleich die Gültigkeit der Maßnahme auf den Insolvenzgrund der Überschuldung begrenzt wurde. Insgesamt ist allerdings davon

auszugehen, dass durch das bloße Aussetzen der Antragspflicht nicht die wahren Ursachen der Insolvenz

Abb. 4.3



bekämpft werden, sondern vielmehr die Folgen der Krise zeitlich verschoben werden.

Mit Hilfe eines Zeitreihenmodells soll im Folgenden untersucht werden, welches Insolvenzgeschehen als Folge der Coronakrise auf der Basis von Zusammenhängen der Vergangenheit zu erwarten gewesen wäre. Zu diesem Zweck wurde ein vektorautoregressives Zeitreihenmodell spezifiziert, das neben den Forderungen aus Insolvenzverfahren das preis-, saison- und kalenderbereinigte Bruttoinlandsprodukt und die aus der Sektorrechnung entnommen Unternehmensgewinne beinhaltet. Das Modell wurde mit vierteljährlichen Daten von 2003 bis zum ersten Quartal 2020 mittels bayesianischer Methoden geschätzt; alle Variablen gehen logarithmiert in Niveaus unter Berücksichtigung von vier Verzögerungen ein. Basierend auf der Modellschätzung wurde anschließend eine Prognose über den Verlauf der Forderungen aus Insolvenzverfahren berechnet, welche bedingt ist auf den tatsächlichen und, ab dem vierten Quartal 2020, den in dieser Prognose unterstellten Verlauf des Bruttoinlandsprodukts sowie dem bis zum dritten Quartal 2020 tatsächlich beobachteten Verlauf der Unternehmensgewinne.¹ Abbildung 4.3 zeigt, dass es im dritten und vierten Quartal 2020 zu einem kräftigen Anstieg der Unternehmensinsolvenzen hätte kommen müssen. Auf das Gesamtjahr hochgerechnet hätten die Forderungen aus Insolvenzverfahren auf einen Umfang von knapp 62 Mrd. Euro zunehmen müssen, nach 34 Mrd. Euro im Jahr 2019. Da nach derzeitigem Stand das Aussetzen der Insolvenzantragspflicht ab Oktober in eingeschränkter Form bis 31. Dezember 2020 fortbesteht, ist mit einem verzögerten, aber signifikanten Anstieg der Insolvenzfälle spätestens zu Beginn des Jahres 2021 zu rechnen.

¹ Für methodische Details siehe Bañbura et al. (2015).

Im Gegensatz zum Aussetzen der Insolvenzantragspflicht dürften die Sofort- und Überbrückungshilfen des Bundes und der Länder einen bedeutenderen Einfluss auf das Insolvenzgeschehen haben. In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden diese staatlichen Liquiditätshilfen als durch nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften und private Haushalte empfangene sonstige Subventionen erfasst. Diese lagen im zweiten und dritten Quartal um zusammengekommen 32 Mrd. Euro über den ansonsten weitgehend konstant fließenden Zahlungen des Staates an die Unternehmen. Ökonomisch gesehen erhöhen sie die Unternehmensgewinne um genau diesen Betrag und wirken einer Zahlungsunfähigkeit unmittelbar entgegen. Um die Auswirkungen der staatlichen Liquiditätshilfen auf das Insolvenzgeschehen abzuschätzen, wurde im Rahmen der Prognose mit dem vektorautoregressiven Modell ein kontrafaktischer Verlauf der Unternehmensgewinne im zweiten und dritten Quartal 2020 unterstellt, der den tatsächlichen Gewinnen abzüglich der empfangenen staatlichen Liquiditätshilfen entspricht. Der Verlauf des Bruttoinlandsprodukts wurde nicht geändert. Abbildung 4.3 zeigt, dass durch den stärkeren Gewinneinbruch der Anstieg der Unternehmensinsolvenzen insbesondere im vierten Quartal 2020 noch kräftiger ausgefallen wäre. Auf das Gesamtjahr hochgerechnet hätten sich die Forderungen aus Insolvenzverfahren auf knapp 116 Mrd. Euro nahezu verdoppeln müssen im Vergleich zu einer Situation ohne Liquiditätshilfen. Aus diesem Ergebnis kann geschlossen werden, dass die Sofort- und Überbrückungshilfen des Bundes und der Länder einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung des Produktionspotenzials geleistet haben dürften. Die bevorstehende Insolvenzwelle dürfte damit spürbar abgeflacht werden.

sogar nachholen konnten. Allerdings ist die Gefahr groß, dass Unternehmen insbesondere in den Wirtschaftsbereichen, in denen die Beschränkungen fortbestanden bzw. in denen eine Erholung der Nachfrage infolge von Präferenzverschiebungen der Konsumenten unterblieb, die Krise nicht überstehen werden und Insolvenz anmelden müssen. So berichten 15% der vom ifo Institut im November befragten Unternehmen, dass die mit der Coronakrise einhergehenden Beschränkungen für sie existenzbedrohend sind. Damit würden sich die temporären Angebotschocks in permanente umwandeln. Insolvenzen verringern für sich genommen die Produktionsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft und wirken daher dämpfend auf das Produktionspotenzial. Dies gilt vor allem dann, wenn die im Zuge der Insolvenzen freiwerdenden Ressourcen nicht unmittelbar eine neue Verwendung finden. So ist insbesondere bei einem durch die Krise beschleunigten Strukturwandel davon auszugehen, dass

die mit den Insolvenzen einhergehenden Entlassungen aufgrund eines qualifikatorischen Mismatches zunächst keine Neuanstellung in anderen (vom Strukturwandel profitierenden) Wirtschaftsbereichen finden und die Arbeitslosigkeit zumindest mittelfristig erhöhen. Das von der Bundesregierung beschlossene Aussetzen der Insolvenzantragspflicht dürfte nur dazu beitragen, dass die Statistik über beantragte Insolvenzverfahren derzeit die eigentlich zu erwartenden Konsequenzen der Krise verschleiert. Mit dem Auslaufen dieser Regelung dürfte allerdings spätestens im kommenden Jahr das Insolvenzgeschehen deutlich zunehmen (vgl. Box: Zur Prognose des Insolvenzgeschehens in der Coronakrise).

Für die Jahre 2020 und 2021 wird die Wachstumsrate des Produktionspotenzials auf 1,1% geschätzt. Im Jahr 2022 fällt sie zunächst leicht auf rund 1%, und nimmt dann zum Ende des Projektionszeitraums im Jahr 2025 deutlich auf lediglich 0,6% ab. Während

die Totale Faktorproduktivität und der Kapitalstock anhaltend positiv zum Potenzialwachstum beitragen, nimmt der Beitrag des Arbeitsvolumens bereits seit dem Jahr 2018 ab; ab dem Jahr 2022 wird er sogar negativ. Der Rückgang des Arbeitsvolumens geht dabei vor allem auf einen spürbar negativen Beitrag der durchschnittlichen Arbeitszeit zurück – die restlichen Komponenten des Arbeitsvolumens liefern hingegen noch leicht positive Beiträge. Ab dem Jahr 2023 tragen jedoch auch die sinkende Erwerbsbevölkerung und die rückläufige Partizipationsquote negativ zum Wachstum des Arbeitsvolumens bei.

Die vom ifo Institut geschätzte Produktionslücke stieg seit 2015 kontinuierlich, erreichte 2017 mit rund 2% ihren Höhepunkt (vgl. Abb. 4.2) und ist anschließend bis ins Jahr 2019 wieder auf 1,1% gefallen. Für das Jahr 2020 ergibt sich eine massive Unterauslastung der Produktionskapazitäten in Höhe von gut 5%, die bis zum Ende des Projektionszeitraums im Jahr 2025 allmählich abgebaut wird. Die gesamtwirtschaftliche Produktion dürfte im Mittel der Jahre 2019 bis 2025 mit einer Rate von 0,7% zunehmen und damit deutlich unter der des Produktionspotenzials liegen (vgl. Tab. 4.2). Mit Blick auf die Verwendungsseite zeigt sich, dass alle Verwendungskomponenten im Projektionszeitraum deutlich hinter dem Wachstum des Zeitraums von 2013 bis 2019 zurückbleiben (vgl. Tab. 4.3). Die Anteile der Bruttoinvestitionen und des Außenbeitrages am Bruttoinlandsprodukt bleiben im Projektionszeitraum in etwa konstant. Dahingegen steigt der Anteil der öffentlichen Konsumausgaben deutlich um gut 1,6 Prozentpunkt zu Lasten der privaten Konsumausgaben, deren Anteil um gut 2,2 Prozentpunkt sinken dürfte.

Abgeschlossen am Freitag, 11. Dezember 2020

LITERATUR

- Balleer, A., Link, S., M. Menkhoff und P. Zorn (2020), »Demand or Supply? Price Adjustment during the Covid-19 Pandemic«, Working Paper, verfügbar unter: <https://sites.google.com/view/sebastianlink/home/research>, aufgerufen am 11. Dezember 2020.
- Bañura, M., D. Giannone und M. Lenza (2015), »Conditional forecasts and scenario analysis with vector autoregressions for large cross-sections«, *International Journal of Forecasting* 31(3), 739–756.
- Bank of England (2020), *Monetary Policy Report*, November 2020, 5. November.
- Bodnár, K., J. Le Roux, P. Lopez-Garcia und B. Szörfi (2020), »The impact of COVID-19 on potential output in the euro area«, *Economic Bulletin Articles*, European Central Bank, Nr. 7.
- Bragoli, D. (2017), »Now-casting the Japanese economy«, *International Journal of Forecasting* 33(2), 390–402.
- Bragoli, D. und M. Modugno (2017), »A now-casting model for Canada: Do U.S. variables matter?«, *International Journal of Forecasting* 33(4), 786–800.
- Bundesagentur für Arbeit (2020), *Blickpunkt Arbeitsmarkt- Monatsberichte zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt*, Nürnberg, November 2020.
- Bureau of Labor Statistics (2020), »Effects of COVID-19 Pandemic and Response on the Consumer Price Index«, BLS Information, 10. Juni, verfügbar unter: <https://www.bls.gov/covid19/effects-of-covid-19-pandemic-on-consumer-price-index.htm>, aufgerufen am 3. Dezember 2020.
- Camacho, M. und G. Pérez-Quirós (2010), »Introducing the EURO-STING: Short Term Indicator of Euro Area Growth«, *Journal of Applied Econometrics* 25(4), 663–694.
- Carstensen, K., S. Henzel, J. Mayr und K. Wohlrabe (2009), »IFOCAS: Methoden der ifo-Kurzfristprognose«, *ifo Schnelldienst* 62(23), 15–28.
- Cavallo, A. (2020), »Inflation with Covid Consumption Baskets«, NBER Working Paper Nr. 27352.
- Çelik, S. und M. Isaksson (2019), *Corporate Bond Markets in a Time of Unconventional Monetary Policy*, OECD Capital Market Series, OECD Publishing, Paris.
- Dahlhaus, T., J. D. Guénette und G. Vasishtha (2017), »Nowcasting BRIC+M in real time«, *International Journal of Forecasting* 33(4), 915–935.
- Deutsche Bundesbank (2020a), »Perspektiven der deutschen Wirtschaft für die Jahre 2020 bis 2022«, *Monatsbericht*, Juni 2020.
- Deutsche Bundesbank (2020b), »Wirkung der vorübergehenden Mehrwertsteuersenkung auf die Verbraucherpreise«, *Monatsbericht*, November 2020.
- Europäische Kommission (2019), »European Economic Forecast, Autumn 2019«, Institutional Paper 115.
- Eurostat (2020), »Guidance on the Compilation of the HICP in the Context of the COVID-19 Crisis«, Methodological Note, Directorate C, Unit C4, 3. April.
- Focus Economics (2020a), *Consensus Forecast – Major Economies*, Juli.
- Focus Economics (2020b), *Consensus Forecast – Major Economies*, Oktober.
- Fuest, C., F. Neumeier und D. Stöhlker (2020), »Die Preiseffekte der Mehrwertsteuersenkung in deutschen Supermärkten: Eine Analyse für mehr als 60 000 Produkte«, *ifo Schnelldienst digital*, 1(13).
- Giannone, D., L. Reichlin und D. Small (2008), »Nowcasting: the real-time informational content of macroeconomic data«, *Journal of Monetary Economics* 55(4), 665–676.
- Hale, T., N. Angrist, E. Cameron-Blake, L. Hallas, B. Kira, S. Majumdar, A. Petherick, T. Phillips, H. Tatlow, T. Boby und S. Webster (2020), »Variation in government responses to COVID-19«, BSG Working Paper Series, 2020/032, Version 9.0.
- International Monetary Fund (2020), *World Economic Outlook: A Long and Difficult Ascent*, Washington, D.C., Oktober.
- Lehmann, R., M. Reif und T. Wollmershäuser (2020), »ifoCAST: Der neue Prognosestandard des ifo Instituts«, *ifo Schnelldienst* 73(11), 31–39.
- Link, S. und S. Sauer (2020), »Lockdown light' lässt Kurzarbeit im November wieder etwas ansteigen«, *ifo Schnelldienst* 73(12), 58–63.
- Nebehay, S. und M. Shields (2020), »Europe, North American should learn from Asia on COVID-19 – WHO expert«, Pressemitteilung, 20. Oktober, verfügbar unter: <https://www.reuters.com/article/us-health-coronavirus-who/europe-north-america-should-learn-from-asia-on-covid-19-who-expert-idUSKBN27425E>, aufgerufen am 7. Dezember.
- Organisation for Economic Co-operation and Development (2019), *OECD Economic Outlook* 1(105), OECD Publishing, Paris.

Organisation for Economic Co-operation and Development (2020), *OECD Economic Outlook* (2), Preliminary version, Nr. 108, OECD Publishing, Paris.

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2020), *Erholung verliert an Fahrt – Wirtschaft und Politik weiter im Zeichen der Pandemie – Stand: Herbstgutachten der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose*, 14. Oktober, Kiel.

Reinsdorf, M. (2020), »COVID-19 and the CPI: Is Inflation Underestimated?«, IMF Working Paper WP/20/224.

Schumacher, C. und J. Breitung (2008), »Real-time forecasting of German GDP based on a large factor model with monthly and quarterly data«, *International Journal of Forecasting* 24(3), 386–398.

Statistisches Bundesamt (2020a), »1. Halbjahr 2020: Ausgesetzte Antragspflicht führt zu weniger gemeldeten Unternehmensinsolvenzen als im Vorjahreszeitraum«, Pressemitteilung, 10. September.

Statistisches Bundesamt (2020b), »Auswirkungen der Mehrwertsteuererhöhung auf die Verbraucherpreise«, Pressemitteilung, 15. Juni, verfügbar unter: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/06/PD20_215_611.html, aufgerufen am 10. Dezember 2020.

Wollmershäuser, T. (2020a), »ifo Konjunkturprognose Frühjahr 2020: Konjunktur bricht ein«, *ifo Schnelldienst digital* 1 (1).

Wollmershäuser, T. (2020b), »ifo Konjunkturprognose Herbst 2020: Deutsche Wirtschaft weiter auf Erholungskurs«, *ifo Schnelldienst digital* 1(11), 1–11.

Wollmershäuser, T., F. Eckert, M. Götttert, C. Grimme, C. Krolage, S. Lautenbacher, R. Lehmann, S. Link, H. Mikosch, S. Neuwirth, W. Nierhaus, A.-C. Rathje, M. Reif, R. Sauer, M. Stöckli, K. Wohlrabe und A. Wolf (2019), »ifo Konjunkturprognose Winter 2019: Deutsche Konjunktur stabilisiert sich«, *ifo Schnelldienst* 72(24), 27–89.

Wollmershäuser, T., M. Götttert, C. Grimme, C. Krolage, S. Lautenbacher, R. Lehmann, S. Link, A.-C. Rathje, M. Reif, A. Sandqvist, R. Sauer, M. Stöckli und A. Wolf (2020), »ifo Konjunkturprognose Sommer 2020: Deutsche Wirtschaft – es geht wieder aufwärts«, *ifo Schnelldienst* 73, Sonderausgabe, Juli.

TABELLENANHANG
Hauptaggregate der Sektoren

Mrd. EUR

	Gegenstand der Nachweisung	2019				
		Gesamte Volkswirtschaft	Nicht-finanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
		S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 =	Bruttowertschöpfung	3 106,2	2 107,3	347,1	651,7	-
2 -	Abschreibungen	639,8	372,7	79,5	187,6	-
3 =	Nettowertschöpfung 1)	2 466,3	1 734,6	267,6	464,1	- 199,9
4 -	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 845,2	1 337,7	271,5	235,9	14,1
5 -	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	25,9	16,0	0,3	9,5	-
6 +	Empfangene sonstige Subventionen	28,4	26,5	0,2	1,8	-
7 =	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	623,7	407,3	- 4,1	220,4	- 214,0
8 +	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 845,9	-	-	1 845,9	13,3
9 -	Geleistete Subventionen	30,8	-	30,8	-	5,6
10 +	Empfangene Produktions- und Importabgaben	369,7	-	369,7	-	7,1
11 -	Geleistete Vermögenseinkommen	687,5	640,2	27,5	19,8	210,1
12 +	Empfangene Vermögenseinkommen	782,0	382,2	22,0	377,8	115,6
13 =	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 903,0	149,4	329,3	2 424,3	- 293,7
14 -	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	446,1	93,6	-	352,5	11,8
15 +	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	457,4	-	457,4	-	0,4
16 -	Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	730,8	-	-	730,8	4,4
17 +	Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	732,2	133,8	597,5	0,8	3,0
18 -	Geleistete monetäre Sozialleistungen	613,6	67,3	545,4	0,8	0,6
19 +	Empfangene monetäre Sozialleistungen	606,2	-	-	606,2	8,0
20 -	Geleistete sonstige laufende Transfers	353,8	191,4	74,2	88,2	57,8
21 +	Empfangene sonstige laufende Transfers	305,2	169,3	25,2	110,7	106,4
22 =	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 859,8	100,2	789,8	1 969,8	- 250,5
23 -	Konsumausgaben	2 511,4	-	704,5	1 806,9	-
24 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 57,3	-	57,3	-
25 =	Sparen	348,4	42,9	85,3	220,3	- 250,5
26 -	Geleistete Vermögenstransfers	71,1	17,9	41,0	12,2	4,3
27 +	Empfangene Vermögenstransfers	61,9	26,5	13,8	21,6	13,5
28 -	Bruttoinvestitionen	737,7	427,4	86,2	224,2	-
29 +	Abschreibungen	639,8	372,7	79,5	187,6	-
30 -	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 2,8	- 2,3	- 1,2	0,7	2,8
31 =	Finanzierungssaldo	244,0	- 0,9	52,5	192,4	- 244,0
	Nachrichtlich:	-	-	-	-	-
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 859,8	100,2	789,8	1 969,8	- 250,5
35 -	Geleistete soziale Sachtransfers	452,9	-	452,9	-	-
36 +	Empfangene soziale Sachtransfers	452,9	-	-	452,9	-
37 =	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 859,8	100,2	336,9	2 422,7	- 250,5
38 -	Konsum 3)	2 511,4	-	251,6	2 259,8	-
39 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 57,3	-	57,3	-
40 =	Sparen	348,4	42,9	85,3	220,3	- 250,5

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. - 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. - 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte und private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2020 bis 2022: Prognose des ifo Instituts.

Hauptaggregate der Sektoren

Mrd. EUR

	Gegenstand der Nachweisung	2020				
		Gesamte Volkswirtschaft	Nicht-finanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
		S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 =	Bruttowertschöpfung	3 013,0	2 018,5	358,8	635,8	-
2 -	Abschreibungen	658,2	381,9	82,4	193,9	-
3 =	Nettowertschöpfung 1)	2 354,8	1 636,6	276,4	441,9	- 191,7
4 -	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 837,8	1 319,9	283,2	234,8	13,3
5 -	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	26,3	16,3	0,4	9,6	-
6 +	Empfangene sonstige Subventionen	71,1	52,9	0,1	18,0	-
7 =	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	561,7	353,3	- 7,0	215,4	- 205,0
8 +	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 839,5	-	-	1 839,5	11,6
9 -	Geleistete Subventionen	74,9	-	74,9	-	5,3
10 +	Empfangene Produktions- und Importabgaben	341,0	-	341,0	-	6,9
11 -	Geleistete Vermögenseinkommen	617,0	575,3	23,2	18,4	178,3
12 +	Empfangene Vermögenseinkommen	712,4	334,1	20,0	358,3	82,8
13 =	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 762,8	112,2	255,9	2 394,7	- 287,2
14 -	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	419,1	80,0	-	339,1	10,1
15 +	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	428,7	-	428,7	-	0,5
16 -	Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	742,8	-	-	742,8	3,9
17 +	Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	743,8	134,6	608,4	0,9	2,9
18 -	Geleistete monetäre Sozialleistungen	664,1	67,6	595,7	0,9	0,6
19 +	Empfangene monetäre Sozialleistungen	656,4	-	-	656,4	8,3
20 -	Geleistete sonstige laufende Transfers	363,4	192,4	82,6	88,4	57,7
21 +	Empfangene sonstige laufende Transfers	311,4	171,9	24,4	115,1	109,7
22 =	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 713,8	78,7	639,1	1 996,0	- 238,2
23 -	Konsumausgaben	2 467,5	-	752,2	1 715,3	-
24 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 57,4	-	57,4	-
25 =	Sparen	246,3	21,3	- 113,1	338,1	- 238,2
26 -	Geleistete Vermögenstransfers	86,8	18,0	55,0	13,9	4,1
27 +	Empfangene Vermögenstransfers	76,2	37,1	15,3	23,7	14,7
28 -	Bruttoinvestitionen	666,3	348,9	91,3	226,1	-
29 +	Abschreibungen	658,2	381,9	82,4	193,9	-
30 -	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 1,1	- 0,7	- 1,1	0,8	1,1
31 =	Finanzierungssaldo	228,6	74,2	- 160,5	314,9	- 228,6
	Nachrichtlich:	-	-	-	-	-
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 713,8	78,7	639,1	1 996,0	- 238,2
35 -	Geleistete soziale Sachtransfers	477,2	-	477,2	-	-
36 +	Empfangene soziale Sachtransfers	477,2	-	-	477,2	-
37 =	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 713,8	78,7	161,9	2 473,1	- 238,2
38 -	Konsum 3)	2 467,5	-	275,0	2 192,5	-
39 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 57,4	-	57,4	-
40 =	Sparen	246,3	21,3	- 113,1	338,1	- 238,2

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. – 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte und private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2020 bis 2022: Prognose des ifo Instituts.

Hauptaggregate der Sektoren

Mrd. EUR

	Gegenstand der Nachweisung	2021				
		Gesamte Volkswirtschaft	Nicht-finanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
		S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 =	Bruttowertschöpfung	3 177,5	2 151,9	367,9	657,7	-
2 -	Abschreibungen	678,3	394,2	85,0	199,0	-
3 =	Nettowertschöpfung 1)	2 499,2	1 757,7	282,9	458,6	- 227,5
4 -	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 895,8	1 364,7	290,4	240,7	13,8
5 -	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	34,2	20,5	0,4	13,3	-
6 +	Empfangene sonstige Subventionen	45,8	38,4	0,1	7,3	-
7 =	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	615,0	410,9	- 7,8	211,9	- 241,3
8 +	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 896,5	-	-	1 896,5	13,1
9 -	Geleistete Subventionen	63,1	-	63,1	-	5,3
10 +	Empfangene Produktions- und Importabgaben	382,3	-	382,3	-	7,2
11 -	Geleistete Vermögenseinkommen	611,3	572,9	20,7	17,7	192,1
12 +	Empfangene Vermögenseinkommen	712,5	335,0	18,0	359,5	90,9
13 =	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 932,0	173,0	308,8	2 450,2	- 327,6
14 -	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	422,8	85,9	-	337,0	10,7
15 +	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	433,0	-	433,0	-	0,5
16 -	Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	760,1	-	-	760,1	4,1
17 +	Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	761,1	139,9	620,3	0,9	3,0
18 -	Geleistete monetäre Sozialleistungen	663,9	68,6	594,4	0,9	0,6
19 +	Empfangene monetäre Sozialleistungen	656,0	-	-	656,0	8,6
20 -	Geleistete sonstige laufende Transfers	378,5	195,3	93,8	89,4	58,1
21 +	Empfangene sonstige laufende Transfers	322,6	178,8	24,7	119,2	114,1
22 =	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 879,4	141,9	698,6	2 039,0	- 275,0
23 -	Konsumausgaben	2 596,9	-	780,0	1 816,9	-
24 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 57,7	-	57,7	-
25 =	Sparen	282,5	84,2	- 81,4	279,7	- 275,0
26 -	Geleistete Vermögenstransfers	89,7	18,4	57,1	14,2	4,1
27 +	Empfangene Vermögenstransfers	77,8	37,8	14,7	25,3	16,0
28 -	Bruttoinvestitionen	685,8	357,9	95,4	232,5	-
29 +	Abschreibungen	678,3	394,2	85,0	199,0	-
30 -	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 1,6	- 1,3	- 1,1	0,8	1,6
31 =	Finanzierungssaldo	264,7	141,2	- 133,0	256,5	- 264,7
	Nachrichtlich:	-	-	-	-	-
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 879,4	141,9	698,6	2 039,0	- 275,0
35 -	Geleistete soziale Sachtransfers	516,4	-	516,4	-	-
36 +	Empfangene soziale Sachtransfers	516,4	-	-	516,4	-
37 =	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 879,4	141,9	182,1	2 555,4	- 275,0
38 -	Konsum 3)	2 596,9	-	263,5	2 333,3	-
39 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 57,7	-	57,7	-
40 =	Sparen	282,5	84,2	- 81,4	279,7	- 275,0

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. - 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. - 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte und private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2020 bis 2022: Prognose des ifo Instituts.

Hauptaggregate der Sektoren

Mrd. EUR

	Gegenstand der Nachweisung	2022				
		Gesamte Volkswirtschaft	Nicht-finanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
		S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1	= Bruttowertschöpfung	3 305,3	2 248,4	376,0	680,9	-
2	- Abschreibungen	706,3	412,3	87,2	206,8	-
3	= Nettowertschöpfung 1)	2 599,0	1 836,1	288,8	474,1	- 231,1
4	- Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 969,9	1 422,6	296,4	250,9	14,4
5	- Geleistete sonstige Produktionsabgaben	35,6	21,0	0,4	14,3	-
6	+ Empfangene sonstige Subventionen	33,6	30,4	0,1	3,1	-
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	627,1	422,9	- 7,9	212,1	- 245,5
8	+ Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 970,4	-	-	1 970,4	13,9
9	- Geleistete Subventionen	44,6	-	44,6	-	5,3
10	+ Empfangene Produktions- und Importabgaben	398,4	-	398,4	-	7,2
11	- Geleistete Vermögenseinkommen	644,3	608,4	18,6	17,2	216,2
12	+ Empfangene Vermögenseinkommen	750,0	372,6	17,7	359,6	110,5
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 057,1	187,1	345,0	2 525,0	- 335,4
14	- Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	443,4	88,6	-	354,8	11,4
15	+ Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	454,3	-	454,3	-	0,5
16	- Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	789,6	-	-	789,6	4,2
17	+ Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	790,7	143,8	646,1	0,9	3,1
18	- Geleistete monetäre Sozialleistungen	676,7	68,9	606,9	0,9	0,6
19	+ Empfangene monetäre Sozialleistungen	668,3	-	-	668,3	9,0
20	- Geleistete sonstige laufende Transfers	383,2	200,2	93,6	89,5	61,4
21	+ Empfangene sonstige laufende Transfers	328,3	178,9	25,0	124,4	116,3
22	= Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 005,7	152,0	769,9	2 083,8	- 284,0
23	- Konsumausgaben	2 699,2	-	800,1	1 899,2	-
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 57,9	-	57,9	-
25	= Sparen	306,4	94,1	- 30,2	242,5	- 284,0
26	- Geleistete Vermögenstransfers	90,9	18,8	57,5	14,6	4,0
27	+ Empfangene Vermögenstransfers	78,8	38,2	15,0	25,7	16,0
28	- Bruttoinvestitionen	728,7	384,5	100,0	244,2	-
29	+ Abschreibungen	706,3	412,3	87,2	206,8	-
30	- Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 1,6	- 1,3	- 1,1	0,8	1,6
31	= Finanzierungssaldo	273,6	142,5	- 84,3	215,4	- 273,6
	Nachrichtlich:	-	-	-	-	-
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 005,7	152,0	769,9	2 083,8	- 284,0
35	- Geleistete soziale Sachtransfers	533,8	-	533,8	-	-
36	+ Empfangene soziale Sachtransfers	533,8	-	-	533,8	-
37	= Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 005,7	152,0	236,1	2 617,6	- 284,0
38	- Konsum 3)	2 699,2	-	266,3	2 433,0	-
39	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 57,9	-	57,9	-
40	= Sparen	306,4	94,1	- 30,2	242,5	- 284,0

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. - 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. - 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte und private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2020 bis 2022: Prognose des ifo Instituts.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzung für die Jahre 2020 bis 2022

	2020 (2)	2021 (2)	2022 (2)	2020		2021 (2)		2022 (2)	
				1.Hj (1)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj
1. Entstehung des Inlandsprodukts									
Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Zahl der Erwerbstätigen	-1,0	0,2	0,8	-0,5	-1,5	-0,6	1,1	1,2	0,5
Arbeitsstunden je Erwerbstätigen 3)	-3,0	2,4	0,7	-4,7	-1,4	2,9	1,9	1,8	-0,4
Arbeitsvolumen	-4,0	2,6	1,5	-5,1	-2,8	2,3	2,9	3,0	0,1
Produktivität 4)	-1,1	1,6	1,0	-1,4	-0,8	2,1	1,1	0,5	1,4
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	-5,1	4,2	2,5	-6,5	-3,7	4,4	4,0	3,5	1,5
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen									
a) Mrd. EUR									
Konsumausgaben	2467,5	2596,9	2699,2	1197,1	1270,4	1257,6	1339,3	1318,6	1380,7
Private Konsumausgaben 5)	1715,3	1816,9	1899,2	833,0	882,4	877,7	939,2	928,2	971,0
Konsumausgaben des Staates	752,2	780,0	800,1	364,1	388,1	379,9	400,1	390,4	409,7
Bruttoanlageinvestitionen	736,7	784,2	821,9	354,6	382,1	371,8	412,4	394,5	427,4
Bauten	387,4	398,2	417,0	193,0	194,4	190,8	207,4	202,2	214,8
Ausrüstungen	214,6	244,8	257,7	98,0	116,6	113,9	130,9	122,4	135,3
Sonstige Anlagen	134,6	141,2	147,2	63,6	71,0	67,1	74,1	69,9	77,3
Vorratsveränderungen 6)	-70,4	-98,4	-93,1	-14,7	-55,6	-46,1	-52,3	-43,6	-49,6
Inländische Verwendung	3133,8	3282,7	3428,0	1536,9	1596,9	1583,3	1699,3	1669,5	1758,5
Außenbeitrag	191,7	227,5	231,1	83,7	108,0	120,6	106,9	124,8	106,3
Nachrichtlich: in Relation zum BIP %	5,8	6,5	6,3	5,2	6,3	7,1	5,9	7,0	5,7
Exporte	1452,8	1583,9	1688,1	703,3	749,5	766,9	817,0	835,5	852,6
Importe	1261,1	1356,4	1457,0	619,6	641,5	646,2	710,2	710,7	746,3
Bruttoinlandsprodukt	3325,5	3510,2	3659,1	1620,6	1704,9	1704,0	1806,2	1794,3	1864,8
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Konsumausgaben	-1,7	5,2	3,9	-2,3	-1,2	5,1	5,4	4,8	3,1
Private Konsumausgaben 5)	-5,1	5,9	4,5	-5,8	-4,3	5,4	6,4	5,8	3,4
Konsumausgaben des Staates	6,8	3,7	2,6	6,9	6,6	4,3	3,1	2,8	2,4
Bruttoanlageinvestitionen	-1,5	6,5	4,8	-1,6	-1,4	4,8	7,9	6,1	3,6
Bauten	3,7	2,8	4,7	6,7	0,9	-1,2	6,7	6,0	3,6
Ausrüstungen	-10,6	14,1	5,2	-15,5	-6,1	16,3	12,2	7,4	3,3
Sonstige Anlagen	0,4	4,9	4,3	0,2	0,5	5,5	4,3	4,2	4,3
Inländische Verwendung	-3,5	4,8	4,4	-3,3	-3,8	3,0	6,4	5,4	3,5
Exporte	-10,2	9,0	6,6	-12,7	-7,7	9,0	9,0	9,0	4,4
Importe	-11,0	7,6	7,4	-11,7	-10,3	4,3	10,7	10,0	5,1
Bruttoinlandsprodukt	-3,6	5,6	4,2	-4,3	-2,9	5,1	5,9	5,3	3,2
3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2015)									
a) Mrd. EUR									
Konsumausgaben	2306,5	2395,1	2447,8	1120,5	1186,1	1170,0	1225,0	1205,7	1242,1
Private Konsumausgaben 5)	1623,5	1696,6	1744,0	784,9	838,6	823,8	872,9	856,6	887,3
Konsumausgaben des Staates	682,0	697,8	703,6	335,0	347,0	345,7	352,0	348,9	354,7
Bruttoanlageinvestitionen	663,8	697,4	718,2	318,7	345,1	331,8	365,7	345,8	372,4
Bauten	331,2	336,2	344,3	163,8	167,4	161,8	174,4	167,6	176,7
Ausrüstungen	205,4	231,2	240,4	94,0	111,4	107,7	123,5	114,3	126,1
Sonstige Anlagen	125,0	129,3	132,9	59,3	65,7	61,7	67,6	63,4	69,5
Inländische Verwendung	2917,0	3008,1	3088,5	1434,2	1482,8	1462,1	1546,0	1515,6	1572,9
Exporte	1420,5	1546,2	1640,3	686,2	734,3	750,0	796,2	813,4	826,8
Importe	1270,5	1356,6	1453,2	623,6	646,9	647,0	709,6	709,8	743,3
Bruttoinlandsprodukt	3068,9	3199,0	3278,8	1498,2	1570,7	1564,8	1634,2	1619,9	1658,8
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Konsumausgaben	-2,8	3,8	2,2	-4,1	-1,6	4,4	3,3	3,1	1,4
Private Konsumausgaben 5)	-5,6	4,5	2,8	-7,2	-3,9	5,0	4,1	4,0	1,7
Konsumausgaben des Staates	4,1	2,3	0,8	3,8	4,4	3,2	1,5	0,9	0,8
Bruttoanlageinvestitionen	-3,0	5,1	3,0	-3,8	-2,2	4,1	6,0	4,2	1,8
Bauten	2,1	1,5	2,4	3,6	0,6	-1,3	4,2	3,6	1,3
Ausrüstungen	-11,9	12,5	4,0	-16,7	-7,4	14,5	10,8	6,2	2,1
Sonstige Anlagen	-1,0	3,4	2,8	-1,2	-0,8	4,0	2,9	2,8	2,9
Inländische Verwendung	-4,3	3,1	2,7	-4,6	-4,1	1,9	4,3	3,7	1,7
Exporte	-9,7	8,8	6,1	-12,7	-6,8	9,3	8,4	8,5	3,9
Importe	-8,7	6,8	7,1	-9,3	-8,1	3,8	9,7	9,7	4,8
Bruttoinlandsprodukt	-5,1	4,2	2,5	-6,5	-3,7	4,4	4,0	3,5	1,5

noch Bundesrepublik Deutschland: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2020 (2)	2021 (2)	2022 (2)	2020		2021 (2)		2022 (2)	
				1.Hj (1)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2015=100)									
Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Konsumausgaben	1,1	1,4	1,7	1,9	0,4	0,6	2,1	1,7	1,7
Private Konsumausgaben 5)	0,5	1,4	1,7	1,5	-0,4	0,4	2,3	1,7	1,7
Konsumausgaben des Staates	2,5	1,4	1,7	3,0	2,1	1,1	1,6	1,8	1,6
Bruttoanlageinvestitionen	1,5	1,3	1,8	2,2	0,8	0,7	1,9	1,8	1,8
Bauten	1,6	1,3	2,3	3,0	0,3	0,1	2,4	2,3	2,3
Ausrüstungen	1,4	1,4	1,2	1,4	1,4	1,5	1,3	1,2	1,2
Sonstige Anlagen	1,4	1,4	1,4	1,4	1,3	1,4	1,4	1,4	1,4
Inländische Verwendung	0,8	1,6	1,7	1,4	0,3	1,1	2,1	1,7	1,7
Exporte	-0,5	0,2	0,5	0,0	-0,9	-0,2	0,5	0,5	0,5
Importe	-2,5	0,7	0,3	-2,6	-2,4	0,5	0,9	0,2	0,3
Bruttoinlandsprodukt	1,5	1,3	1,7	2,4	0,8	0,7	1,8	1,7	1,7
5. Einkommensentstehung und -verteilung									
a) Mrd. EUR									
Primäreinkommen der privaten Haushalte	2394,7	2450,2	2525,0	1185,6	1209,1	1211,3	1239,0	1249,4	1275,6
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	332,5	331,7	343,6	161,2	171,3	160,1	171,6	166,4	177,2
Bruttolöhne und -gehälter	1507,0	1564,8	1626,8	721,1	785,8	741,2	823,6	778,4	848,4
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	555,3	553,7	554,5	303,3	252,0	309,9	243,8	304,5	250,0
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	368,1	481,8	532,1	146,2	221,9	197,8	283,9	238,7	293,5
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2762,8	2932,0	3057,1	1331,8	1431,0	1409,1	1522,9	1488,0	1569,1
Abschreibungen	658,2	678,3	706,3	329,1	329,1	336,5	341,8	350,2	356,1
Bruttonationaleinkommen	3421,0	3610,3	3763,4	1660,9	1760,1	1745,6	1864,7	1838,2	1925,2
nachrichtlich:									
Volkseinkommen	2496,7	2612,8	2703,2	1196,5	1300,2	1259,9	1352,8	1312,1	1391,2
Arbeitnehmerentgelte	1839,5	1896,5	1970,4	882,4	957,1	901,3	995,2	944,8	1025,6
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	657,2	716,2	732,8	314,2	343,1	358,6	357,6	367,3	365,5
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Primäreinkommen der privaten Haushalte	-1,2	2,3	3,0	-1,1	-1,4	2,2	2,5	3,1	3,0
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	2,5	-0,2	3,6	2,6	2,5	-0,7	0,2	3,9	3,3
Bruttolöhne und -gehälter	-1,0	3,8	4,0	-0,8	-1,1	2,8	4,8	5,0	3,0
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	-0,4	3,4	3,0	-0,6	-0,1	3,0	3,6	3,7	2,4
Nettolöhne und -gehälter je Beschäftigten	-0,1	4,6	2,1	-0,3	0,1	4,4	4,7	2,8	1,6
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	-4,0	-0,3	0,1	-3,6	-4,5	2,2	-3,3	-1,7	2,5
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	-23,1	30,9	10,5	-31,6	-16,3	35,3	28,0	20,6	3,4
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	-4,8	6,1	4,3	-5,7	-4,0	5,8	6,4	5,6	3,0
Abschreibungen	2,9	3,1	4,1	3,6	2,1	2,2	3,9	4,1	4,2
Bruttonationaleinkommen	-3,4	5,5	4,2	-4,0	-2,9	5,1	5,9	5,3	3,2
nachrichtlich:									
Volkseinkommen	-2,6	4,6	3,5	-3,8	-1,6	5,3	4,1	4,1	2,8
Arbeitnehmerentgelte	-0,3	3,1	3,9	-0,2	-0,5	2,1	4,0	4,8	3,1
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	-8,5	9,0	2,3	-12,5	-4,5	14,1	4,3	2,4	2,2
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte und priv. Org. o.E.									
a) Mrd. EUR									
Masseneinkommen	1530,3	1578,0	1619,5	732,6	797,7	759,4	818,5	781,5	838,0
Nettolöhne und -gehälter	1013,3	1065,1	1098,4	480,6	532,7	500,9	564,2	521,4	577,0
Monetäre Sozialleistungen	656,4	656,0	668,3	320,9	335,6	329,1	326,9	332,7	335,6
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	139,4	143,2	147,3	69,0	70,5	70,5	72,6	72,6	74,7
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	555,3	553,7	554,5	303,3	252,0	309,9	243,8	304,5	250,0
Sonstige Transfers (Saldo)	-89,6	-92,7	-90,2	-45,7	-43,8	-46,3	-46,5	-44,8	-45,4
Verfügbares Einkommen	1996,0	2039,0	2083,8	990,1	1005,9	1023,1	1015,8	1041,3	1042,5
Zunahme betriebl. Versorgungsansprüche	57,4	57,7	57,9	27,9	29,5	28,0	29,7	28,1	29,8
Private Konsumausgaben 5)	1715,3	1816,9	1899,2	833,0	882,4	877,7	939,2	928,2	971,0
Sparen	338,1	279,7	242,5	185,0	153,1	173,4	106,3	141,2	101,3
Sparquote 7)	16,5	13,3	11,3	18,2	14,8	16,5	10,2	13,2	9,4
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Masseneinkommen	2,6	3,1	2,6	2,2	3,0	3,7	2,6	2,9	2,4
Nettolöhne und -gehälter	-0,7	5,1	3,1	-0,4	-0,9	4,2	5,9	4,1	2,3
Monetäre Sozialleistungen	8,3	-0,1	1,9	6,6	9,9	2,6	-2,6	1,1	2,7
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	3,0	2,7	2,9	3,2	2,8	2,3	3,0	2,9	2,8
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	-4,0	-0,3	0,1	-3,6	-4,5	2,2	-3,3	-1,7	2,5
Verfügbares Einkommen	1,3	2,2	2,2	1,0	1,7	3,3	1,0	1,8	2,6
Private Konsumausgaben 5)	-5,1	5,9	4,5	-5,8	-4,3	5,4	6,4	5,8	3,4
Sparen	53,5	-17,3	-13,3	49,2	59,0	-6,3	-30,6	-18,6	-4,7

noch Bundesrepublik Deutschland: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2020 (2)	2021 (2)	2022 (2)	2020		2021 (2)		2022 (2)	
				1.Hj (1)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates									
a) Mrd. EUR									
Einnahmen									
Steuern	769,7	815,3	852,7	386,6	383,1	398,5	416,8	420,7	431,9
Nettosozialbeiträge	608,4	620,3	646,1	295,2	313,2	299,3	321,1	313,2	332,9
Vermögenseinkünfte	20,0	18,0	17,7	12,0	8,1	10,2	7,9	10,0	7,7
Sonstige Übertragungen	24,4	24,7	25,0	11,2	13,1	11,4	13,3	11,5	13,5
Vermögensübertragungen	15,3	14,7	15,0	7,0	8,3	7,1	7,6	7,2	7,8
Verkäufe	126,1	131,5	136,3	58,0	68,1	61,0	70,5	63,2	73,1
Sonstige Subventionen	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	0,1	0,0	0,1
Einnahmen insgesamt	1564,0	1624,7	1692,9	770,0	794,0	787,4	837,3	825,9	867,0
Ausgaben									
Vorleistungen	207,2	205,6	211,1	97,7	109,5	96,3	109,2	98,1	113,0
Arbeitnehmerentgelte	283,2	290,4	296,4	136,3	146,9	139,9	150,5	142,0	154,4
Sonstige Produktionsabgaben	0,4	0,4	0,4	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	23,2	20,7	18,6	11,8	11,5	10,4	10,3	9,4	9,3
Subventionen	74,9	63,1	44,6	38,9	35,9	36,1	27,0	19,9	24,7
Monetäre Sozialleistungen	595,7	594,4	606,9	290,6	305,1	298,4	296,0	301,9	305,0
Soziale Sachleistungen	312,3	338,0	349,3	150,2	162,1	166,1	171,9	173,9	175,5
Sonstige Transfers	82,6	93,8	93,6	40,2	42,4	46,8	47,1	46,8	46,9
Vermögenstransfers	55,0	57,1	57,5	18,1	36,9	22,9	34,2	23,2	34,3
Bruttoinvestitionen	91,3	95,4	100,0	40,8	50,5	42,7	52,7	44,8	55,2
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-1,1	-1,1	-1,1	-0,5	-0,6	-0,5	-0,6	-0,5	-0,6
Ausgaben insgesamt	1724,5	1757,7	1777,2	824,2	900,3	859,2	898,5	859,5	917,7
Finanzierungssaldo	-160,5	-133,0	-84,3	-54,2	-106,2	-71,8	-61,2	-33,6	-50,7
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Einnahmen									
Steuern	-6,9	5,9	4,6	-7,1	-6,8	3,1	8,8	5,6	3,6
Nettosozialbeiträge	1,8	2,0	4,1	1,8	1,8	1,4	2,5	4,6	3,7
Vermögenseinkünfte	-8,8	-10,0	-1,9	-9,1	-8,2	-15,2	-2,2	-1,6	-2,2
Sonstige Übertragungen	-3,2	1,3	1,4	-1,0	-5,0	1,3	1,4	1,3	1,4
Vermögensübertragungen	11,4	-3,9	1,7	15,9	7,8	1,0	-8,1	1,9	1,5
Verkäufe	0,9	4,3	3,7	-1,1	2,8	5,1	3,5	3,6	3,8
Sonstige Subventionen									
Einnahmen insgesamt	-2,9	3,9	4,2	-3,2	-2,6	2,3	5,4	4,9	3,6
Ausgaben									
Vorleistungen	13,9	-0,8	2,7	17,7	10,6	-1,4	-0,2	1,8	3,5
Arbeitnehmerentgelt	4,3	2,6	2,1	4,5	4,1	2,6	2,5	1,5	2,6
Sonstige Produktionsabgaben									
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	-15,4	-10,8	-10,2	-17,9	-12,6	-11,2	-10,4	-10,2	-10,1
Subventionen	143,0	-15,8	-29,3	170,7	118,7	-7,4	-24,8	-44,9	-8,6
Monetäre Sozialleistungen	9,2	-0,2	2,1	7,3	11,1	2,7	-3,0	1,2	3,0
Soziale Sachleistungen	4,0	8,2	3,4	1,6	6,3	10,6	6,0	4,7	2,1
Sonstige Transfers	11,4	13,6	-0,2	9,7	13,0	16,3	11,0	-0,1	-0,4
Vermögenstransfers	34,0	3,9	0,7	29,3	36,5	26,7	-7,3	1,1	0,4
Bruttoinvestitionen	5,9	4,5	4,8	8,3	4,1	4,5	4,5	4,9	4,7
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern									
Ausgaben insgesamt	10,7	1,9	1,1	10,1	11,2	4,2	-0,2	0,0	2,1
nachrichtlich:									
Finanzierungssaldo in % des BIP	-4,8	-3,8	-2,3	-3,3	-6,2	-4,2	-3,4	-1,9	-2,7

- 1) Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
- 2) Vorausschätzung des ifo Instituts; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
- 3) Geleistete Arbeitsstunden.
- 4) Bruttoinlandsprodukt in Vorjahrespreisen je Erwerbstätigenstunde.
- 5) Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.
- 6) Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.
- 7) Ersparnis in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme an betrieblichen Versorgungsansprüchen).

JETZT EBENFALLS ERSCIENEN:



ifo Dresden berichtet 6/2020

Auswirkungen der Coronapandemie auf die regionalen Arbeitsmärkte

Die aktuelle Coronapandemie hat die deutsche Wirtschaft in eine der schwersten Rezessionen seit Bestehen der Bundesrepublik gestürzt. Das Bruttoinlandsprodukt könnte in diesem Jahr um rund 5% schrumpfen und auch im kommenden Jahr das Vorkrisenniveau noch nicht wieder erreichen. Die Auswirkungen auf den deutschen Arbeitsmarkt sind ebenfalls erheblich. Trifft der Anstieg der Arbeitslosigkeit die verschiedenen Landkreise gleichermaßen, oder gibt es regionale Unterschiede?



ifo Forschungsbericht 118

Für wen lohnt sich Arbeit? Partizipationsbelastungen im Steuer-, Abgaben- und Transfersystem

Welche Beschäftigungsanreize bietet das deutsche Steuer-, Abgaben- und Transfersystem und wie haben sich Partizipationsbelastungen im Zeitverlauf real entwickelt? Für wen lohnt sich Arbeit in Vollzeit, Teilzeit oder in Minijobs? Unsere Analysen zeigen, dass sich die Beschäftigungsanreize stark entlang demografischer Haushaltsmerkmale wie dem Ehestatus und der Kinderzahl unterscheiden. Hohe Partizipationsbelastungen treffen insbesondere alleinstehende Personen im Niedriglohnbereich sowie Zweitverdiener.



THEMA IM NÄCHSTEN SCHNELLDIENST:

Schnelldienst 1/2021 erscheint am 20. Januar 2021

Die USA unter Joe Biden: Kehrtwende oder »Amercia first light«?